C 3428

hlz

Zeitschrift der GEW Hamburg
Januar-Februar 1-2/2015

Rabes ZahlenSalat

Die Wahlversprechen machen viel Arbeit!

hlz-Notiz

Joachim Geffers

Bruder im Geiste

Trotz des Regens waren es ja doch viele, die sich wegen der Anschläge in Frankreich am Montag danach auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz versammelt hatten. Mehrfach wurden mir Karten mit der Parole *„Je suis Charlie“* angeboten. Zunächst lehnte ich ab, ohne genau zu wissen, warum. Etwas später entgegnete ich den Kartenanbietern, deren Einsatz ich natürlich zu schätzen wusste, dass ich das nicht hochhalten könne, weil ich nicht so mutig sei wie jene, die ihr Leben für die Meinungsfreiheit gelassen hatten. Ich hätte es als anmaßend empfunden, mich auf dieselbe Stufe mit den Getöteten zu stellen.

Vielleicht habe ich jemanden brüskiert, vielleicht zum Kopfschütteln gebracht oder einen Impuls gegeben, die eigene Entscheidung in einem anderen Licht zu sehen. Aber mir ging es nicht um eine Mission oder pädagogische Geste; meine Reaktion war ganz und gar nur auf meine Gefühle bezogen und die waren ein Gemisch aus Wut auf die Attentäter und Mitgefühl für die Angehörigen und Freundinnen und Freunde der Getöteten. Dass es vielen in diesem Moment ähnlich ging, tat gut.

Dann aber kam die Ausgabe des Satiremagazins mit dem weinenden Mohammed, der sich auch zu Charlie Hebdo bekennt und der Überschrift *„Tout est pardonné“.* Ich denke, ich war nicht der einzige, bei dem dies Erstaunen und Irritation auslöste. Die Bilder im Fernsehen von Renald Luzier, dem Karikaturisten, bei der Vorstellung seiner Titelseite berührten mich. Allmählich begriff ich, welch eine großartige Geste diese Karikatur ist, welch ein Zeichen von Humanität er damit gesetzt hat. Den Hass überwinden, in dem man vergibt! Wie oft habe ich das in einem religiösen Kontext gehört und gelesen und doch war es für mich das erste Mal, dass mir die wahre Bedeutung, ja, Schönheit dieser Geste bewusst wurde.

Ähnlich mag es auch Jacob Bundsgaard, dem Bürgermeister im dänischen Aarhus, gegangen sein, der gegen den Widerstand Vieler in der Stadt ein Projekt initiiert hat, das die zurückkommenden Gotteskämpfer des IS nicht mit Strafandrohung oder -verfolgung empfängt, sondern mit dem Angebot, sich in Gesprächen dem Geschehenen zu nähern. Gleichzeitig bietet er ihnen eine Perspektive, indem er ihnen eine berufliche Chance über Jobvermittlung oder Ausbildung ermöglicht und bei der Wohnungssuche hilft. Das ist für mich Humanität, die es nicht – wie so oft – bei einem Lippenbekenntnis belässt. Denn derlei gibt es in diesen Tagen zuhauf, wenn von Integration die Rede ist. Die Realität aber spricht eine andere Sprache.

Zwar mögen unsere sozialen Brennpunkte auf den ersten Blick äußerlich noch etwas besser weg kommen als die französischen Banlieus. Die Probleme aber, denen sich die dort (Über-)Lebenden gegenübersehen, sind die gleichen: hohe Arbeitslosigkeit, schlechte Jobchancen bedingt durch unser Wirtschaftssystem gepaart mit einer Bildungsbenachteiligung, die sich bei uns durch unser gegliedertes Schulsystem noch verschärft zeigt.

An anderer Stelle habe ich schon darüber geschrieben, dass ich in meiner Arbeit als Lehrer mit benachteiligten Jugendlichen Erfahrungen gemacht habe, die mir vielleicht einen näheren Blick auf deren Mentalität erlauben. Niemand ist glücklicher Weise – davon gehe ich jedenfalls aus – zu einem Attentäter geworden. Auch glaube ich nicht, dass die Mehrzahl mit ihnen sympathisiert. Aber umgekehrt identifizieren sie sich auch nicht mit der deutschen Mehrheitsgesellschaft, weil diese ihnen eine echte Chance auf gleichberechtigte Teilhabe verwehrt.

Verantwortlich dafür ist „die Politik“. Wir wissen, dass dieses Abstraktum wir selbst sind, indem wir unsere Stimme jenen leihen, von denen wir annehmen, dass sie u. a. unsere Privilegien wahren. Denn wie anders konnte es zu dem kommen, was wir heute erleben: Das Auseinanderfallen der Gesellschaft räumlich wie materiell in arm und reich. Bezogen auf die Deutschen, die im Schatten leben, ist dies das Ergebnis der Politik in einer Klassengesellschaft; bezogen auf Deutschland als Einwanderungsland kommt hinzu, dass mit dieser Politik ein struktureller Rassismus gefördert wird, der uns nun Gefahren aussetzt, wie sie in Frankreich Wirklichkeit geworden sind.

Dies muss auch Renald Luzier – auch Luz genannt – gegenwärtig gewesen sein, als er mit seiner Geste des *‚alles verzeihen‘* seine Wut überwinden wollte und es vielleicht dadurch schaffte, bei aller Trauer Empathie mit den Tätern zu entwickeln.

Ich wünsche mir, er würde unser Bruder im Geiste, einem Geist, aus dem heraus jene gesellschaftliche Verantwortung erwachsen könnte, die uns die Kraft verleiht, in unserem Engagement für mehr Bildungsgerechtigkeit nicht nachzulassen.

Landeslisten

WAHL ZUR Bürgerschaft

am 15.02.2015

Stimmzettel für die LANDESLISTEN

Entscheiden Sie durch Vergabe Ihrer 5 Stimmen auf eine oder mehrere der Parteien/Wählervereinigungen darüber, wie viele Sitze diese Parteien/Wählervereinigungen jeweils in der Bürgerschaft erhalten sollen.

Entscheiden Sie mit der Verteilung Ihrer 5 Stimmen zwischen der Gesamtliste der Partei/Wählervereinigung und ihren Kandidatinnen und Kandidaten darüber, in welcher Reihenfolge diese Kandidatinnen und Kandidaten in die Bürgerschaft einziehen sollen.

Sie haben 5 Stimmen, die Sie beliebig vergeben können:

Sie können alle Stimmen einer Person oder der Gesamtliste einer Partei/Wählervereinigung geben:

ODER

Sie können Ihre Stimmen auf mehrere Personen und/oder Gesamtlisten verteilen; z.B.

Achtung: Ein Stimmzettel mit mehr als 5 Kreuzen ist ungültig!

orientieren — Seite 20

Wir haben gefragt und die schulpolitischen Sprecher_innen der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien gaben uns Antworten, auf die wir uns unseren Reim machen können.

fordern — Seite 17

Ein kritischer Blick auf die Kita-Eckpunkte-Vereinbarung zeigt die Schwächen und wie wenig die Forderungen eingelöst sind.

streiten — Seite 30

Das Ziel ist klar: Nicht mehr als 20 Stunden vor der Klasse. Der Weg dorthin verlangt noch Diskussion.

zweifeln — Seite 38

Glaubt man so manchem Hamburger Meinungsmacher, dann ist das Tor zur Welt groß genug für Olympia. Wer aber trägt die Kosten, wer die Spesen? In Sachen Olympiabewerbung in Hamburg steht der Meinungskampf erst am Anfang. Die GEW mischt sich ein.

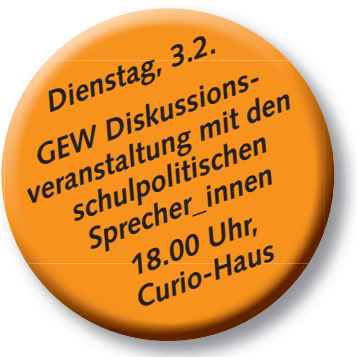
Bildungspolitik

Kita
Zahlenakrobatik — 17

Bürgerschaftswahl
Was sagen die Parteien — 20

Hochschulen I
Ideenwettbewerb — 28

Hochschulen II
Türkisch adé — 41



Magazin

Olympia-Bewerbung
GEW macht Aufschlag — 38

Pegida
Rechtsruck? — 42

junge GEW
Antirassismus und Recht auf Stadt — 46

Schulname
Streit entbrannt — 50

Traumata
Ein fesselnder Abend — 54

Schwerpunkt

Mehr Personal für Inklusion 8

Foto: Fredrik Dehnerdt

GEW

Tarifrunde
Startschuss 2015 16

Arbeitszeit
Ziel und Weg 30

Service
Mütterpension 59

Trauer
Manfred Auerswald† 60

Rubriken

hlz-Notiz 3

Leser_innenbriefe und Nachrichten 6

Jahres-Inhaltsverzeichnis 34

gb@-Seminare 58

Ruheständler_innen 62

hlz-Rätsel 63

GEW-Termine 64

Aus der Erlaubnisanstalt 65

Impressum 65

verrechnet **Seite 8**

Inklusion als Rechenaufgabe geht eigentlich gar nicht. Der Senator hat es versucht… und ist gescheitert. 2000 Demonstrant_innen forderten auf der Demo am Mittwoch (26.1.) Konsequenzen.

unappetitlich **Seite 42**

Alle Welt spricht von Pegida und der AfD, auch die hlz. Wer marschiert Woche für Woche in Dresden und wie viel Resonanz haben die Rechtspopulisten in der deutschen Gesellschaft?

angegriffen **Seite 50**

Der hlz-Bericht über die Namensfindung für die neue Schule bei der Fusion von H3 und H12 stiftet Unruhe.

unbewältigt **Seite 54**

Wie werden traumatische Erlebnisse, vor allem Kriegsgreuel, verarbeitet und wie viele Generationen braucht es dazu? Ein Bericht über eine tiefberührende Diskussion im Curio-Haus.

Foto: Stefan Gierlich

hlz · Rothenbaumchaussee 15 · 20148 Hamburg hlz@gew-hamburg.de · Tel. 4 50 46 58

Leser_innenbriefe an: *hlz@gew-hamburg.de*
(wir belassen ggf. alte Schreibung)
Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor

„Lieber sterben als (...) gedemütigt"

Leser_innenbrief 11/2014, S. 6

Der Kollegin Anneliese Klumbies einen herzlichen Dank für ihren Leserbrief, in dem sie auf einen Beitrag von J. Geffers antwortet. *(hlz 9-10/2014, S.54)*

Aus vielen Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen und aufgrund meiner eigenen Erfahrungen wurde mir deutlich, dass es unter Schülerinnen und Schülern Fehlverhalten gibt, das nicht mit Versäumnissen der Gesellschaft oder der Politik begründet und schon gar nicht entschuldigt werden kann.

Die dadurch entstehenden Probleme bereiten vielen Kolleginnen und Kollegen so große Schwierigkeiten, dass ihre Freude an der Arbeit erheblich beeinträchtigt wird und dass sie resignieren, gesundheitliche Probleme bekommen oder sogar aufgeben.

Warum befasst sich die GEW so gut wie gar nicht mit den leider sehr häufigen Regelverstößen, Widersetzlichkeiten und anderem Fehlverhalten einiger, aber zu vieler Schülerinnen und Schüler? Warum wird die Belastung der Unterrichtenden und Erziehenden durch Disziplinprobleme weitgehend verschwiegen und nicht in aller Deutlichkeit angesprochen? Forderungen an die Politik zu stellen, genügt einfach nicht.

Außer der politischen Arbeit der GEW, die ich begrüße und für unverzichtbar halte, muss es auch eine pädagogische Diskussion geben mit dem Ziel, Wege zu finden, wie Schülerinnen und Schüler und ihre Erziehungsberechtigten und zur Erziehung Verpflichteten in die Pflicht genommen werden können.

Nach meiner Ansicht tut die GEW hier zu wenig.

MARTIN DITTRICH

---

immerhin

Die Stadtteilschulen Helmuth Hübner in Barmbek, Heinrich Hertz in Winterhude, Julius Leber in Schnelsen, Max Brauer in Bahrenfeld, die Lessing-Schule in Harburg und die Stadtteilschule Blankenese ließen ihre Elftklässler_innen zu Beginn dieses Schuljahrs testen. Fazit dieser Mini-Studie, die nicht den Anspruch erhebt, repräsentativ zu sein: Nur noch zehn Prozent liegen unter dem Leistungsstand der schwächsten Gymnasialschüler_innen. Etwa zwei Drittel unterscheiden sich in ihren allgemeinen Fachleistungen nicht von den Elftklässler_innen der Gymnasiast_innen. Und das, obwohl nur wenige eine Gymnasialempfehlung hatten.

immer mehr

Immer mehr Zehntklässler_innen schaffen den Sprung in die Oberstufe. Noch im Schuljahr 2009/10 besuchten 2.180 Schüler_innen die 11. Klassen und 1.970 machten im gleichen Jahr das Abitur. Im laufenden Schuljahr stieg die Zahl der Elftklässler_innen auf 3.743 an. 3.115 bereiten sich derzeit auf die Reifeprüfung vor.

immer besser

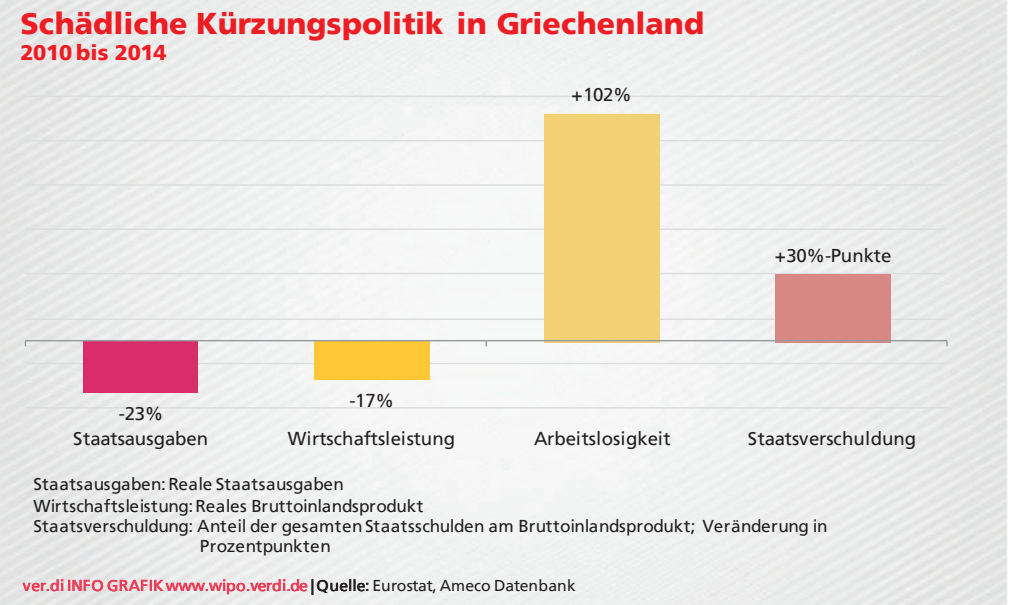
Vor mehr als zehn Jahren postulierte der Kriminologe Christian Pfeiffer: „Wer geschlagen wird, schlägt später selbst." Heute formuliert er angesichts der positiven Entwicklung umgekehrt: „Der Trend ist eindeutig, mehr Liebe statt Hiebe, das ist die Quelle der positiven Entwicklung." In Zahlen: 41 Prozent weniger Jugendgewalt seit 2007, Jugendalkoholismus ist binnen zehn Jahren um mehr als 50 Prozent zurückgegangen und die Zahl der Suizide junger Menschen ging um ein Drittel zurück. Dies ist für ihn ein Beweis für eine Gesellschaft, die immer weniger schlägt: „Das muss so sein, weil das Gros der Selbstmörder zuvor Opfer von Gewalt und Mangel an Liebe war." Und was auch hilft aus seiner Sicht: Der Anteil der Schulabbrecher_innen hat sich halbiert und damit auch die Zahl der Jugendlichen, die keine Perspektive haben.

immer weniger

Der extreme Rückgang der Jugendgewalt von türkischstämmigen jungen Menschen in Hannover hänge eindeutig damit zusammen, dass in der Landeshauptstadt der Anteil der Haupt- und Sonderschüler_innen aus dieser Gruppe von 50 auf 15 Prozent gesunken ist, so der Kriminologe Christian Pfeiffer. „Die männlichen Verlierer unseres Schulsystems sind besonders in Gefahr, den Versprechungen von Extremisten zu erliegen, wir erzeugen mit Fehlern in der Bildungspolitik den Nachwuchs für aggressive Salafisten und IS."

Nah dran

Die GEW konnte im letzten Jahr ihre Mitgliederzahlen erneut, diesmal um 2,3 Prozent, steigern. Es fehlt nicht mehr viel, um 5-stellig zu werden. Geben wir uns Mühe!



V.i.S.d.P.: VER.DI BUNDESVORSTAND – RESSORT 1 – FRANK BSIRSKE – PAULA-THIEDE-UFER 10 – 10179 BERLIN

Von nichts kommt nichts! Müßig zu sagen, dass es schwierig und kompliziert wird. Auf jeden Fall gratulieren wir dem Wahlsieger Alexis Tsipras von Syriza

immer kleiner

Die Universität Hamburg – die fünftgrößte in Deutschland – schrumpft: Die Zahl der von der Stadt finanzierten Plätze für Studienanfänger_innen soll bis 2016 um 379 gegenüber 2013 auf 8069 abgesenkt werden – ein Minus von 4,5 Prozent. Der Löwenanteil der Platzreduzierung entfällt auf die Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, wo allein 259 Plätze abgebaut werden sollen.

immer schlechter

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) präsentierte eine Analyse zur Entwicklung des Ausbildungsmarktes 2014. Nach den Befunden setzt sich der »Negativtrend der vergangenen drei Jahre« sowohl beim Angebot als auch bei der Nachfrage fort. Die 522.200 im laufenden Jahr neu abgeschlossenen Verträge markierten einen historischen Tiefstand im »wiedervereinigten« Deutschland. Im Vorjahresvergleich beträgt der Rückgang 1,4 Prozent. Bei der betrieblichen Ausbildung zählten die Forscher mit 502.110 Plätzen 5.800 weniger als 2013, im außerbetrieblichen Bereich verzeichneten sie Einbußen von 1.500 auf 20.100. Am Bilanzierungsstichtag 30. September waren 37.100 Stellen unbesetzt – so viel wie seit 20 Jahren nicht mehr. Gleichwohl waren immer noch 81.200 Bewerber_innen ohne Zuschlag.

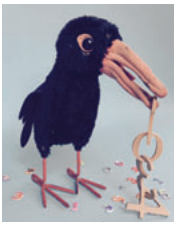
immer verlogener

60 Prozent aller Ausbildungsbetriebe in Deutschland haben laut einer Studie noch nie einen Auszubildenden mit Migrationshintergrund eingestellt. Als Grund gaben drei Viertel (74,8 Prozent) der Unternehmen an, keine Bewerbungen von diesen Jugendlichen zu erhalten, wie eine repräsentative Umfrage im Auftrag der Bertelsmannstiftung ergab. Diese Begründung sei wenig plausibel, da die betreffenden Jugendlichen sich bei besonders vielen Betrieben bewerben.

Apropos abendländische Vaterlandsliebe

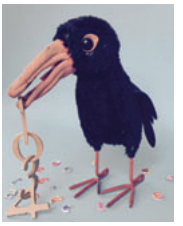
„Ziffel: Es ist mir immer merkwürdig vorgekommen, daß man gerade das Land besonders lieben soll, wo man Steuern zahlt… Kalle: Die Vaterlandsliebe wird schon dadurch beeinträchtigt, daß man überhaupt keine richtige Auswahl hat. Das ist so, als wenn man die lieben soll, die man heiratet, und nicht die heiratet, die man liebt… Sagen wir, man zeigt mir ein Stückel Frankreich und einen Fetzen gutes England und ein, zwei Schweizer Berge und was Norwegisches am Meer und dann deut` ich drauf und sag: das nehm ich als Vaterland, dann würd ich`s auch schätzen. Aber jetzt ist's, wie wenn einer nichts so sehr schätzt wie den Fensterstock, aus dem er einmal heruntergefallen ist."

B. BRECHT,
Flüchtlingsgespräche



123R 45A67B89E 01S 23456Z 78A 90H

12L34E 56N 78S90A 12L 34A 56T7890



Verwirrspiel

Endlich kommt Licht ins Dunkel um die LSE-Zahlen und die Finanzierung der Inklusion

Die Vorgeschichte: Wahlversprechen ins Gegenteil verkehrt

Im SPD-Wahlprogramm 2011 heißt es, dass „nach dem Vorbild der seit Jahren erfolgreichen *Integrationsklassen* und der *integrativen Regelklassen* weitere Angebote geschaffen werden sollen“.

Statt diese bundesweit vorbildlichen Modelle des gemeinsamen Lernens auszuweiten, wurden sie seit 2012 schrittweise abgeschafft und durch personell unzureichend ausgestattete Modelle ersetzt.

Die Inklusion wird in Hamburg seit August 2012 weitgehend zum Nulltarif finanziert.

Durch die Abschaffung der personell gut ausgestatteten integrativen Regelklassen und Integrationsklassen wurden im Jahr 2014 gegenüber 2011 16 Mio Euro eingespart. Durch das Auslaufen anderer inklusiver Maßnahmen sowie durch die geringere Schülerzahl und Kürzung der Sprachförderung an Sonderschulen wurden weitere 7,7 Mio Euro erwirtschaftet.

Mit diesen insgesamt 23,7 Mio Euro (456 Lehrerstellen) wurden die neuen, billigeren Inklusionsmodelle finanziert. Für behinderte Schüler_innen gibt es die unzureichende schülerbezogene Zuweisung und für die Schüler_innen mit LSE[1] Förderschwerpunkt die systemische Ressource, die von einer viel zu niedrigen Zahl von Förderbedürftigen ausgeht.[2]

Unsere Vorsitzende Anja Bensinger-Stolze auf der mit 400 Teilnehmer_innen besuchten Veranstaltung am LI am 5. Januar zur Frage, wie sich die Behörde angesichts der jüngst bekannt gewordenen Zahlen gedenke zu verhalten. Links von ihr Pit Katzer, Erich-Kästner-STS; rechts Angelika Fiedler, Clara-Grunwald-Schule neben Senator Ties Rabe

Es gibt kein Dunkelfeld bei den LSE-Zahlen

In den Presseerklärungen und Äußerungen des Senators ist immer wieder die Rede von einem „Dunkelfeld“ bei den LSE-Zahlen und der „wundersamen Vermehrung der LSE-Schüler“.

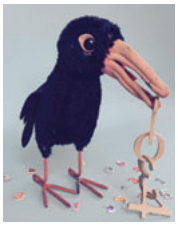
Mit diesen Formulierungen stellte der Senator die von den Schulen gemeldeten Zahlen in Zweifel und entzog sich den finanziellen Konsequenzen, die sich aus diesen Zahlen ergeben.

Dabei war der statistische Anstieg der Schüler_innen mit dem Förderschwerpunkt LSE vorhersehbar.

Im Schuljahr 2011/12 hatten laut Schulstatistik 5% aller Schüler_innen an den allgemeinen und Sonderschulen den Förderbedarf LSE. Die Bürgerschaftsdrucksache von 2012 rechnete damit, dass in kurzer Zeit die große Mehrheit der Ge-

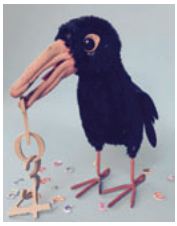
[1] LSE = Förderschwerpunkt Lernen, Sprache und emotionale-soziale Entwicklung

[2] Die Zahlen stammen aus der Bürgerschaftsdrucksache 20/3641 Inklusive Bildung , S.23, März 2012



123R 45A 67B 89E 01S 23456Z 78A 90H

12L 34E 56N 78S 90A 12L 34A 56T 7890



förderten nach LSE an den allgemeinen Schulen sein würde. Die systemische Personalzuweisung geht deshalb davon aus, dass 4% eines Schülerjahrgangs inklusiv und 1% in Förder- und Sprachheilschulen beschult werden.

Dabei wurde ignoriert, dass die Schüler_innen mit LSE aus den integrativen Regelklassen nicht in der Statistik auftauchten, weil ein Feststellungsgutachten dort konzeptbedingt erst in der Mitte der 4. Klasse erstellt werden sollte. Berücksichtigt man die Schüler_innen der IR-Klassen, beträgt die LSE-Quote in den allgemeinen Schulen schon 5,6% statt 4%.

Außer Acht blieb auch, dass der Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung in den Vorjahren kaum diagnostiziert wurde, weil es dafür keine Sonderschule gab.

Jede_r vierte Schüler_in mit LSE hat aber diesen Förderschwerpunkt. Dadurch kommt ein weiterer Prozentpunkt dazu. Insgesamt kommt man so auf eine LSE-Quote von 6,6% in der Inklusion.

Das ist auch die Zahl, die jetzt bei der Diagnostik der ReBBZ herausgekommen ist.

Das von Senator Rabe in Auftrag gegebene und im Sommer 2014 veröffentlichte Gutachten von Prof. Schuck und Prof. Rauer benennt diese beiden Faktoren deutlich. Der Senator ignorierte aber diese gutachterliche Aufhellung des „Dunkelfeldes“.

Die Schulen haben seriös diagnostiziert – eine Entschuldigung des Senators blieb aus

Seit über zwei Jahren äußert der Schulsenator öffentlich Zweifel an der Qualität der schulischen Diagnostik. Nun sind die von ihm selbst beauftragten Experten der ReBBZ zu fast demselben Ergebnis wie die Schulen gekommen. Sie stellten eine LSE-Quote von 6,6% (868 Schüler_innen) im Jahrgang 4 fest. Die Grundschulen hatten ein Jahr zuvor in Jg.3 bei denselben Kindern 6,9% (893 Kinder) gemeldet.

Eine Entschuldigung des Senators bei den Schulen für seine öffentlich geäußerten Zweifel blieb aus.

Stattdessen wurde in der Presseerklärung des Senators vom 8.1.15 mit der Überschrift *Mehr als behauptet* suggeriert, dass die Experten ein deutlich anderes Ergebnis als die Schulen herausgefunden hatten.

Der Trick: Es wurden nicht die o.g. Diagnosezahlen verglichen, sondern die Zahl der Vorklärungsbögen zum Vergleich genommen. Diese Bögen sollten die Grundschulen für alle Schüler_innen ausfüllen, bei denen ein Verdacht auf LSE besteht und den ReBBZ übergeben. Die Schulen sollten ausdrücklich nicht diagnostizieren. Trotzdem heißt es in der Presseerklärung, dass „die Grundschulen für Jg.4 insgesamt 1012 LSE-Kinder gemeldet“ hätten.

Das ist eine massive Manipulation auf Kosten der Glaubwürdigkeit der Sonderpädagog_innen in den Schulen. Personalfürsorge sieht anders aus.

Unsere Vorsitzende fragt nach dem Licht im "Dunkelfeld"

Der Senator veranstaltet ein unseriöses Verwirrspiel mit Zahlen

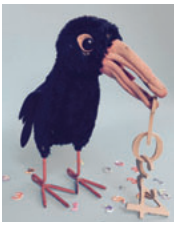
In der Presseerklärung des Senators vom 12.1.15 heißt es in der Überschrift:

„2039 zusätzliche Pädagogen seit Einführung der Inklusion“.

Im Text wird ständig von För-

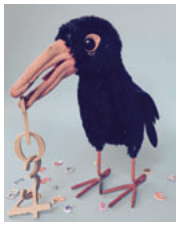
[3] Berechnet nach Hamburger Schulstatistik Schuljahr 2011/12 und 2013/14

[4] ReBBZ = Regionales Bildungs- und Beratungszentrum



123R 45A67B89E 01S 23456Z 78A 90H

12L34E 56N 78S90A 12L 34A 56T7890



derung gesprochen. Dem flüchtigen Leser wird suggeriert, dass diese vielen Pädagog_innen zusätzlich für die Inklusion eingestellt wurden.

Tatsächlich wurden die zusätzlichen Pädagogen_innen im Wesentlichen eingestellt für

- die von 2011-2014 um 7400 gewachsene Schülerzahl in den allgemeinen Schulen,
- die Ausweitung des Ganztagsbetriebes auf die meisten Grund- und Stadtteilschulen,
- die Frequenzsenkung für Jg.0-6, die im Rahmen der geplanten Primarschulreform beschlossen wurde,
- die Anpassung des Durchschnittsfaktors der Stadtteilschulen an den der Gymnasien,
- das Programm Fördern statt Wiederholen sowie
- die Berufsorientierung.

Die Inklusion dagegen wurde – wie oben dargestellt – weitgehend kostenneutral finanziert.

„Die zusätzlichen Schüler mit LSE wurden früher auch ohne zusätzliche Lehrer beschult.“

Mit diesem Satz begründete Senator Rabe auf der Podiumsdiskussion des Inklusionsbündnisses am 8.1.15 seine Weigerung, die Bemessungszahl für die systemische Lehrerzuweisung für LSE von 4% auf 6,6% zu erhöhen.

Dieser Satz ist nicht nur zynisch gegenüber den betroffenen Schüler_innen, er ist auch falsch.

Für die in der Schulstatistik nicht erfassten Schüler_innen mit LSE aus den integrativen Regelklassen gab es eine sehr gute zusätzliche Lehrerausstattung: Jede IR-Klasse erhielt eine halbe Stelle Sonderpädagogik für Prävention und sonderpädagogische Förderung. Das war mehr als doppelt so viel wie die heutige systemische Ressource.

Die Zusage des Senators, für die Jahrgänge 5/6 je 30 zusätzliche Lehrerstellen zur Verfügung zu stellen, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Die Bemessungszahl für die systemische Lehrerzuweisung für LSE muss aber für alle Jahrgänge von den Vorschulklassen bis Jg.10 von 4% auf 6,6% der jeweiligen Jahrgangsschülerzahl erhöht werden, um für alle Schüler_innen eine möglichst gute Entwicklung im gemeinsamen inklusiven Lernen gewährleisten zu können.

PIT KATZER
Schulleiter der
Erich Kästner Schule

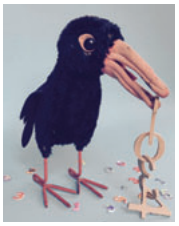
GLOSSE

Graf Zahl verzählt sich

„DIE ZEIT“ hat den Hamburger Schulsenator zu seinem Geburtstag im November letzten Jahres quasi ehrenhalber geadelt: zum Hamburger Graf Zahl (DIE ZEIT Nr.47 vom 13.11.2014). Auch wenn der Adel und seine Standesvorrechte bereits nach dem I. Weltkrieg rechtlich abgeschafft wurden und die Anrede „Erlaucht“ oder „Hochgeboren“ in der Hamburger Straße (noch) nicht üblich ist, weiß Oliver Hollenstein, Bildungsredakteur dieser bürgerlichen (!) Wochenzeitung, warum Ties Rabe den Adelstitel dennoch verdient hat: *Er ist meistens im Recht … Er dürfte im Rennen um den Titel des unbeliebtesten Politikers der Stadt weit vorn liegen. … Die anderen verzweifeln an ihm, weil er Kritik an sich abperlen lässt… Er sei… ungehalten, besserwisserisch, kalt…* Er habe mitunter eine rohe Sprache… usw. usf. - alles durchaus der Aristokratie zugeschriebene Eigenschaften (wenn auch hier nur dem Niederen Adel, sprich einem Grafen, zugeordnet).

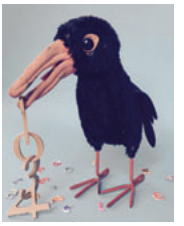
Den Zusatz *Zahl* zum Grafentitel erhält Ties Rabe von der ZEIT, weil Zahlen für ihn angeblich oder tatsächlich die zentrale Rolle spielen. *Rabe ist ein Zahlenmensch. … Er verteilt gern Blätter mit den wichtigsten Zahlen zu einem Thema … Auf das, was sich mit Zahlen nicht mehr leugnen lässt, reagiert er… Eine falsche Zahl in einer Rede, schon geht es los.*

Kein Wort kommt dem Bildungsredakteur Oliver Hollenstein über die Lippen, warum er bei der Adelung des Schulsenators die Nähe zu dem weitaus bekannteren und vermutlich auch beliebteren Namensvetter aus der Sesamstraße sucht (täglich NDR 6.00 Uhr, KIKA 8.00 Uhr). Sicherlich gibt es viele Gemeinsamkeiten, Parallelen und



123R 45A 67B 89E 01S 23456Z 78A 90H

12L34E 56N 78S90A 12L 34A 56T7890



Anknüpfungspunkte. Aber wird Hollenstein den beiden gerecht? Sind sie miteinander vergleichbar oder sogar wesensgleich?

Der wie Dracula aussehende Graf Zahl der Kindersendung (im Original: The Count) fühlt sich nur wohl, wenn er zählt. Seine Begeisterung für Zahlen, Mengen und Maße ist unerschöpflich. Alles will er erfassen und untersuchen. Alles ist es wert, gezählt zu werden. Seine Ergebnisse sind immer bemerkenswert und werden stets von triumphalen Donnerschlägen begleitet. Graf Zahl wird zwar von den anderen aus der Sesamstraße wegen seiner Zahlenkenntnisse geachtet, er hat aber leider keine richtigen Freunde, nur die quicklebendigen Fledermäuse sind ihm nah. Ständig wird er von diesen grauen Wesen umflattert, die zusammen mit ihm im hohen Wohnturm (auch mit 16 Stockwerken?) hausen und ihm notfalls beim Zählen helfen oder Zahlen zuflüstern. In der Sesamstraße versucht Graf Zahl allen zu zeigen, wie man richtig zählen muss *(„Zählschule mit Graf Zahl“).* Man kann unterschiedlich zählen, Hauptsache es kommt stets raus, was vorgegeben ist. Graf Zahl kommt es auf die Zahl, die Quantität, an, Qualität spielt keine Rolle (so ist es Graf Zahl egal, ob er ganze Äpfel oder nur noch die durch das Krümelmonster abgenagten Kerngehäuse zählt, schließlich geht es um Zahlen, Zahlen, Zahlen *(„Äpfelzählen mit Graf Zahl“).* Wütend und traurig ist Graf Zahl, wenn die Zahlen sich nicht so verhalten, wie er es gern möchte. Schlecht auch, wenn sich Graf Zahl nicht mehr an die richtigen Zahlen erinnert *(„Was kommt nach der Drei?“* - alle Clips auf: www.youtube.com oder www.sesamstrasse.de).

Reicht diese Beschreibung, um eine Ähnlichkeitt mit unserem Schulsenator festzustellen? Machen wir die Probe aufs Exempel am Beispiel der Inklusion:

Ein Blick in die Zeitungen der ersten Woche des neuen Jahres lässt eine ähnliche Ausrichtung auf Zahlen erkennen:

- „Schulsenator Rabe hält brisante Zahlen unter Verschluss“ (bildungsklick 2.1.2015)
- „Schulsenator Rabe sitzt auf den Zahlen“ (taz 5.1.15)
- „Schulsenator will brisante Zahlen nennen“ (mopo 7.1.2015)
- „Schulsenator Rabe veröffentlicht brisante Zahlen“ (shz 8.1.2015).

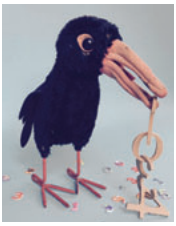
Statt die Zahlen der von ihm bei den Professoren Schuck und Rauer in Auftrag gegebenen Studie über den Anstieg der Zahl von Kindern mit den sonderpädagogischen Förderbedarfen LSE (Lernen, Sprache, emotional-soziale Entwicklung) anzuerkennen und nachzusteuern, lässt der Senator nachzählen, da er weiter von anderen Zahlen ausgeht. Das Nachzählen bringt nicht die von ihm gewünschte Zahl. Es bestätigt sogar die Zahlen von Schuck und Rauer.

Schnell liefert der Schulsenator neue, andere Zahlen. Da gibt es die von ihm anerkannten Zahlen der LSE-Kinder, für diese Schüler_innen würde genug, wenn nicht sogar mehr als genug getan. Aber da sind auch die Zahlen aus dem von ihm so genannten „Dunkelfeld“ der allgemeinen Schulen. Für die hätte er doch schon genug getan. Dafür liefert er fulminante Zahlen: 1400 Vollzeitstellen für die Grund- und Stadtteilschulen, 1300 Schulbegleiter_innen (Pressemitteilung 8.1.2015) - oder noch deutlicher: 2039 zusätzliche Pädagog_innen seit Einführung der Inklusion (Pressemitteilungen 12.1.2015). Und – man könnte denken, Aal-Dieter preist seine Ware auf dem Fischmarkt an – jetzt gibt es noch „bis zu 60 zusätzliche Lehrkräfte“ ab Sommer 2015 für die Klassen 5 und 6 dazu. Mehr geht doch nicht?!

Tatsächlich hat sich der Graf Zahl der Schulbehörde bei der Inklusion verzählt. Statt auf die mehrfach festgestellten Zahlen einzugehen und bei der Förderung nachzusteuern, verwirrt er mit immer neuen Zahlen. Wie sein Namensvetter aus der Sesamstraße verweist er mit triumphalem Donnerschlag auf seine (Erfolgs-)Zahlen. Immer mehr und immer größere Zahlen, egal worauf sie sich beziehen, sollen überzeugend wirken. Aber ähnlich wie Graf Zahl im KIKA-Programm macht Graf Zahl sich in den Schulen keine Freunde, wenn er gerade bei der Inklusion statt auf seriöse Zahlen zu setzen lediglich Zahlenspielereien und Zahlentricks anwendet.

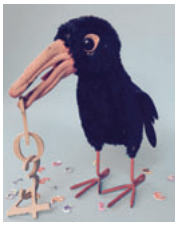
P.S.: Bald sind Bürgerschaftswahlen in Hamburg. Hier gibt es einiges zu zählen. Bei der letzten Wahl hat Ties Rabe mit 50.434 Stimmen das zweitbeste Ergebnis aller Kandidat_innen in Hamburg erzielt. Dieses Mal wird sich zeigen, bis zu welcher Zahl Graf Zahl zählen kann, denn Wahltag ist….

STEFAN ROMEY



123R 45A67B89E 01S 23456Z 78A 90H

12L34E 56N 78S90A 12L 34A 56T7890



An der Nähe der Elbe liegt's nicht...

In der GEW-Veranstaltung „Immer mehr Schüler_innen mit Förderbedarf?", die am 30.9.14 stattgefunden hat, hat Herr Rabe zu den gegenwärtigen Ressourcen, die die BSB für die Umsetzung der Inklusion vorhält, Stellung bezogen

Rabes Aufschlag zierte der Satz:

"Ich sehe keine großen Spielräume für mehr Stellen."

Somit brauchen wir uns keine Illusionen zu machen.

(1) Die Arbeitsbedingungen an den Regionalen Bildungs- und Beratungszentren im Bereich Bildung haben sich in der Folge der Umwandlung der ehemaligen Förder- und Sprachheilschulen in die neue Organisationsform ReBBZ durch einen deutlich gestiegenen Umfang der Arbeitsaufgaben verschlechtert. (Zunahme der Notwendigkeit intensiver individueller Betreuung und Förderung von SuS mit multiplen Förderbedarfen und Zunahme intensiver Elternarbeit; Zunahme der Notwendigkeit der Kooperation mit externen Institutionen; gestiegene Anforderungen an Diagnose und Dokumentation; Kürzung der Funktionszeiten bei steigendem Arbeitsaufkommen; steigende Heterogenität der Klassen u.a.m. (Schreiben der Personalversammlung der Bildungsabteilung des ReBBZ Wandsbek-Süd, 8.9.14).

(2) Im Bereich Beratung tritt "mit angeordneten (und nicht gemeinsam entwickelten) organisations- und aufgabenbezogenen Veränderungen eine tiefgreifende Verschlechterung für die Nachfrager von Beratung ein" (hlz 12/2014). Gegenüber dieser Verschlechterung ist Herr Rabe beratungsresistent.

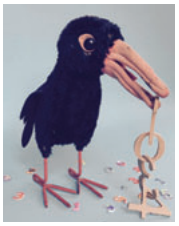
(3) Die mit der Bürgerschaftsdrucksache (203641) und der 'Handreichung Inklusion und Sonderpädagogische Förderung' (31.10.12) festgelegten Ressourcen für inklusive Förderung an Grund- und Stadtteilschulen sind "völlig unzureichend". Bislang zeigt sich der Senator lernresistent.

(4) Das Lehrer-Schüler-Verhältnis an speziellen Sonderschulen ist völlig unangemessen und kann nur durch die Etablierung eines Niedriglohn-Sektors im Schulbereich bzw. durch den Einsatz von FSJ'ler_innen kaschiert werden. Die Auskömmlichkeit beeinträchtigt auch die pädagogische Arbeit an speziellen Sonderschulen. Beispielsweise hat sich die Schülerschaft an den Sonderschulen mit dem Schwerpunkt Geistige Entwicklung in den letzten Jahrzehnten in Richtung eines steigenden Bedarfes an individueller Förderung, z.B. durch Unterstützte Kommunikation und eines zunehmenden Bedarfes an Pflege, z.B. bei der Nahrungsaufnahme, verschoben. Die personellen Ressourcen wären konsequenterweise aufzustocken, werden es aber nicht.

(5) Allgemein muss die Negativ- und Kontrollhaltung der BSB und des Senators unserer Arbeit gegenüber aufhören, die Überfrachtung aller Schulformen mit überflüssigen bürokratischen Aufgaben muss ein Ende haben: Schulen und Schulleitungen

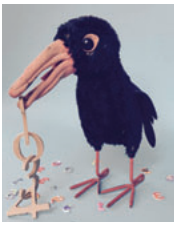
Foto: hlz

Die Öffentlichkeit nimmt Notiz: „Die Gewerkschaft GEW hat zusätzliche Lehrer für den gemeinsamen Unterricht behinde Ties Rabe (54, SPD) hatte angekündigt 60 Lehrerstellen an d weitere Forderungen ab." BILD am 13.1.2015; Anja Bensinge der BSB in Vertretung des Senators) und Andreas Gaertner v



123R 45A67B89E 01S 23456Z 78A 90H

12L34E 56N 78S90A 12L 34A 56T7890



werden zu Befehlsempfängern und erledigen zunehmend auch die Verwaltungsaufgaben der Behörde. Angesichts dieser Belastungen und Mehrarbeit ist es bemerkenswert, welchen hohen professionellen Standard Hamburger Pädagoginnen und Pädagogen im Unterricht, in der Erziehung, in der Therapie und in der Pflege gewährleisten. Wie lange soll das noch gut gehen?

Sozialdemokratische Bildungs- und Schulpolitik in Hamburg bedeutet Verwaltung der Misere – und das mehr schlecht als recht – statt Reform und Verbesserung. Die Leitplanken sozialdemokratischer Schul- und Bildungspolitik sind Schuldenbremse und Auskömmlichkeit:

Der Fisch stinkt vom Kopf her.

Aber Gedanken machen wir uns.

Im Kern ging es bei der GEW-Veranstaltung um den Anstieg der Anzahl der SuS mit sonderpädagogischem Förderbedarf und um deren angemessene Förderung. Bereits im Lauf des Schuljahres 2013/2014 hatte Senator Rabe mit der Einführung eines neuen diagnostischen Verfahrens und vermeintlicher einheitlicher Maßstäbe auf den Anstieg der Zahlen reagiert. Das neue Verfahren setzt den Schwerpunkt auf die Zuschreibungs- und Feststellungsdiagnostik statt auf die Förderdiagnostik.

Der Anstieg der Anzahl der SuS mit sonderpädagogischem Förderbedarf kann jedoch auch als Spiegel der gesellschaftlichen Wirklichkeit einer gespaltenen Stadt gesehen werden, die die BSB nicht zur Kenntnis nehmen will.

Laut Paritätischem Wohlfahrtsverband sind in der Hansestadt 14,8% der Menschen von Armut bedroht (Dez. 2013) und trotz offiziell sinkender Arbeitslosigkeit und zurückgehender Hartz-IV-Quoten ist die Armutsquote auf dem höchsten Stand seit 2006. Bemerkenswert ist hier die überproportionale Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse (Teilzeit, geringfügige und befristete Beschäftigung, Zeitarbeit). Hamburg liegt dabei mit seiner Armutsquote im Bundestrend und hat (negativ) kräftig aufgeholt.

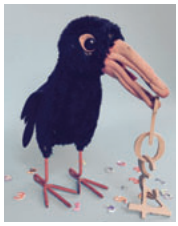
Besonders betroffen von Armut sind Alleinerziehende (35,2%), Erwerbslose (50,7%) und Migrant_innen (30,6%) bzw. Menschen mit Migrationshintergrund (28,9%).

Wäre nicht in diesem Zusammenhang und mit dem in Relation zur Armutsquote und zum steigenden Armutsrisiko steigenden Gesundheitsrisiko ein steigender pädagogischer Förderbedarf, der sonderpädagogischen Förderbedarf einschließt, zu problematisieren?

Als Spiegel der Wirklichkeit bedeuten diese Zahlen, dass es in Hamburg eine wachsende Zahl von Schülerinnen und Schülern gibt, die unsere pädagogische Unterstützung brauchen. Darauf hätte Schule zu reagieren, für die Verwirklichung dieser Unterstützung muss Bildungspolitik Rahmenbedingungen schaffen. „Im Kern“ jedoch soll die Ausstattung der Inklusion mit Ressourcen so bleiben wie sie ist (Senator Rabe am 19.11.14 vor derH amburgerL ehrerkammer).

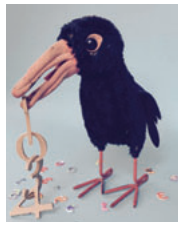
Seit dem 19. Dezember 2014 liegen nun die von den ReBBZs auf Grundlage des neuen diagnostischen Verfahrens ermittelten Zahlen der als zu fördernd anerkannten Kinderin der BSB vor: 6,6% der heutigen Viertklässler_innen gelten als förderungsbedürftig in den Bereichen Lernen, Sprache oder emotionale und soziale Entwicklung. Auf diese Zahlen durften wir gespannt sein, denn eine stichprobenartige Vor-Abfrage an Grundschulen hatte bereits ergeben, „dass auch diese Werte

: 5000 Unterschriften an die Schulbehörde übergeben, 550 erter und nichtbehinderter Kinder gefordert. Schulsenator len Stadtteilschulen aufzustocken (BILD berichtete), lehnte r-Stolze, Frederik Dehnerdt, Peter Albrecht (Pressesprecher von NDR 90,3



123R 45A67B89E 01S 23456Z 78A 90H

12L34E 56N 78S90A 12L 34A 56T7890



um über 50 Prozent über der systemischen Ressource liegen“; das wäre „ein Knaller“, wird Pit Katzer, Schulleiter und einer der Sprecher des „Bündnisses für schulische Inklusion“ in der taz. hamburg vom 3./4.1.2015 zitiert.

Die eigenwillige Interpretation des Schulsenators lautet: „Es gibt weniger LSE-Kinder als behauptet und mehr als erwartet“ (Pressemitteilung der BSB vom 8.1.15). Es ist das Eingeständnis der BSB, jahrelang den tatsächlichen Bedarf negiert und sowohl den Zahlen der mit Diagnostik befassten Kolleginnen und Kollegen als auch den Zahlen der Wissenschaftler Schuck & Rauer misstraut zu haben. Selbst hinter der Formulierung „weniger LSE-Kinder als behauptet“ verbirgt sich eine halbe Unwahrheit, da zu diesen („LSE-“) Kindern ausdrücklich solche als ‚Verdachtsfälle’ gemeldete gehören.

Da summa summarum die Hamburger Zahlen eher denjenigen anderer Großstädte gleichen als den eigenen Vorgaben, ist Senator Rabe, statt auf die betroffene Hamburger Lehrerschaft und die zu Rate gezogene Wissenschaft gehört zu haben, nun in sein selbst gespanntes Netz aus Ausreden, Ausflüchten und halben Wahrheiten geflogen. Da sollte er auch nach der Wahl bleiben. Denn nur „bis zu 60 Lehrkräfte“ mehr, „um in den Klassenstufen 5 und 6 den Unterricht zu verbessern“, sind für das kommende Schuljahr nicht genug: „Inklusion braucht mehr.“

Die GEW fordert 550 Stellen mehr für multiprofessionelle Teams, für Individualisierung, Differenzierung und Therapie, für Prävention und frühe Förderung, für Beratung und Elternarbeit.

Fazit:

Es mangelt der Bildungs- und Schulpolitik Hamburgs an Sachverstand und Fachkompetenz.

Aber nicht nur das. Es mangelt sozialdemokratischer Schulpolitik an dem politischen Willen, jenseits ihrer Leitplanken ‚Schuldenbremse’ und ‚Auskömmlichkeit’ die soziale Spaltung Hamburgs wahrzunehmen und sich wirksam für soziale Gerechtigkeit und Inklusion einzusetzen.

Und schließlich: Ihnen, Herr Rabe, fehlt offensichtlich das Herzblut, um die vielleicht größte Schulreform nach Kriegsende in vernünftige Bahnen zu lenken und umzusetzen.

FACHGRUPPE SONDERPÄDAGOGIK & INKLUSION

Schuss nach hinten

Diagnostik als Hilfsmittel zur Durchsetzung politischer Ziele

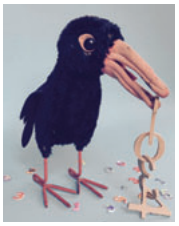
Wie von der Behörde verordnet, haben wir Sonderpädagog_innen und Grundschullehrer_innen zum ersten Mal die „Vorklärung“ sonderpädagogischen Förderbedarfs der 4. Klässler_innen im Bereich LSE (inklusive der schon diagnostizierten) bis zu den Herbstferien durchgeführt. Ab November bis in den Januar hinein findet die „Nachkontrolle“ durch die jeweiligen ReBBzs statt.

Das offizielle Versprechen behördeneigener „Wanderprediger“ lautet: Diese Verfahren versprechen Sicherheit und Transparenz durch einheitliche diagnostische Kriterien! Soweit die offizielle Version.

Was aber in diesen Wochen und Monaten eigentlich stattfand, war ein zeitaufwändiges Ausfüllen und Dokumentieren teils schon hinlänglich beschriebener Kinder, was pro Kind bis zu 15 Stunden dauerte und pädagogische Ressourcen aus dem Unterricht und von den betroffenen Kindern und Schulklassen wegnahm, um administrative Bedürfnisse einer Zuschreibungs- und Feststellungsdiagnostik Genüge zu tun.

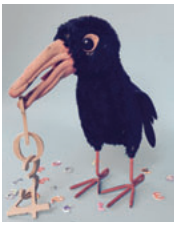
In der Nachkontrolle wurde dies noch mal getoppt durch den verpflichtenden Einsatz hochstandardisierter IQ - Lern-und Sprachtests, durchgeführt von Sonderpädagog_innen aus den ReBBZs. Hinzu kamen Förderkonferenzen und Elterngespräche über Kinder, die teilweise erst vor wenigen Monaten im letzten Schuljahr stattgefunden haben.

Ein Vater sagte zu mir: „Herr Meister, warum muss das denn alles nochmal gemacht werden?



123R 45A 67B 89E 01S 23456Z 78A 90H

12L 34E 56N 78S 90A 12L 34A 56T 7890



Es reicht doch.“ Eine plausible Antwort bin ich ihm schuldig geblieben.

Ein Kind weigerte sich, einen IQ- Test in der Nachkontrolle zu machen mit der Begründung: „Immer ich, was soll der Scheiß?!“

Recht hat es!

Nicht nur, dass die Behörde uns zwang, diese Diagnostik durchzuführen und damit Ressourcen, die sowieso viel zu gering sind, für diesen Zeitabschnitt verschleuderte, die eigentlich den Kindern zukommen sollten. Sondern sie forderte auch heraus, dass Kinder und ihre Familien mithilfe administrativer Anforderungen zusätzlich „beschämt“ wurden.

Es drängt sich mir der Verdacht auf, dass es eigentlich um Politik geht und nicht um die Kinder. Wird hier Diagnostik für politische Ziele missbraucht? Einiges deutet darauf hin.

Kurz vor den Sommerferien wurde die Studie von Schuck und Rauer zum Anstieg der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Bereich LSE veröffentlicht. Eine wesentliche Feststellung war, dass etwas 600-800 Kinder bei der jetzigen Mittelausstattung der Schulen (sonder-)pädagogisch nicht versorgt sind. Dies hätte eine dringende Nachsteuerung der Behörde zur Konsequenz.

Foto: Fredrik Dehnerdt

Niemand wird uns dauerhaft im Regen stehen lassen (hier auf der Demo des Inklusionsbündnisses am 26. Januar 2015)

Besteht die Hoffnung des Senators, durch das wiederholte zeitintensive Überprüfen der Kinder, insbesondere aus den 4. Klassen, darin, dass die Quote der LSE Kinder in der neuen Statistik gesenkt wird, um die Ergebnisse von Schuck und Rauer in Frage stellen zu können?

Gesenkte Quoten als Legitimationsgrundlage für politische Entscheidungen: „Es wird nicht mehr Geld für die Inklusion geben! So der Senator am 30.09.2014. Was aber, wenn die Zahlen bestätigt werden? Wenn trotz des Zeitaufwands und, wie ich finde, sinnloser Testereien die Zahlen der sogenannten LSE Kinder gleich hoch bleiben? Wird dann eine Nachkontrolle der Nachkontrolle durchgeführt, solange bis die Zahlen ins politische Bild passen? Ein Szenario, über das sich trefflich spekulieren ließe.

Was aber bei der bisherigen Diskussion um das neue diagnostische Verfahren kaum Beachtung fand, ist, dass das sogenannte „neue“ eigentlich das alte, klassische Paradigma einer Feststellungs- und Zuschreibungsdiagnostik reaktiviert.

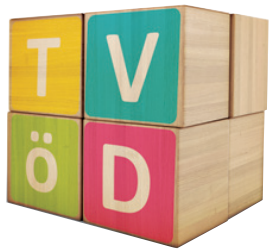
Nach Jahrzehnten intensiver Testkritik wird die Durchführung und Handhabung normorientierter und standardisierter Leistungs- und IQ - Tests wieder festgeschriebenes Programm. Strategien einer Kind - Umfeld-Diagnostik und förderungsdiagnostische Alternativen treten in den Hintergrund.

Eine Kultur des Messens, Wiegens, Vergleichens und Sortierens nimmt über jene Strategien zunehmend mehr Raum in unseren Schulen ein. Diagnostik soll aber helfen, den nächsten Lern- und Entwicklungsschritt für und mit den Kindern zu definieren und sie nicht anhand von Prozenträngen und Intelligenzquotienten in fragwürdige Kategorien einzusortieren. Wir müssen diese Diskussion weiter intensivieren und uns nicht blenden lassen von den Versprechungen der Transparenz und Sicherheit.

Diese Art der Diagnostik ist meiner Ansicht nach reaktionär!

U. MEISTER
Sonderpädagoge

Wann, wenn nicht jetzt



Die Beschäftigten der Länder fordern 5,5 Prozent mehr Gehalt und endlich eine L-EGO

Mit diesen Forderungen geht die GEW in die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder, die am 16. Februar in Berlin beginnen.

Lehrer_innen, Vorschulklassenleitungen, pädagogische und therapeutische Mitarbeiter_innen der Schulen und die Angestellten an Hochschulen und Behörden werden in diesem Frühjahr für ihre Rechte kämpfen.

Die Belastung der Kolleg_innen ist in den letzten Jahren enorm gestiegen, die Unzufriedenheit mit den Reformen an den Schulen ebenso. Die Gehaltsentwicklung steht hierzu jedoch in keinem Verhältnis.

Wie auch der Personalkostenreport des DGB zeigt (http://www.dgb.de/-/e32), sind im öffentlichen Dienst die Personalkosten seit 1970 stabil. Es besteht also keine Notwendigkeit für einen knauserigen Tarifabschluss. Hamburg hat 2014 einen Überschuss von mehr als 100 Millionen Euro im Haushalt. Es ist die beste Bilanz in der Geschichte der Stadt.

Dies zeigt: Geld ist genug da. Es muss auch den Beschäftigten zu Gute kommen.

Nach 2011 und 2013 kämpft die GEW nun bereits das dritte Mal für eine Entgeltordnung für angestellte Lehrkräfte (L-EGO). Es wird höchste Zeit, hier einen Abschluss zu erzielen. Weigerte sich die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) in den vergangen Tarifrunden, sich ernsthaft mit den Forderungen der GEW auseinanderzusetzen, wird aktuell intensiv verhandelt – auch wenn derzeit noch keine konkreten Ergebnisse vorliegen.

Auch die Hamburger Vorschulklassenleitungen, in der Regel diplomierte Sozialpädagog_innen, gelten tarifrechtlich als Lehrkräfte. Für sie hat der Arbeitgeber bisher einseitig in seiner Eingruppierungsrichtlinie die sogenannte „kleine“ E9 als Entgeltgruppe festgelegt. Dort gelten wesentlich längere Stufenlaufzeiten als in der regulären E9 und es fehlt die Stufe 5. Zwar können auch Vorschulklassenleitungen die „große“ E9 bzw. die Stufe 5 erhalten – aber nur, wenn es freie Stellen gibt und das dauert Jahre. Über die Zeit ergeben sich hier deutliche Einkommensunterschiede gegenüber Sozialpädagog_innen, die an der Schule in der Inklusion, in der Beratung oder im Ganztag arbeiten. Diesen bundesweit einmaligen Zustand nehmen die Kolleg_innen nicht mehr hin und haben sich in dem Bündnis „Vorschule aktiv“ zusammengetan, um für eine bessere Eingruppierung zu kämpfen.

Der finale Verhandlungsstand zur L-EGO vor Beginn der Tarifverhandlungen wird die Bundestarifkommission der GEW bei ihrem Treffen am 6. Februar diskutieren und auswerten. Entscheidend für das weitere Vorgehen wird vor allem auch sein, inwieweit sich insgesamt für die Beschäftigten materielle Verbesserungen ergeben.

Weiter fordert die GEW in dieser Tarifrunde eine „Risikozulage“ für befristet Beschäftigte. Vor allem an Hochschulen sind befristete Arbeitsverhältnisse leider oft die Regel. Kein anderes Land hat so wenig dauerhaft Beschäftigte wie Deutschland. Fristverträge bedeuten für die Betroffenen den Verlust von Sicherheit für die Lebensplanung. Familiengründung, Altersvorsorge bleiben dabei auf der Strecke.

Hier ist die Position der GEW: Wer dieses Risiko trägt, soll dafür auch mehr Geld erhalten.

Zwar dürfen unsere verbeamteten Kolleginnen und Kollegen nach wie vor nicht streiken. Doch hat das Bundesverwaltungsgericht hier bereits auf den Widerspruch im deutschen Recht aufmerksam gemacht: Zwar hat nach europäischem Recht jederR das Recht, seine Beschäftigungsbedingungen zu verhandeln, doch leitet Deutschland das herrschende Streikverbot für Beamt_innen nach wie vor aus den „hergebrachten Grundsätzen“ des Beamtentums ab. Die gerichtlichen Auseinandersetzungen hierzu werden allerdings noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Dies sollte keineN verbeamteteN KollegeN davon abhalten, sich nach seinen /ihren Möglichkeiten aktiv in diese Tarifauseinandersetzungen einzubringen und sich an Aktionen zu beteiligen. Die Forderung der GEW in dieser Tarifrunde lautet: „Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten“ und dafür lohnt es sich, Flagge zu zeigen.

BIRGIT RETTMER
GEW-Referentin

Mehr Schein als Sein?

Die Kita-Eckpunktevereinbarung ist noch weit entfernt von unseren Forderungen

Festzuhalten ist: Die Verhandlungen zwischen der Behörde (BASFI) und den Kita-Wohlfahrtsverbänden waren festgefahren. Die Intervention der SPD-Fraktion hat die Verhandlungen wieder in Gang gebracht.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende bekräftigt die Absicht, die genannten Ziele, die Erzieher-Kind-Relation im Krippenbereich auf 1:4 und im Elementarbereich auf 1:10, innerhalb der genannten Zeitleiste zu erreichen. Und er bekräftigt seine Bereitschaft, sich jederzeit auf Anfrage in die Verhandlungen einzuschalten, wenn in der Umsetzung der einzelnen Schritte Fragen auftauchen, die nicht konsensuell zwischen den Vertragspartnern gelöst werden können.

Festzuhalten ist aber auch, dass die Forderung des Kitanetzwerks-Hamburg nicht erfüllt wurde, bzw. an letzter Stelle und zeitlich weit in der Zukunft liegend in Angriff genommen werden soll. Zitat aus der „Eckpunktevereinbarung zu Qualitätsverbesserungen in Krippe und Kita“ letzte Seite unter dem 4. Punkt Konkrete Schritte:

„e. Zur vollständigen Erreichung der Ziele einer Fachkraft-Kind-Relation von 1:4 im Krippen- und 1:10 im Elementarbereich sind sich beide Seiten einig, dass bei der Betreuungsrelation mittel- bis langfristig auch ein entsprechender Anteil für mittelbare pädagogische Aufgaben und Ausfallzeiten berücksichtigt werden muss. Dieses macht weitere, erhebliche Anstrengungen erforderlich, die ohne Bundesmittel von Hamburg nicht zu stemmen sind. Es ist gemeinsame Zielsetzung beider Seiten, mit Unterstützung des Bundes spürbare Schritte auch bei der Berücksichtigung des Anteils für mittelbare pädagogische Aufgaben und Ausfallzeiten innerhalb des hier vereinbarten Zehn-Jahres-Zeitraums zu vollziehen.“

Zur Erinnerung: Die Forderung des Kitanetzwerks lautete: 25% mehr Personal(-Wochenstunden), um die Ausfallzeiten in Höhe von 17,45 % zu ersetzen und die mittelbare pädagogische Arbeit mit 7,55 % leisten zu können.

Warum haben sich die Kita-Verbände dennoch auf die Eckpunkte geeinigt? Auf der Januarsitzung des Landeselternausschusses (LEA-Hamburg, das Kita Äquivalent zur Elternkammer im Bereich Schule) beantwortete der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Freier Wohlfahrtsverbände, AGFW, diese Frage:

Es sei erreicht worden, dass die Stadt sich verpflichtet, die Fachkraft-Kind-Relation im Krippenbereich bis 2019 auf 1:4 umzusetzen und es sei erreicht worden, dass der im letzten Jahr vom Sozialsenator streitig gestellte Steigerungsindex für die Laufzeit der Vereinbarung, zumindest aber bis zum 01.08.2019 unangetastet bestehen bleibe.

Dem Erhalt des Steigerungsindexes messen wir,

Fotos: Stefan Gierlich

Was passiert, wenn keine Bundesmittel fließen

ebenso wie die AGFW, einen hohen Stellenwert bei. Er beträgt für das vergangene Jahr 3,27% und ist deutlich höher als andere Erhöhungen im Landeshaushalt, die durch die „Schuldenbremse“ im Durchschnitt auf 0,88% Steigerung begrenzt waren.

Dem Verband SOAL, der zu einem späteren Zeitpunkt zu den Verhandlungen über die Eckpunktevereinbarung hinzugekommen war, ist darüber hinaus wichtig, dass bei der Konkretisierung der Formulierungen die berechtigten Interessen der SOAL-Mitglieder Niederschlag finden.: *„… gerade für kleine Kita-Träger nicht einfach zu stemmende Anstrengung… wird zugesagt, dass die zuständige Fachbehörde dafür Sorge tragen wird, weitere, von städtischer Seite verantwortete Mehrbelastungen insbesondere für kleine Träger zu vermeiden. Zu diesem Zweck wird außerdem die Finanzierung des Leitungssockels bei kleinen Kita-Trägern substantiell verbessert und die Kostenbelastung für die externe Evaluation minimiert.“*

Auch wird *„…die Situation der reinen Elementar-Einrichtungen* (das sind Kitas ohne Krippenkinder) *besonders berücksichtigt…“*. Da die Eckpunktevereinbarung zunächst den Krippenbereich und zeitlich erst danach den Elementarbereich behandelt, ist es nachvollziehbar, dass eine Regelung gefunden werden muss. Die reine Elementar-Einrichtung müsste sich ansonsten nur an der Finanzierung beteiligen, würde aber in den ersten fünf Jahren keine Leistungen aus dieser Vereinbarung erhalten.

Bundesmittel - Fluch oder Segen?

An mehreren Stellen in der Eckpunktevereinbarung wird auf das Einfließen von Bundesmitteln Bezug genommen. Selbstverständlich immer im Konjunktiv, da diese real zum jetzigen Zeitpunkt nicht vorhanden sind. Positiv ist zu vermerken, dass Bundesmittel, wenn sie denn vorhanden sind, ausdrücklich dazu benutzt werden sollen, die Erreichung der vereinbarten Ziele zeitlich zu beschleunigen. Der Verweis auf mögliche Bundesmittel lässt aber auch den Rückschluss zu, dass es doch zehn Jahre dauern kann, bis die Verbesserung der Fachkraft-Relation auf 1:4 und 1:10 zum Zeitpunkt des Doppelhaushaltes 2025/2026 erreicht wird, die Ausfallzeiten und die mittelbare pädagogische Arbeit keine Berücksichtigung finden, falls keine Bundesmittel fließen.

Sicher sind die ersten zwei Schritte

Die ersten beiden Schritte sind klar formuliert und von der Hamburger Bürgerschaft beschlossen worden.

Festgezurrt ist die um 10% verbesserte Personal(wochenstunden)zuweisung ab dem 01.04.2015 bei den bis zu 24 Monate alten Krippenkindern sowie die 10% verbesserte Personalzuweisung für die 25 bis 36 Monate alten Krippenkinder ab dem 01.08.2017.

Zurzeit gibt es laut taz-Artikel vom Dez. 2014 in Hamburg 19.827 Kinder, die eine Krippe besuchen.

415 der Kinder sind null bis 12 Monate alt, 3.280 sind 13 bis 18 Monate, 4.593 sind 19 bis 24 Monate, 5.418 sind 25 bis 30 Monate und 6.121 sind 31 bis 36 Monate alt.

Galt das erste Angebot der SPD nur für die bis 18 Monate alten Kinder mit einem Beginn der Erhöhung zum 01.08.2015, so ist nun unter Beteiligung der Kita-Verbände der erste Erhöhungsschritt auf den 01.04.2015 vorverlegt und auf das Kindesalter bis 24 Monate erweitert worden, nebst allen weiteren Schritten laut Eckpunktevereinbarung.

Für 8.288 Krippenkinder stellen die Stadt 2,5 Mio. Euro und die Kita-Träger ca. 2,03 Mio. Euro (8/12 der 0,5% der Steigerungsrate) 2015 zur Verfügung. Davon ausgehend, dass die zur Verfügung gestellten Mittel ohne Überschuss für die 10%ige Personalverbesserung für 8 Monate ausgegeben werden, so müssten 2016 für 12 Monate 6,8 Mio. Euro für dieselbe Anzahl Kinder bereitstehen. Für das gesamte Jahr 2016 stellt die Stadt laut Bürgerschaftsbeschluss 4,0 Mio. Euro und die Träger 3,15 Mio. Euro zur Verfügung.

Der Doppelhaushalt 2017/2018 wird erst Ende 2016 aufgestellt und beschlossen.

Unterstellt man, dass die Kinderzahl zum 01.08.2017 identisch mit der heutigen Anzahl ist, so müsste zum August 2017 so viel Geld im Haushalt bereitgestellt sein, dass für die Monate August bis Dezember 2017 das Geld nicht nur für 8.288 Krippenkinder, sondern auch für weitere 11.539 Krippenkinder ausreicht; und in Folge der Vereinbarung entsprechend mehr Geld für das ganze Jahr 2018 für alle Krippenkinder.

Mit diesem Berechnungsansatz wird die Eckpunktevereinbarung unverständlich. Wie kann unter dem Punkt 3 *Finanzierung* davon die Rede sein, dass der sich ergebende zusätzliche Qualitätsbeitrag (die vereinbarten 0,5%, die jedes Jahr von der Steigerungsrate der Träger von der Stadt einbehalten werden) in Folgehaushalte übertragen werden soll, weil in den Jahren 2016 und 2018 kein zusätzlicher Verbesserungsschritt vereinbart ist? Es sind strukturell wirksam werdende Ausgaben, d.h. sie fallen jedes Jahr zusätzlich an. Nach der hier unterstellten Berechnungsweise kann die in Punkt 3 getroffene Aussage nur dann stimmen, wenn die für 2015 zur Verfügung gestellten Mittel nicht in Gänze 2015 abfließen.

Laut Bertelsmann-Studie existiert in den Hamburger Krippen rechnerisch ein Fachkraft-

Kind-Schlüssel von 1:5,4. Eine 10%ige Verbesserung sollte dann eine Relation von 1:4,86 ergeben. Um auf 1:4 zu kommen, wären grob betrachtet weitere 20% nötig. Damit wäre der statistische Wert von 1:4 abgebildet, aber die Ausfallzeiten und die mittelbare pädagogische Arbeit sind damit nicht ersetzt. Diese betragen nach wie vor 25%, zwar nun nicht mehr bezogen auf 1:5,4, sondern auf 1:4 und verdeutlichen, dass die Stadt Hamburg auch im Jahre 2019 noch um Einiges hinter den Empfehlungen der in der Fachwelt anerkannten Studie herhinkt.

Da unter anderem auch die Personalvertretungen in geeigneter Weise in die Entwicklung der weiteren Schritte eingebunden werden sollen, sind wir gespannt, ob wir das in der Eckpunktevereinbarung unterlegte Finanzierungsmodell erläutert bekommen.

Eine ganze Kitageneration guckt in die Röhre

Zu früh gefreut?

Erste Verbesserung ab 01.04.2015 für die bis 24 Monate alten Kinder – das betrifft Kinder der Eltern, die gemeinsam mit den Beschäftigten für eine Verbesserung demonstriert haben, aber nur Eltern mit den kleinsten Kindern. Alle Eltern von Kindern im Alter von 2 bis 3 Jahren erleben die Verbesserungen in der Krippenpersonalausstattung nicht. Theoretisch ab August 2017, aber dann sind ihre Kinder aus dem Krippenalter herausge"altert". Und selbst die Verbesserungen, die für den Elementarbereich vorgesehen sind, treffen auf ihre Kinder nicht mehr zu. Ab August 2019 gehen die heute 2 bis 3 Jahre alten Kinder schon zur Schule und nicht mehr in die Kita.

Die getroffene Eckpuntevereinbarung lässt eine ganze Kita-Generation unberücksichtigt. Das kann diese Eltern nicht zufriedenstellen.

Dass die Forderung nach Personalstundenersatz für die Ausfallzeiten und Zeit für mittelbare pädagogische Arbeit hintangestellt wird, kann die Beschäftigten nicht zufriedenstellen.

Andererseits haben die Kita-Wohlfahrtsverbände diese Eckpunkte vereinbart. Und alle, die schon viele Jahre im Kita-Geschäft unterwegs sind, sehen nach Jahren stetig erfahrener Verschlechterungen nun Licht am Horizont. Sollten wir tatsächlich im Jahr 2019 eine Fachkraft-Kind-Relation von 1:4 im Krippenbereich verbindlich vorfinden und spätestens nach weiteren fünf Jahren im Elementarbereich ebenso verbindlich eine Relation von 1ner Fachkraft für 10 Elementarkinder haben, so ist das mehr, als wir in den letzten 10 Jahren hatten.

Ebenso ist es ein Novum, dass die Bezahlung der Beschäftigten nach einem Tarifvertrag explizit als Merkmal für eine besondere Belastung tarifgebundener Kita-Träger in einer Vereinbarung zwischen den Kita-Wohlfahrtsverbänden und der Behörde erwähnt wird. Wir werden sehr genau beobachten, in welchem Maße dieses Merkmal in der anstehenden Tarifauseinandersetzung berücksichtigt wird. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben die Entgeltordnung für den Sozial- und Erziehungsdienst zum 31.12.2014 gekündigt, um in diesem Jahr eine neue Entgeltordnung zu erstreiten, die insgesamt den Sozial- und Erziehungsdienst um 10% aufwertet.

Stünde mit der Eckpunktevereinbarung nur ein Wahlversprechen zur Verfügung, so wäre es für den Kita-Bereich im Vergleich zu den Wahlprogrammen der anderen Parteien die schlechteste Wahl. Da es sich hier aber um eine Zusage des im Amt befindlichen Senates handelt, ist es eher der Spatz in der Hand, der wachsen wird und nicht eine der Tauben auf dem Dach, die um Wähler_innenstimmen gurren.

Abschließend ist der Wert dieser Vereinbarung darin zu sehen, dass sie uns eröffnet, unsere Einbeziehung einzufordern. Wir, die Interessenvertretung der in der GEW organisierten Beschäftigten im Kita-Bereich, werden dafür streiten, dass diese Eckpunktevereinbarung nicht gegen die angestrebte Aufwertung der Beschäftigtenentgelte eingesetzt wird und wir werden dafür eintreten, dass sie zu einem rasanten Kita-Qualitätsverbesserungs-Beschleunigungsprogramm aufwächst.

JENS KASTNER
Sprecher der Fachgruppe
Kinder- und Jugendhilfe

Wir fragen, Politiker_innen antwor

Bildungspolitische Vorstellungen und Forderungen der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien zur

Partei / *hlz*	SPD	CDU
Welche Vorstellungen haben sie in Hinblick auf die Arbeitsentlastung der Lehrer_innen, insbesondere, was deren Unterrichtstunden anbelangt?	An Hamburgs Schulen unterrichten heute mehr Pädagogen als jemals zuvor. Kleinere Klassen, die Angleichung und damit Erhöhung der Zeitfaktoren für die einzelne Unterrichtsstunde aller Klassenstufen an der Stadtteilschule an die Zeitfaktoren des Gymnasiums sowie Verfahrensänderungen bei den Abschlussprüfungen haben bereits zu einer Entlastung von Lehrerinnen und Lehrern geführt. Weitere Entlastungsmöglichkeiten liegen in der Hand der Schulleitungen. Wir wollen sie zukünftig noch besser auf ihre Leitungsrolle vor allem auch in der Personalplanung und -entwicklung vorbereiten. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion hat hierfür mit einem Haushaltsantrag bereits die Weichen gestellt.	Das Lehrerarbeitszeitmodell ist mangels Anpassung an die Reformen und Entwicklungen der letzten Jahre nicht mehr hinreichend passgenau und transparent. Eine Überarbeitung und Anpassung ist erforderlich.
In welchen Schulformen sollte Ihrer Meinung nach die Inklusion durchgeführt werden?	Diese Frage hat Hamburg bereits entschieden. Alle Schülerinnen und Schülern mit und ohne Behinderungen oder sonderpädagogischem Förderbedarf haben in Hamburg die Möglichkeit, eine allgemeine Schule zu besuchen. Gleichzeitig bleibt das Elternwahlrecht gewahrt. Denn wir erhalten die speziellen Sonderschulen und haben mit den Regionalen Bildungs- und Beratungszentren ein stabiles Angebot an Förderschulen geschaffen.	Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und durch alle Schulformen zu leisten. Allerdings lehnen wir eine zieldifferente Unterrichtung am Gymnasium grundsätzlich ab.
Die GEW fordert 550 zusätzliche Stellen zur Bewältigung der Inklusion. Welche konkreten Entlastungsschritte für das Personal schlagen Sie vor?	(...) Um stark verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern einen Neuanfang zu ermöglichen, werden wir kleinste Lerngruppen außerhalb des Klassenverbandes einrichten, in denen sie gut betreut, vorübergehend beschult, und auf die Rückkehr in den Klassenverband vorbereitet werden. Wir werden eine große Zahl von Schulbegleitern künftig direkt den Schulen zuweisen. Dort können sie flexibel eingesetzt werden und mehr Schülerinnen und Schülern helfen. So entlasten wir nicht nur die Lehrkräfte, sondern zugleich viele Eltern. Sie müssen nicht mehr wie bisher selbst Schulbegleitungen suchen. Eine Überprüfung hat ergeben, dass der sprunghafte Anstieg der Anzahl der Kinder mit sonderpädagogischen Förderbedarf in den Bereichen Lernen, Sprache und emotionale Entwicklung zu knapp einem Viertel auf Fehldiagnosen	(...) Die systemische Ressourcenzuweisung für Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf LSE ist eine ungerechte und zu unrecht gedeckelte Ressourcenzuweisung. Notwendig ist vielmehr bis auf weiteres eine Einzelfalldiagnostik, die Erstellung eines Förderplans, der Rechtsanspruch auf eine fachgerechte Förderung im Unterricht sowie eine Beratung der unterrichtenden Kollegen und eine individuelle Ressource. Die Dezentralisierung der sonderpädagogischen Förderung ist nicht zum Nulltarif zu haben, da u.a. Synergieeffekte entfallen und der Koordinationsaufwand erheblich steigt. Nach unseren Vorstellungen soll die inklusive Beschulung aber für alle Formen des sonderpädagogischen Förderbedarfs

ten

Bürgerschaftswahl 2015

Kein Freibrief

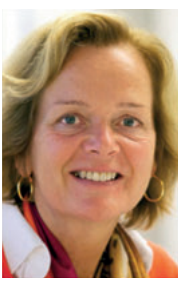
Meine Anfrage an die bildungspoltischen Sprecher_innen der in der Bürgerschaft vertretenen Parteien war verbunden mit der Bitte, die Antworten gleich in das mitgelieferte Raster zu schreiben. Mir war klar, dass bei unterschiedlicher Länge der Beiträge die Größe der 'Felder' verschieden groß ausfallen würde. Deshalb bat ich um die Formulierung von Kernforderungen. Daran wurde sich nicht immer gehalten. Ich war daher gezwungen, einige Antworten, gekennzeichnet durch die übliche Markierung (…), zu kürzen. Dass die Beiträge trotzdem unterschiedlich lang ausgefallen sind, ließ sich nicht immer vermeiden. Es sollte aber natürlich nicht mit einer Wertung der Antworten verbunden werden. JG

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP
Wir werden uns weiterhin für eine Überarbeitung des Arbeitszeitmodells und der Faktorisierung einsetzen. Besonders bei den Fächern Sport, Musik, Kunst und Darstellendes Spiel muss der tatsächliche Arbeitsaufwand berücksichtigt werden. Dabei sollen insbesondere die Anforderungen an Lehrkräfte bezüglich Inklusion, Ganztagsangebot, Qualitätsmanagement an Schulen, kollegialen Unterrichtsreflexionen, Kooperationszeiten für die Teams und Elternarbeit Berücksichtigung finden.	Das Lehrerarbeitszeitmodell gehört abgeschafft. Hamburg ist das einzige Bundesland mit einem derartigen Modell. Es ist ungerecht, weil es eine Mehrarbeitszeitmodell ist und weil es vorgibt, es würden alle tatsächlichen Arbeitszeiten gemessen. Immer wieder ist den Lehrkräften versprochen worden, dass neue Aufgaben auch im Lehrerarbeitszeitmodell abgebildet werden. Das ist aber nicht geschehen. Solange das AZM noch besteht, sind alle Aufgaben einzurechnen. Die Unterrichtsverpflichtung muss gesenkt werden.	Wir setzen uns für Verwaltungsfachkräfte an Schulen ein, die Lehrer von administrativen Tätigkeiten entlasten, damit sie sich auf ihre wichtigste Aufgabe konzentrieren können: Guten Unterricht zu machen. Seit der Einführung des Lehrerarbeitszeitmodells sind zahlreiche neue Aufgaben hinzugekommen, z.B. die Umsetzung der Inklusion oder eine bessere Hochbegabtenförderung. Eine Überarbeitung des Lehrerarbeitszeitmodells ist deshalb notwendig. Dafür muss es erstens eine Bestandsaufnahme geben, die berücksichtigt, welche Aufgaben durch den Einsatz von Verwaltungskräften wegfallen können und welche Aufgaben neu hinzugekommen sind. Danach muss zweitens eine Neubewertung erfolgen. Die darf aber nicht am grünen Tisch erfolgen, sondern Lehrkräfte müssen in diesen Prozess selbstverständlich einbezogen werden.
An allen. Auch Gymnasien müssen sich endlich der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe stellen.	Auch in den Gymnasien! Der von den anderen Parteien ausgerufene „Schulfrieden“ mit dem Zwei-Säulen-Modell lastet die Inklusion in der Sekundarstufe I allein den Stadtteilschulen auf. Inklusion ohne die Gymnasien ist nur eine halbe Inklusion. Inklusion heißt, dass sich die ganze Gesellschaft für die Behinderten öffnet. Für eine echte Inklusion brauchen wir die Eine Schule für Alle.	An allen Schulformen. Der Zugang zum Gymnasium muss aber auch im Rahmen der Inklusion an klare Leistungskriterien geknüpft sein.
Nun, da die genauen Zahlen auf dem Tisch liegen, wissen wir endlich, dass Hamburgs Grund- und Stadtteilschulen über Jahre zu wenig Ressourcen für die Inklusion erhalten haben. Wir wollen den Inklusionsfonds, den wir bereits seit drei Jahren fordern, verstetigen und ihn in regelhaft im Haushalt verankerte etwa 250 Lehrer_innenstellen umwandeln. Das deckt zwar die Lücke nicht vollständig, aber ist ein erster Schritt in die richtige Rich-	DIE LINKE unterstützt diese Forderung. Inklusion ist nicht „kostennneutral“ zu haben, so wie es vom SPD-Senat geplant war. Die 2.000 neuen Lehrerstellen, von denen der Senator jetzt redet, sind hautsächlich für mehr Schüler_innen, den Ganztag und kleinere Klassen nötig geworden. (Übrigens wurden fast 200 Stellen an beruflichen Schulen eingespart.) Für die Inklusion hat der SPD-Senat nur gut 100 Stellen für Erzieher_innen und Sozialpädagog_innen geschaffen, die aus den Überweisungen des Bundes für das Bildungspäckchen für Hartz IV-Kinder finanziert wurden. DIE LINKE hat als einzige Partei für die Inklusison ein realistisches Finanzierungskonzept vorgelegt. Hamburg ist bundesweit Spitzenreiter	Als erster Schritt braucht es eine ehrliche Analyse, wie viele Schüler überhaupt einen sonderpädagogischen Förderbedarf haben. Die vom Senat angenommenen und die von den Schulen gemeldeten Zahlen passen nicht zusammen. Deshalb fordern wir eine Rückkehr zur Einzelfalldiagnostik. Erst wenn diese Zahlen vorliegen, wissen wir, wie viele zusätzliche Pädagogen gebraucht werden. Danach muss es eine passgenaue Zuweisung der Personalressourcen basierend auf den tatsächlichen Schülerzahlen geben.

Partei / hlz	SPD	CDU
	zurückzuführen ist. Bei drei Viertel handelt es sich um ein Dunkelfeld, dass durch die Inklusion erst zutage getreten ist. Früher wären diese Kinder an den Regelschulen ohne besondere Förderung „mitgelaufen“. Heute wird ihr Förderbedarf erkannt und ihm Rechnung getragen. Deshalb werden wir die Schulen mit zusätzlichen Lehrerstellen ausstatten. Hier werden wir nachsteuern. Für die besonders betroffenen Klassen 5 und 6 der Stadtteilschulen werden bis zu 60 zusätzliche Lehrkräfte einstellen. Zur Unterstützung der Inklusion in den Schulen soll künftig ein Expertenteam alle Schulen besuchen und Schulleitungen sowie Kollegien bei der Umsetzung der Inklusion beraten.	zunächst über Schwerpunktschulen mit besonderer Ausstattung und Know-How gesteuert werden, dadurch lässt sich ein Teil des Stellenmehrbedarfs kompensieren. Über das Netzwerk dieser Leuchtturmschulen soll die Inklusion für alle Förderbedarfe sukzessive mit erprobten und tragfähigen Schul- und Unterrichtskonzepten bis 2030 sukzessive weiter in die Fläche gebracht werden. (...) Die Aufteilung der Stellen in 40% Sonderpädagogen und 60% Erzieher und Sozialpädagogen ist unter Berücksichtigung der bisherigen Ausstattungen der Integrationsklassen und der Sonderschulen so anzupassen, dass eine angemessene sonderpädagogischen Betreuung für jeden einzelnen Schüler gewährleistet ist. Ausserdem müssen endlich Bildungspläne für die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagohgischem Förderbedraf vorgelegt werden.
Welche Vorstellungen haben Sie in Hinblick auf die Entwicklung von Ganztagsschulen bzw. eine ganztägige Betreuung an Schulen?	(...) Nach dem Ausbauprogramm geht es künftig darum, die Qualität Schritt für Schritt zu steigern. An jeder Schule soll ein schuleigenes Qualitätsmanagement für den Ganztag eingeführt werden. Einmal im Jahr sollen Expertinnen und Experten alle Ganztagsschulen besuchen und gemeinsam mit den Schulen Verbesserungsvorschläge erörtern. Auf regelmäßigen Veranstaltungen sollen Ideen und Beispiele ausgetauscht werden. Ziel ist es, Vor- und Nachmittagsangebote besser zu verbinden, Hausaufgabenhilfe und nachmittägliche Bildungs- und Förderangebote zu verbessern, die Aufenthaltsqualität der Schulräume durch besseres Mobiliar und neue Reinigungskonzepte zu steigern sowie Ruhezonen und Möglichkeiten zum freien Spiel auszubauen und die Qualität der Schulverpflegung ständig zu verbessern. Für den Aus- und Umbau von Schulgebäuden und Kantinen werden rund 500 Millionen Euro aufgewandt.	Es bedarf zunächst einer externen Evaluierung des Konzeptes der ganztägigen Bildung und Betreuung (GBS). GBS vermittelt leider heute vorallem ein Betreuungsangebot, zuwenig jedoch ein Angenot zur Erhöhung der Bildungsgerechtigkeit. In diesem Rahmen muss auch die Qualität der einzelnen Angebote überprüft werden. Unabhängig davon muss an einem Konzept mit kurz- und mittelfristiger Perspektive für die Weiterentwicklung des Hamburger Ganztages an allen Schulformen gearbeitet werden, das unter kritischer Würdigung der jetzigen Strukturen und Ressourcenzuteilung eine vollständige Verzahnung von Vor- und Nachmittag in der sogenannten ganztägigen Betreuung bzw. offenen Ganztagsschulen berücksichtigt und eine auskömmliche Finanzierung von gebundenen und teilgebundenen Ganztagsschulen ermöglicht. Dabei muss die Wahlfreiheit der Eltern in jedem Stadtteil unter Berücksichtigung des § 13 Abs. 2a) berücksichtigt werden.
Halten Sie das Konzept der 2-Säulen für zukunftsträchtig? Wenn nein, welche Vorstellungen haben Sie bezüglich der Entwicklung der Schulstruktur?	Ja. Die Teilhabe aller an Bildung ist ein wichtiges Ziel unserer Politik. Alle Kinder und Jugendlichen sollen unabhängig von Herkunft und Einkommen der Eltern gute Startchancen haben. Das Hamburger Zwei-Säulen-Modell aus Stadtteilschule und Gymnasium ermöglicht allen Schülerinnen und Schülern den für sie individuell besten Bildungsweg zu gehen. **Lars Holster (SPD)**	Als CDU-Bürgerschaftsfraktion bekennen wir uns zu der von der Enquete-Kommission 2006/2007 entwickelten Schulstruktur für Hamburg, basierend auf dem Zwei-Säulen-System. Allerdings wollen wir diese weiterentwickeln als attraktive, gleichwertige Alternative zum Gymnasium die hochwertige Mittlere Abschlüsse und das Abitur, eingebunden im Stadtteil, anbietet. Dazu ist eine stärkere Leistungsorientierung und äußere Differenzierung in den Kernfächern regelmäßig ab Klasse 8 erforderlich. Daneben wollen wir die Sonderschulen bis auf weiteres als gleichwertige Alternative zur inklusiven Beschulung erhalten. Hauptaugenmerk der Schulentwicklung liegt für uns auf der Qualitätsentwicklung des Unterrichtes. Eine Entwicklung zur Einheitsschule werden wir entgegentreten.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP
tung und bei weitem mehr als die von Senator Rabe versprochenen 60 Stellen für die Klassen 5 und 6. **Stefanie von Berg (Die Grünen)**	bei der Privatschulförderung. DIE LINKE hat in einem Antrag in der Bürgerschaft vorgeschlagen, die Inklusion durch eine Rückführung der Privatschulförderung auf ein bundesdurchschnittliches Niveau zu finanzieren. Damit würden mehr als 20 Mio. € frei werden. Dies wäre ein erster Schritt. Alle anderen Parteien haben den Antrag der LINKEN abgelehnt. In Hamburg gibt es ein bewährtes und bundesweit anerkanntes Modell der Inklusion: die Integrativen Regelklassen und Integrationsklassen. Die SPD hatte vor der letzten Wahl deren Ausweitung versprochen, tatsächlich schafft sie sie jetzt aus Kostengründen aber ab. DIE LINKE fordert für die Inklusion eine Doppelbesetzung mit Lehrkräften nach dem Modell der erfolgreichen Integrations- und Integrativen Regelklassen.	
Wir setzen uns seit vielen Jahren für ein flächendeckendes Ganztagsangebot ein. Unter anderem weil es zu einer größerer Bildungsgerechtigkeit führt. Das GBS-System muss verbessert werden und vor allem muss die Inklusion auch hier umgesetzt werden. Es nehmen zu wenige Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf an den GBS-Angeboten teil. Gleichzeitig brauchen wir eine bessere Ausstattung des (teil-)gebundenen Ganztags. Auch hier müssen GanztagskoordinatorInnen für ihre Arbeit entsprechend vergütet bekommen.	Der SPD-Senat lässt die Ganztagsschule mit der „Ganztägigen Bildung und Betreuung (GBS)“, welche vormittags aus Unterricht und nachmittags aus Betreuung besteht, zum Sparmodell verkommen. DIE LINKE setzt sich für die Entwicklung aller Schulen zu echten (gebundenen) Ganztagsschulen ein. Dies ist aus sozial- und aus bildungspolitischen Gründen richtig, um Eltern zu entlasten und so für mehr Chancengleichheit zu sorgen. Für die Ganztagsbildung sind deutliche Verbesserungen der räumlichen Ausstattung mit Kantinen, Spiel-, Ruhe- und Werkstatträumen und eine gebührenfreie und gute Verpflegung erforderlich	Die FDP setzt auf Wahlfreiheit: Es muss ein ausgewogenes Angebot an verpflichtenden und freiwilligen Ganztagsangeboten geben. Leider wurden gerade die GBS-Angebote überhastet eingeführt mit allen bekannten negativen Folgen für die Qualität der Angebote. Schwachstellen sind u.a. die Kooperation zwischen Lehrern und Erziehern, eine mangelnde Einbindung von Angeboten aus dem Sozialraum (Sportvereine, Angebote der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, etc.) und fehlende Zeit, um Hausaufgaben zu machen. Hier muss dringend nachgebessert werden.
Die GRÜNEN halten nach wie vor das längere gemeinsame Lernen für das beste pädagogische Konzept. Es verspricht die größtmögliche Chancen- und Bildungsgerechtigkeit und es gibt auch so genannten „SpätentwicklerInnen“ die Möglichkeit, nicht zu früh auf einen niedrigeren Schulabschluss festgelegt zu werden. Die Lehren des leider gescheiterten Volksentscheides 2010 sind aber von uns gezogen worden. Die Schulstruktur lässt sich offenbar nicht von Regierungsseite bestimmen, sondern muss an den Schulen selbst entstehen und dort wachsen. Denen, die bereit dazu sind, möchten wir alle Unterstützung zu Teil werden lassen. Die Modellversuche waren und sind alle erfolgreich, so dass wir auf größeres Vertrauen in das längere gemeinsame Lernen durch die breitere Bevölkerung hoffen.	DIE LINKE hat als einzige Partei in der Bürgerschaft den „Schulfrieden“ nicht mit unterschrieben. Er soll das Zwei-Säulen-Modell aus Stadtteilschulen und Gymnasien bis 2019 zementieren. Frieden kann es aber nur geben, wenn es soziale Gerechtigkeit gibt. Dieses Schulsystem diskriminiert systematisch Kinder und Jugendliche von Eltern mit weniger sozialem, ökonomischem und Bildungskapital. Vor fast hundert Jahren, im Jahr 1919, hat die Hamburgische Bürgerschaft das „Gesetz betreffend die Einheitsschulen“ beschlossen. Damit wurden die gymnasialen „Vorschulen“ verboten und die Grundschulen für alle Kinder eingeführt, die erfolgreichste Schulform!	Ja, das Zweisäulensystem ist der richtige Weg für Hamburg. Gleichwohl muss die Stadtteilschule gestärkt werden. Um das zu erreichen, möchte die FDP abschlussbezogene Klassen an allen Stadtteilschulen einrichten, eine bessere Umsetzung der Inklusion mit passgenauer Ressourcenzuweisung und eine gute Berufsorientierung.

Partei / hlz	SPD	CDU
Hamburg hat nach dem Ausbau der Kita-Betreuung den schlechtesten Betreuungsschlüssel in Deutschland. Wie wollen Sie dem begegnen?	Auf Vermittlung der SPD-Fraktion haben Ende 2014 Gespräche mit den Kita-Trägern und Verbänden über Möglichkeiten der Qualitätsverbesserung in Krippe und Kita stattgefunden. Diese mündeten im gemeinsamen Beschluss einer Eckpunktevereinbarung (...) In dieser (...) bekennen sich beide Seiten, Behörde und Träger/Verbände, zu dem Ziel, in den nächsten zehn Jahren schrittweise eine Verbesserung der Fachkraft-/Kind-Relation im Krippenbereich auf 1:4 sowie eine Verbesserung der Fachkraft-/Kind-Relation im Elementarbereich auf 1:10 zu erreichen. Vorbehaltlich entsprechender Beschlüsse im Rahmen der Beratungen der Bürgerschaft zum Haushalt 2015/2016 – die dann am 17.12.2014 mit dem Antrag der SPD-Fraktion (Drs. 20/13947) erfolgt sind - haben sich die Mitglieder der Vertragskommission auf konkrete Schritte zu Qualitätsverbesserungen in Krippe und Kita verständigt, die bereits am 1. April 2015 mit einer Verbesserung der Betreuungsrelation in den Krippen für alle Kinder bis 24 Monate um 10 Prozent beginnen sollen. Zum 1. August 2017 wird der Betreuungsschlüssel (Erziehungspersonal) bei allen Krippenkindern (das heißt 25 bis 36 Monate) um 10 Prozent verbessert und 2019 soll – eine entsprechende Bundesunterstützung vorausgesetzt – der 1:4-Personalschlüssel (Erziehungspersonal) überall in der Krippe Realität werden. Die weiteren Verbesserungsschritte sind für den Anfang der 20er Jahre vorgesehen.	Hamburg darf beim Betreuungsschlüssel im Krippenbereich nicht länger Schlusslicht unter den westdeutschen Bundesländern bleiben. Wir fordern deshalb, den Personalschlüssel im Krippenbereich stufenweise bis 2020 auf eine pädagogische Fachkraft für höchstens 4 Kinder zu verbessern. Dieser Personalschlüssel ist für unter Dreijährige auch in altersgemischten Kita-Gruppen sicherzustellen. Dafür sollen ab 2015 über den Landesrahmenvertrag pro Jahr 300 zusätzliche Erzieherinnen- und Erzieherstellen finanziert werden. **Karin Prien (CDU)**
Die Übergangsquote der Schulabgänger_innen ins duale System von derzeit 37 Prozent ist für alle Beteiligten unbefriedigend. Wie wollen Sie die Situation verbessern?	Schülerinnen und Schüler der Stadtteilschule werden bereits ab der Mittelstufe im Rahmen der neuen Berufs- und Studienorientierung gezielt auf den Übergang in Beruf und Studium vorbereitet. Wer nach der Schule keinen Ausbildungsplatz hat, wird im Rahmen neuer Übergangsmaßnahmen der berufsbildenden Schulen schneller als bisher in ein Ausbildungsverhältnis übergeleitet: Die Übergangsmaßnahmen kombinieren schulisches Lernen und praktisches Lernen im Betrieb und erleichtern damit vielen den Übergang. (...)	Wir wollen den mittleren Bildungsabschluss aufwerten und die Ausbildungsfähigkeit der Schulabsolventen durch Stärkung der Basisqualifikationen und der sozialen Kompetenzen stärken. Die Berufs- und Studienorientierung wollen wir gemeinsam mit Kammern und Wirtschaftsverbänden um geeignete Instrumente für fürein besseres Matching von Schulabsolventen und dem vorhandenen Angebot an Ausbildungsstellen erweitern. Dabei setzen wir auf auf Patenschaften und Coaches und wollen deren ehrenamtliches Engagement besser unterstützen. Die Mittel aus der Allianz für Aus- und Weiterbildung.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP
Die Personalausstattung ist ein ganz wesentlicher Schlüssel für eine gute Qualität der Kitas. Hier muss Hamburg besser werden. In keinem anderen westdeutschen Bundesland ist eine Fachkraft für mehr unter Dreijährige zuständig als in Hamburg. Die Personalausstattung ist damit weder kindgerecht noch pädagogisch sinnvoll. Eine Fachkraft ist rechnerisch für 5,4 Krippenkinder zuständig. Wenn man Ausfallzeiten aufgrund von Urlaub oder Krankheit und mittelbare pädagogische Tätigkeiten wie Teamgespräche oder Dokumentation mit betrachtet, ist eine Kita-Fachkraft sogar für mehr als sieben Krippenkinder verantwortlich. Um der Personalnot zu begegnen, wollen wir in einem ersten Schritt die Personalausstattung bei der Betreuung der unter Dreijährigen um 25 Prozent anheben. Damit können Ausfallzeiten und Anteile für die mittelbare pädagogische Arbeit endlich mit berücksichtigt werden. In weiteren Schritten wollen wir die wissenschaftlichen Empfehlungen der Bertelsmann-Stiftung erreichen. Dies bedeutet eine tatsächliche Fachkraft-Kind-Relation von 1 zu 4 im Krippenbereich und eine tatsächliche Fachkraft-Kind-Relation von 1 zu 10 bei der Betreuung der über Dreijährigen.	Die LINKE fordert Investitionen in die Qualität der Kindertageseinrichtungen. Dazu gehören bessere Personalschlüssel. Im ersten Schritt unterstützt die LINKE die Forderung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften, des Landeselternausschuss und der Verbände nach Finanzierung verbesserter Personalschlüssel in Höhe von 25%, um Ausfallzeiten und mittelbare pädagogische Arbeit zu finanzieren. Um die daraus resultierenden Fachkräftebedarfe langfristig zu decken, ist der Erzieherberuf aufzuwerten. Hierzu gehört auch eine bessere Bezahlung. Die LINKE setzt hier einen politischen Schwerpunkt in der Stadt. Der Bund muss diese Aufgaben mitfinanzieren. Wer bundesweit Rechtsansprüche ab dem ersten Lebensjahr einführt, darf die Länder und Kommunen mit der Finanzierung nicht allein lassen. Langfristig fordert die LINKE durch Steuern finanzierte gebührenfreie Ganztagesplätze von guter Qualität für alle Kinder.	Die FDP setzt sich für eine stufenweise Verbesserung des Betreuungsschlüssels auf 1:4 ein. Der Bund stellt Hamburg pro Jahr 21 Mio. Euro als Betriebskostenzuschuss zur Verfügung. Diese Gelder versickern im Moment im allgemeinen Haushalt. Sie müssen konsequent für eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels verwendet werden. So könnten bereits in diesem Jahr 400 neue Erzieherstellen finanziert werden.  **Anna von Treuenfels (FDP)**
Das von der schwarz-grünen Regierung geplante System Übergang in den Beruf ist gut, aber es muss offensichtlich noch verbessert werden. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure muss weiter zunehmen. Gleichzeitig brauchen wir mehr Ausbildungsplätze. Ein großer Fehler des aktuellen Senats ist: die Produktionsschulen werden kaum noch unterstützt. Dabei haben gerade sie bewiesen, wie erfolgreich einst schulmüde Schülerinnen oder Schüler werden können, wenn ihnen das richtige und praxisorientierte Konzept angeboten werden kann.	Die Übergangsquote in die duale Ausbildung beträgt sogar nur 25 %! (12 % der Schulabgänger_innen haben einen Platz in einer vollqualifizierenden schulischen oder außerbetrieblichen Ausbildung bekommen.) (...) DIE LINKE fordert: Recht auf Berufsausbildung: Alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit einem Haupt- oder Realschulabschluss haben das Recht auf eine berufliche Ausbildung. Sie müssen nach Schulende nahtlos eine Berufsausbildung beginnen können. Echte Ausbildungsvorbereitung: Jugendliche ohne Schulabschluss besuchen zunächst eine Ausbildungsvorbereitung und wechseln dann nahtlos in eine Berufsausbildung. Staatliche Ausbildungsgarantie: Solange die Unternehmen nicht in ausreichender Zahl Ausbildungsplät-	Die geringe Quote von 37% hat viele Ursachen, nicht nur mangelnde Ausbildungsreife oder zu wenige Ausbildungsplätze. Es gibt auch ein sog. „Matching"-Problem, Bewerber und Betrieben finden nicht zusammen. Deshalb muss die Berufsorientierung durch mehr Berufsschullehrer an Stadtteilschulen, eine bessere Beratung über die Möglichkeiten einer dualen Ausbildung und mehr Kooperationen zwischen Firmen und Schulen verbessert werden. Auch an Gymnasien sollte es nicht nur eine Studien-, sondern eine echte Berufsorientierung geben, die die Vorteile der dualen Ausbildung darstellt.

Partei / hlz	SPD	CDU
Welche Vorstellungen haben Sie in Hinblick auf die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der an der Universität Beschäftigten?	(...) Die Wissenschaftsbehörde hat in einer Arbeitsgruppe mit Vertretern von Hochschulen, Gewerkschaften, Personalräten, Deutschem Hochschulverband und der Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten Verabredungen darüber getroffen, wie die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen entscheidend verbessert werden können. Dies vor allem durch: einen grundsätzlichen Beschäftigungsumfang für Promovierende von mindestens einer halben Stelle einschließlich eines Anteils für die eigene Qualifizierung, die Sicherheit für Habilitierende, bei erfolgversprechender Prognose in die zweite Phase der Beschäftigung übernommen zu werden, die Verpflichtung der Hochschulen zur grundsätzlichen Übertragung von Daueraufgaben auf Dauerbeschäftigte und der Evaluierung der Abweichungen hiervon, über die hochschulintern zu informieren ist, die Bindung der Beschäftigungsdauer bei Drittmittelprojekten in der Regel an die Projektlaufzeit, die Verpflichtung der Hochschulen zu angemessener Vergütung von Lehraufträgen und der Evaluierung des Umfangs der Lehraufträge, über die hochschulintern zu informieren ist, die Gleichstellung des nichtwissenschaftlichen Personals mit dem wissenschaftlichen Personal in Bezug auf die Regelungen zur Dauerbeschäftigung, zur regelhaften Bindung der Beschäftigungsdauer an die Projektlaufzeit einschließlich entsprechender Evaluierung, über die hochschulintern zu informieren ist, die Unterstützung des wissenschaftlichen Nachwuchses bei der Entscheidung über eine Berufswahl innerhalb oder außerhalb der Hochschule durch Beratung seitens der Hochschulen. (...)	Gute Rahmenbedingungen und Karriereperspektiven für die Beschäftigten der Hochschulen sind wichtig für den Wissenschaftsstandort Hamburg. Deswegen setzen wir uns dafür ein, die Beschäftigungsbedingungen und Karriereperspektiven gerade für Nachwuchswissenschaftler zu verbessern. Dazu zählt insbesondere die Ausweitung unbefristeter Beschäftigungsverhältnisse. Außerdem wollen wir Stipendienangebote und Doktorandenprogramme für qualifizierte und engagierte Studierende und Wissenschaftler weiter unterstützen und ausbauen. Für diese und weitere Maßnahmen zur Verbesserung von Lehre und Forschung werden wir in der Legislatur 2015-2020 einen „Zukunftspakt für die Wissenschaft“ mit einem Gesamtvolumen von 150 Millionen Euro auflegen. Als Gegenfinanzierung dienen die 30 Millionen Euro, die durch die BAföG-Kostenübernahme des Bundes ab sofort und pro Jahr zur Verfügung stehen. Mit diesem Geld werden wir die Grundfinanzierung der Hochschulen erhöhen, damit Stellen ausfinanziert werden können und nicht gekürzt werden müssen. Andernfalls liefe auch der von uns unterstützte Verhaltenskodex („Code of Conduct“) zur Verbesserung der Situation der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ins Leere.
Welche Forderungen unterstützen Sie in Hinblick auf die Bezahlung und Vertragsausgestaltung der Beschäftigten in der Weiterbildung?	Nach 17 Jahren hat die SPD nun erstmals wieder die Honorare der Kursleitungen im offenen Programm der VHS erhöht. Dabei wurde der Tarifabschluss in der Weiterbildungsbranche zum Vorbild genommen. Mit der Verbindung zum Tarifvertrag besteht nun erstmalig eine Grundlage. Künftig sollen diese Tarifabschlüsse Leitlinie für regelmäßige Überprüfungen und Anpassungen der Honorarsätze im Einklang mit der wirtschaftlichen Situation der VHS sein.	Weiterbildung ist ein wichtiger Baustein des lebenslangen Lernens. Vertragsbedingungen und Vergütung müssen angemessen und attraktiv ausgestaltet werden, damit sich das Angebot weiter positiv entwickeln kann.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN	DIE LINKE.	Freie Demokraten FDP
	ze bereitstellen, übernimmt dies der Staat im Rahmen einer außerbetrieblichen Ausbildung. Ausbildungsumlage: Nur 17,7 % aller Betriebe bilden in Hamburg aus. (...) Solange sie dieser Pflicht nicht nachkommen, werden Nichtausbildungsbetriebe zur Finanzierung der außerbetrieblichen Ausbildung im Rahmen einer länderbezogener Ausbildungsumlage herangezogen.	
Wir Grünen haben mit unseren Großen Anfragen die Situation des Wissenschaftlichen Nachwuchses auf die politische Agenda gesetzt. Wir freuen uns, dass der SPD-geführte Senat 2014 wesentliche Punkte aus unseren Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen des wissenschaftlichen Nachwuchses übernommen hatte, wie z.B. die Erarbeitung eines ‚Code of Conduct' über Mindeststandards bei den Beschäftigungsverhältnissen sowie die im Hochschulgesetz vorgenommene Festschreibung der Arbeitszeit von Promovierenden auf mindestens eine halbe Stelle sowie von Mindestvertragslaufzeiten. Allerdings darf auch darauf verwiesen werden, dass die SPD unseren diesbezüglichen Antrag vom Jan. 2013 noch ablehnte.	Die Unterfinanzierung und Entdemokratisierung der Hochschulen hat zu einer Prekarisierung und neofeudale Abhängigkeiten der Wissenschaftsarbeiter_innen geführt. Diese unwürdigen Verhältnisse müssen überwunden werden. Dem wissenschaftlichen Nachwuchs sind verlässliche Perspektiven zu eröffnen. Für Daueraufgaben muss es unbefristete Beschäftigungsverhältnisse geben. Sie sind nach dem TVD zu vergüten. **Dora Heyenn (Die Linke)**	Aus Sicht der FDP muss sorgfältig abgewogen werden zwischen dem Interesse, öfter einen Wechsel zu haben und Stellen freizumachen, um neue Nachwuchswissenschaftlern eine Chance zu geben, und dem berechtigen Interesse der bereits Beschäftigten, eine gute Perspektive zu haben. Um dem Rechnung zu tragen hat die FDP auf Bundesebene in der vergangenen Legislaturperiode ein 15- Punkte-Programm angestoßen, das in Hamburg umgesetzt werden muss. Hierzu zählt z.B. Befristungen an die Laufzeiten von Projekten zu koppeln oder Juniorprofessuren, die in unbefristete Assistenzprofessuren aufgehen sollen. Die Finanzierung liegt bei den Ländern. Die FDP fordert, die Entlastungen des Bundes beim Bafög den Hochschulen zugutekommen zu lassen.
Das Thema Weiterbildung wurde in den vergangenen Jahren stark vernachlässigt und muss endlich wieder auf die Agenda. Dass die Beschäftigten meist in prekären Arbeitsverhältnissen leben, schadet ihnen, aber auch der Qualität der Weiterbildung insgesamt. Wir setzen uns für zumindest tarifgebundene Bezahlung ein. Alles Weitere muss auf den Prüfstand und in der nächsten Legislaturperiode mit allen Beteiligten diskutiert werden.	Träger der allgemeinen Weiterbildung sind kommunale und freie Träger sowie politische Stiftungen und Vereine. Ihre Finanzierung wird immer stärker infrage gestellt, da angesichts der Entleerung öffentlicher Kassen bei Bund, Ländern und Kommunen immer weniger Geld zur Verfügung steht. DIE LINKE spricht sich für eine verlässliche Ausstattung der unterschiedlichen Bildungsträger aus. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den Volkshochschulen zu, die als öffentliche Weiterbildungseinrichtungen ein breites Angebot in den Regionen sicherstellen. (...) Darüber hinaus ist der derzeitige Branchenmindestlohn zu erhöhen. Grundsätzlich muss sich die Vergabepraxis der Bundesagentur für Arbeit an der Einhaltung von Qualitätsstandards orientieren statt, wie derzeit, an den Kosten einer Maßnahme.	Die FDP sieht in Eingriffen des Staates in die Lohnfindung ein erhebliches Problem. Deutschland und somit auch Hamburg verfügen über ein funktionierendes Tarifsystem. Die Tarifparteien sollten ihre Verhandlungsspielräume für einen tragfähigen Tarifvertrag nutzen.

„Mehr Kommunikation und mehr Geld“

GEW diskutiert mit den wissenschaftspolitischen Sprecher_innen der Bürgerschaftsparteien

Zur Bürgerschaftswahl 2015 hat die GEW „Leitlinien für gute Bildungspolitik in Hamburg“ entwickelt und in diesen auch wissenschaftspolitische Forderungen aufgestellt, die auf eine Verbesserung der Arbeits- und der Studienbedingungen zielen. Darüber hinaus wird eine erneute Reform des Hochschulgesetzes angemahnt. Auf einer Diskussionsveranstaltung am 19. Januar im Curio-Haus unter dem Titel „Wissenschaft demokratisieren, Arbeits- und Studienbedingungen verbessern“ haben die wissenschaftspolitischen Sprecher_innen der Bürgerschaftsparteien hierzu Stellung genommen. Moderiert vom stellvertretenden Vorsitzenden Fredrik Dehnerdt stellten sich Philipp-Sebastian Kühn (SPD), Thilo Kleibauer (CDU), Dr. Eva Gümbel (GAL) sowie Constantin Braun (Die Linke) den Fragen der ca. 30 Teilnehmenden.

Hochschulgesetz: Regierung findet es gut, Opposition schlecht

Die im letzten Jahr erfolgte Novellierung des Hochschulgesetzes wurde wie erwartet von den Parteien unterschiedlich bewertet. Herr Kühn verteidigte die Novelle und stellte fest, dass der von der GEW kritisierte Hochschulrat doch nun transparenter arbeite, was, wie Constantin Braun erwiderte, nichts mit Demokratisierung zu tun habe. Herr Kleibauer und Frau Gümbel störten sich insbesondere am Misstrauen, das dem Gesetz zu Grunde läge, da es Vorgaben mache und der Behörde Entscheidungskompetenzen zusprache, die den Hochschulen doch eigenverantwortlich zukommen sollten. Allein die LINKE kündigte an, in Regierungsverantwortung eine erneute Novelle in Angriff zu nehmen. Die GEW jedenfalls wird sich dafür einsetzen, dass die Leitungsstellen demokratisch von unten nach oben legitimiert werden, dass die Hochschulräte abgeschafft werden und dass eine erweiterte gruppenparitätische Mitbestimmung auf allen Ebenen gesetzlich verankert wird, so Fredrik Dehnerdt.

Traumjob Wissenschaft? Der Code of Conduct als Schritt in die richtige Richtung

In Bezug auf die Beschäftigungsbedingungen der wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen konnten sich alle Parteien darauf einigen, dass mit dem Code of Conduct einige wesentliche Verbesserungen erreicht wurden. Einigkeit herrschte auch darin, dass gute Forschung und Lehre stark davon abhängt, ob stabile Arbeitsbedingungen sowie eine mindestens mittelfristige Perspektive im Wissenschaftssystem gegeben sind. Dies zeige sich insbesondere bei den Lehraufträgler_innen, die den Studierenden nicht einmal mittelfristig als Ansprechpartner_innen zur Verfügung stehen, da sie immer nur für ein Semester verpflichtet und sehr schlecht bezahlt werden. Neben der Situation der Lehraufträgler_innen wurde das hohe Lehrdeputat der wissenschaftlich Beschäftigten moniert. Hier konnte Einigkeit

Foto: GEW FG HuF Hamburg

von links: Phillip-Sebastian Kühn (SPD), Constantin Braun (LINKE), Fredrik Dehnerdt (GEW), Eva Gümbel (Grüne), Thilo Kleibauer (CDU)

darin erzielt werden, dass dem Code of Conduct noch weitere Schritte folgen müssten, wie z.B. eine Senkung des Lehrdeputats bei den wissenschaftlich Beschäftigten, was allerdings Geld koste. Alle Parteien fanden es wichtig, dass nun erst einmal darauf geachtet werden solle, dass die Hochschulen die im Code vereinbarten Ziele auch wirklich umsetzen. Dem schloss sich die GEW an.

Studierende: Belastet oder nicht belastbar?

Die Studienbedingungen und der zunehmende Druck, der auf den Studierenden lastet, bis hin zu Stress- und Burnout-Symptomen, war ein weiterer Gegenstand der Diskussion. Herr Kühn verwies auf die Streichung der Studiengebühren, Constantin Braun forderte eine Abschaffung der noch bestehenden Verwaltungsgebühren, um die Studierenden finanziell zu entlasten. Einigen konnten sich die am Podium Teilnehmenden darauf, dass die Studiengänge entschlackt und weniger Pflicht-, dafür mehr freiwillige Elemente enthalten sollten. Frau Gümbel forderte mehr Freiräume, die auch die Chance zum Scheitern beinhalteten. Herr Kühn wies darauf hin, dass auch Unterforderung zu Depressionen führen könne, was insbesondere von den anwesenden Studierenden mit Murren kommentiert wurde. Die Frage nach einem Rechtsanspruch auf einen Master beantworteten alle Parteien mit einem Ja – sofern es sich, wie z.B. beim Lehramt, um Studiengänge handelt, bei denen der Bachelor kein berufsqualifizierender Abschluss ist. Was an der Bologna-Reform überhaupt positiv sei, konnte trotz engagierter Nachfragen aus dem Publikum nicht geklärt werden.

Finanzierung: Wachsende Stadt mit schrumpfender Bildung

Seit dem sogenannten Zukunftspakt von 2011, der festlegt, dass die Hochschulen bis 2020 mit einer jährlichen Budgetsteigerung von nur 0,88 Prozent planen können, steht fest, dass sie unterm Strich jedes Jahr kürzen müssen, da diese Steigerung nicht einmal die jährlichen Tarifsteigerungen sowie die Inflation abdeckt. Diese völlig unzureichende Hochschulfinanzierung wurde insbesondere von den Oppositionsparteien scharf kritisiert. Herr Kleibauer kündigte an, hier nachverhandeln zu wollen, auch die Grünen wollen hier tätig werden. Auf die Frage, woher das Geld kommen solle, hatte nur die LINKE eine Antwort, die auf den ungeheuren Reichtum in Hamburg verwies und Steuerveränderungen ankündigte.

Die abschließende Bitte des Moderators, den Satz zu vervollständigen „Wenn ich Wissenschaftssenator bzw. _senatorin würde, würde ich als erstes…“ ergab ein recht einhelliges Votum: Alle Podiumsteilnehmenden würden die Kommunikation mit den Hochschulen verbessern sowie die Grundfinanzierung steigern. Dem konnte sich auch der SPD-Vertreter nicht entziehen.

FREDRIK DEHNERDT,
stellvertretender Vorsitzender

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch zum Beispiel über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Welche Schritte muss ich unternehmen, um eine Kur- oder Reha-Maßnahme bewilligt zu bekommen?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Am 17. Februar, 17. März, 30. April, 19. Mai, 30. Juni bietet die GEW in ihrer Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15, Raum 9 (Mitgliederverwaltung) eine kostenlose persönliche Beratung zu diesen und ähnlichen Fragen an. Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer_innen als auch an Beamt_innen.

Offene Sprechstunde (ohne Terminvereinbarung) jeweils von 15 bis 17 Uhr in der GEW Geschäftsstelle.

GERHARD BRAUER

Arbeit, Arbeit, Arbeit ...

Um unser Ziel, nicht mehr als 20 Stunden vor der Klasse, zu erreichen, sind Zwischenschritte unverzichtbar

In Mecklenburg-Vorpommern kritisiert die GEW die geringen Einstellungen von Lehrer_innen, obwohl demnächst eine Pensionierungswelle ansteht. Die GEW regt an, dass das Ministerium an eine Pflichtstundensenkung denken solle und jetzt einstellen müsse, damit die zukünftig benötigten Pädagog_innen nicht wieder in andere Bundesländer abwandern. In Niedersachsen wurden die Pflichtstunden für Gymnasiallehrkräfte von 23,5 auf 24,5 Unterrichtsstunden pro Woche im August letzten Jahres angehoben. Die GEW antwortet mit Demonstrationen, Verweigerung von Klassenreisen, reicht eine Normenkontrollklage ein und wird auch vor demonstrativen Beamtenstreiks nicht zurückschrecken. Und in Hamburg gibt es die Lehrerarbeitszeitverordnung (LAZ-VO) oder auch Lehrerarbeitszeitmodell (AZM) genannt.

In keinem GEW-Landesverband ist es leicht, für eine Arbeitszeitverkürzung zu streiten. Aber es ist eindeutiger und einfacher nachzuvollziehen, mit einer Kürzung der Pflichtstundenzahl zu argumentieren, als an die verschiedenen Stellschrauben der LAZ-VO (U-Zeiten und dabei sind Faktoren zu berücksichtigen, F- und A-Zeiten) heranzugehen. Eine Gemeinsamkeit zieht sich allerdings durch alle Bundesländer, ganz egal, wie die Arbeitszeit der Pädagog_innen berechnet wird: überall reicht die Arbeitszeit nicht für die zu leistende Arbeit aus, und es führt in allen Bundesländern zu Arbeitsverdichtung und zu hohen oder nicht mehr tragbaren Belastungen für die Kolleg_innen.

Bei der Einführung der Lehrerarbeitszeitverordnung im Juni 2003 wurde gleichzeitig die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst um zwei Stunden auf 40 Stunden erhöht (mehr Informationen zum AZM unter /www.gew-hamburg.de/themen/arbeitsbedingungen/lehrer-arbeitszeit). Das Hauptproblem des AZM ist aber die sogenannte „Auskömmlichkeit“. Danach wird den Lehrkräften nicht die Arbeitszeit für ihre Tätigkeiten zur Verfügung gestellt, die sie real brauchen, sondern die Zeitanteile, die als Arbeitszeit zur Verfügung gestellt werden, bemessen sich daran, wie viel Geld die FHH für den Schulbereich zur Verfügung stellen will und werden von dort herunter gerechnet. Oder, wie die Schulbehörde in ihren Erläuterungen zur LAZ-VO selbst mitteilt: „Die Faktoren normieren … die Zeiten, die der Dienstherr zur qualitativ angemessenen Vor- und Nachbereitung … für erforderlich hält...“ „Benötigt eine Lehrkraft tatsächlich mehr Zeit für die unterrichtsbezogenen Aufgaben, beruht dies auf ihrer individuellen Entscheidung und hebt die normative Erwartung, welcher Zeitaufwand tatsächlich zu erbringen ist, nicht auf.“

Zynisch gesagt: wenn eine Lehrkraft für ihre Arbeit mehr Zeit braucht als „auskömmlich“ zugeteilt, ist das ihr Problem. 55% der Kolleginnen und Kollegen arbeiten in Teilzeit, viele von ihnen, weil sie die volle Stelle zu stark belastet.

Dadurch, dass die BSB im Laufe der mehr als zehn Jahre LAZ-VO immer weitere Aufgaben den Kollegien zugemutet hat und dafür nur unwesentlich die A-, F- oder U-Zeiten verändert hat, haben sich die Belastungen weiter potenziert. Je mehr Aufgaben an die Schulen – ohne zusätzliche Ressource – kommen, desto mehr versuchen die Schulleitungen wiederum, möglichst viele Aufgaben durch sehr spitz gerechnete Arbeitszeitkonten an die Frau bzw. an den Mann zu bringen. Die Schulleitungen sehen sich in einem Ranking mit den umliegenden Schulen und sind als SVS (Selbst verwaltete Schule) auf ihre nicht ausreichenden Ressourcen zurückgeworfen. An den Schulen kommt es nicht selten, manchmal auch eher unterschwellig, zu Rangeleien um bestimmte Kurse und Funktionsstunden. Dadurch wird die Konkurrenz innerhalb der Kollegen geschürt. Die Kritik und die Ablehnung der LAZ-VO sind deshalb nicht nur verständlich, sondern liegen auf der Hand.

Auch wenn Senator Rabe der GEW am 8.1.2015 im Rahmen einer Podiumsdiskussion zum Thema Inklusion angeboten hat, wir bräuchten uns nur ein Modell aus einem anderen Bundesland aussuchen, um unsere Arbeitszeit zu regeln, das setze er um, so will er konkret an die jetzige LAZ-VO nicht heran. Das stellte sich auch im nachträglichen Gespräch mit ihm heraus. Zunächst wies er darauf hin, dass die Pflichtstundenmodelle in den anderen Bundesländern keinerlei Entlastungen für außerunterrichtliche Tätigkeiten auswiesen. Ja, das ist richtig. Allerdings wird in allen ande-

ren Bundesländern den Schulen natürlich weitere Stunden für weitere Aufgaben zugewiesen, die – so wie es vor 2003 auch in Hamburg war - von den Schulleitungen verteilt werden. Aber auch diese Stunden sind in keinem Bundesland ausreichend, so dass es dabei zu Konkurrenz zwischen den Kolleg_innen und zu Selbstausbeutung kommt. Die Ausweisung von außerunterrichtlichen Tätigkeiten (A- und F-Zeiten), so Rabe, sei doch ein Gewinn. Und im Übrigen fasse er das AZM nicht an. Auf meine Frage, warum denn alle Kolleg_innen durchschnittlich mindestens zwei Unterrichtsstunden mehr unterrichten als vor der Einführung der LAZ-VO, verwies er auf die Schulleitungen, die sich an den F-Stunden bedienen. Eins ist klar: der Senator will uns nicht entgegen kommen, sondern er sähe es gerne, wenn wir uns spalten und die Schuld für die hohe Belastung bei den Schulleitungen suchten. Dann wäre er fein aus dem Schneider.

Auf meine Frage, warum denn alle Kolleg_innen durchschnittlich mindestens zwei Unterrichtsstunden mehr unterrichten als vor der Einführung der LAZ-VO, verwies der Senator auf die Schulleitungen, die sich an den F-Stunden bedienen

Nach unserem Beschluss auf dem letzten Hamburger Gewerkschaftstag am 18.11.14 wollen wir mittelfristig eine Perspektive dafür entwickeln, nach welchem grundsätzlichen Modell unsere Arbeit gestaltet sein soll. Ist ein Arbeitszeitmodell, das den tatsächlichen Arbeitsaufwand zur Grundlage macht – bei ausreichender Ressource –, rundweg abzulehnen? Oder liegen darin auch Chancen, unsere vielfältige Arbeit genauer abzubilden und entlohnt zu bekommen? Oder ist es nur ein Mittel, das dazu dient, die Mehrarbeit verdeckt zu verteilen? Oder ein Konkurrenzmodell, das die Kollegien spaltet? Ist ein Zurück zum Pflichtstundenmodell die Lösung? Oder müssen auf jeden Fall zusätzlich weitere außerunterrichtliche Tätigkeiten beschrieben und als Arbeitszeit berechnet werden? Oder versuchen wir wie andere Beschäftigte einfach 40 Stunden in der Schule zu sein und alles, was bis dahin nicht erledigt ist, bleibt liegen? Ein Präsenzmodell, das einen normalen Erholungsurlaub von 6 Wochen vorsieht mit täglichen Arbeitszeiten von 8 Stunden usw.? Gibt es Mischformen, die für uns interessant sind? Um diese Fragen konzentriert anzugehen, wollen wir vor dem nächsten Gewerkschaftstag – also im März oder April – eine Tagung zum Thema Arbeitszeit durchführen. Dazu werden wir Expert_innen, Praktiker_innen und Arbeitswissenschaftler_innen einladen, um auf dem Gewerkschaftstag am 27.5.2015 eine Position zu verabschieden.

Die Kolleg_innen an den Schulen wollen aber möglichst schnell eine Erleichterung, wollen spüren, dass sie weniger arbeiten. Auf einer Personalversammlung im Dezember sagte ein Kollege: ob an dem AZM jetzt herumgeschraubt wird oder nicht, sei ihm egal, jede Stunde weniger sei ein Erfolg! Die von uns beschlossenen 20 Stunden vor der Klasse als Maßstab, sind dabei unser langfristiges Ziel. Jetzt brauchen wir als Zwischenschritt aber eine Forderung, die es den politisch Verantwortlichen so schwer wie möglich macht, sie einfach vom Tisch zu wischen. Und dabei sind Forderungen, die z.B. die A- oder F-Zeiten erhöhen, weil sich auch die Aufgaben an Schulen erhöht haben, in der Öffentlichkeit plausibel zu vermitteln. 50 bis 60 Aufgaben gibt es seit Einführung der LAZ-VO an den Schulen mehr, also müssen auch die Zeiten für diese Aufgaben erhöht werden. Dass wir dabei an dem AZM herumschrauben und uns dabei evtl. die Hände schmutzig machen, müssen wir in Kauf nehmen. Alle Erleichterungen, die wir bisher erreicht haben, z.B. auch die Altersermäßigung von 2 WAZ (Wochenarbeitszeit) ab 60 Jahren, sind so zustande gekommen. Und auch alle Erleichterungen, die der GPR oder die schulischen Personalräte in kleinen Schritten und harten Verhandlungen in Form von Dienstvereinbarungen herausholen, sind auf diesem Wege passiert. Es geht um möglichst bald und möglichst öffentlichkeitswirksam vorgetragene Forderungen, die den Kolleg_innen Entlastungen bringen.

Darüber hinaus werden wir weiter unser Ziel von 20 Stunden vor der Klasse verfolgen. Um auch den Kolleg_innen, die nach Einführung der LAZ-VO dazu gekommen sind, die Diskussion um das AZM nahe zu bringen und um sie zum Mitdiskutieren, zum Mitmachen aufzufordern, wollen wir mit einer Broschüre zur Arbeitszeit an die Schulen kommen und darüber informieren und ins Gespräch kommen. Nur wenn wir für unsere Forderungen nach weniger Unterrichtsstunden auch genügend Kolleg_innen mobilisieren, können wir erfolgreich sein.

Diese Aktivitäten werden von einer Arbeitsgruppe initiiert, die sich über jede Unterstützung freut! Ich möchte euch herzlich einladen daran teilzunehmen. Der nächste Termin ist am Montag, 16. Februar 2015, 17 Uhr im Curiohaus.

ANJA BENSINGER-STOLZE
1. Vorsitzende

Reformen ja – Mehrarbeit nein

Der Beschluss auf dem Gewerkschaftstag zur Frage, wie wir es schaffen, die Arbeitsbelastung zu verringern, hat ein klares Ziel benannt. Müssen wir über den Weg dahin streiten?

Nicht mehr als 20 Stunden vor der Klasse! So der Wille der Delegierten auf dem Gewerkschaftstag - es wirkte ein bisschen wie ein Befreiungsschlag. Der Beschluss zeigt, dass die Kolleg_innen nicht mehr gewillt sind, die mit der Einführung des Arbeitszeitmodells (AZM), das längst in eine Verordnung gegossen wurde (LAZ-VO), verbundene ständig steigende Arbeitsbelastung hinzunehmen.

Dass ich auf dem Gewerkschaftstag einmal die tatsächliche Zahl der Lehrer_innen den Bedarfen aufgrund der Schüler_innenzahl gegenübergestellt habe, um damit plakativ aufzuzeigen, dass es große Spielräume in Sachen Verteilung der Stunden gibt, hat widersprüchliche Resonanzen gehabt. Und natürlich kann man darüber streiten, ob die Zahlen im Detail richtig waren. (Das nämlich ist kompliziert, weil auch die Behörde keine validen Zahlen hat.) Richtig ist aber auf jeden Fall, dass es einen positiven Saldo gibt, d. h., es standen deutlich mehr Stunden zur Verfügung, als für die reine Unterrichtszeit notwendig sind. Das muss natürlich auch so sein: Für Verwaltung, für pädagogische Innovation u.v.a.m. Allerdings – und da spalten sich die Geister – auch für eine Unmenge an so genannten Reformen, die einen Geist in und über die Schulen gebracht haben, den die allermeisten von uns ablehnen.

Von daher muss Schluss sein mit der Mär, die der Senator – aktuell ganz besonders im Wahlkampfgetöse – verbreitet, dass sich durch Neueinstellungen die Belastung der Kolleg_innen spürbar verringert habe. Richtig ist, dass durch die Schaffung von mehr ganztägiger Betreuung und Beschulung sowie durch Inklusion ein Personalbedarf entstanden ist, der nur durch Neueinstellungen zu decken war; und es ließen sich weitere pädagogische Innovationen nennen, die Personalbedarf ausgelöst haben. Wir haben die Neuerungen oft kritisch, aber durchaus auch anerkennend begleitet. Unsere Parole aus längst vergangenen Tagen: „Reformen ja – Mehrarbeit nein“ geriet dabei vielleicht manchmal in Vergessenheit, was nicht heißt, dass sie an Bedeutung verloren hätte. Es ist die Arbeitszeitverordnung – nicht zuletzt bedingt durch die Faktorisierung –, die uns seit über 10 Jahren drückt und Kolleg_innen bis zu 28, 29, ja sogar 30 Stunden vor der Klasse stehen lässt. Es ist schließlich kein Phantomschmerz, über den immer mehr Kolleg_innen klagen, wenn sie bis zur Erschöpfung arbeiten. Das ist unverantwortlich! Von den Betroffenen ist das nur zu bewältigen, in dem sie entweder auf eigene Kosten ihre Arbeitszeit reduzieren oder – einem Drahtseilakt gleich – den drohenden gesundheitlichen Absturz riskieren.

Letztlich wird man auch durch ein noch so ausgetüfteltes System von Faktoren den Umstand, dass Kolleg_innen – und zwar ganz unabhängig vom Fach – ihren zeitlichen Arbeitsaufwand unterschiedlich handhaben, nicht aus der Welt schaffen

Wie konnte es überhaupt zu dieser Steigerung der Arbeitsbelastung kommen? Die Bilanz unseres Widerstandes ist doch eher mager. Unsere Versuche, das ‚Modell‘ zu reformieren, sind gescheitert. Die von uns angestoßenen Veränderungen durch eine sogenannte ‚Aufgabenkritik‘ haben keine spürbare Entlastung geschaffen. Stattdessen sind hierdurch nicht selten reformpädagogische Ansätze oder Projektideen ins Hintertreffen geraten. Vor allem aber hat die Art der Berechnung der Arbeitszeit nicht zu mehr Gerechtigkeit geführt, sondern Neid und Missgunst in die Kollegien getragen. Zusammen mit den gewachsenen Hierarchien wurde ein Konkurrenzdenken geschürt, wo Solidarität gefordert wäre.

Dass bereits mit der Einführung des ‚Modells‘ eine Mehrbelastung von drei Prozent verbunden war, mussten wir hinnehmen. Dass diese aber für die allermeisten Kolleg_innen weit übertroffen wurde, hat etwas mit der Faktorisierung zu tun. Dabei ist die faktische Arbeitsbelastung längst nicht nur von dem zu unterrichtenden Fach abhängig, sondern mindestens ebenso stark von der Schulart, der Jahrgangsstufe und vor allem, vor dem Hintergrund der sozialen Spaltung der Stadt, von dem Ein-

satzort. Letztlich wird man auch durch ein noch so ausgetüfteltes System von Faktoren den Umstand, dass Kolleg_innen – und zwar ganz unabhängig vom Fach – ihren zeitlichen Arbeitsaufwand unterschiedlich handhaben, nicht aus der Welt schaffen. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass die Behörde mittels dieses ‚Modells' die Aufgaben ausweiten kann, ohne dies mit entsprechender Reduzierung der Unterrichtsstundenzahl kompensieren zu müssen. Dies muss u.a. auch mit dem Anteil der Funktionsstunden zusammenhängen. Seit die Schulen als selbstverwaltet gelten, ist der Arbeitsaufwand für Administration und pädagogische Planung gestiegen. Es kann aber nicht angehen, dass dies alles von den unterrichtenden Kolleg_innen ‚bezahlt' wird. Wenn der politische Akteur die selbstverwaltete Schule will, muss er durch die Bereitstellung personeller Ressourcen die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen. Man kann keinen Mercedes bestellen, wenn man nur bereit ist, einen Volkswagen zu bezahlen!

In diesem Zusammenhang gehört alles auf den Prüfstand, was nicht unmittelbar dazu dient, die Unterrichtsqualität zu steigern

In diesem Zusammenhang gehört alles auf den Prüfstand, was nicht unmittelbar dazu dient, die Unterrichtsqualität zu steigern. Die Schulinspektion könnte – solange sie noch existiert – dies herausfinden. Dazu gehört die Ermittlung der Stunden, die diejenigen bekommen, die ihre Kolleg_innen qua Amt zu beurteilen haben. Dazu gehört, ob eine Qualitätskontrolle auch tatsächlich Ziele erreicht, die wir alle gemeinsam teilen. Dazu gehören die Stunden, die alle A14-Funktionsträger_innen berechtigter Weise für die mit ihrer Funktion verbundenen zusätzlichen Aufgaben erhalten. Dazu gehören auch Aufgaben wie etwa die Administration von Computersystemen u.v.a.m., die jetzt von Lehrer_innen wahrgenommen werden, die aber genuin nicht zur Tätigkeit eines Pädagogen oder einer Pädagogin gehören. Auch die absolut notwendige Altersentlastung wurde übrigens aus dem Bestand geschnitten und nicht etwa durch die Schaffung zusätzlicher Stellen ermöglicht. Und last but not least: Selbst die Stunden für unsere Schulpersonalrät_innen müssen aus dem Bestand ‚erwirtschaftet' werden!

Wenn ich mir vor Augen führe, wie viel Zeit – und nicht selten unter Anrechnung – darauf verwandt wurde, den Schulen ein Profil zu geben, das anschließend in Hochglanzbroschüren Menschen beglücken sollte, die schlimmstenfalls damit eher verunsichert wurden, weil sie bis dahin gedacht hatten, dass der Bildungsauftrag an staatlichen Schulen in seinen Grundsätzen eher gleich ist, dann erklärt sich auch hierdurch die Mehrarbeit in Form von steigender Anzahl an Unterrichtsstunden bei denjenigen, die nicht mit diesen Aufgaben betraut waren.

Das heißt, der Kampf gegen dieses Arbeitszeitmodell richtet sich nicht nur gegen die durch das AZM ermöglichte verdeckte Steigerung der Arbeitsbelastung, sondern auch gegen seinen Geist. Der nämlich entspringt jenem neoliberalen Denken, das meint, man könne die Bildungseinrichtungen wie ein profitorientiertes Unternehmen führen.

Umso froher bin ich, dass die Delegierten auf dem Gewerkschaftstag diesem Modell eine klare Absage erteilt haben. Der Einschub, dass die 20-Stunden-Forderung, ‚unabhängig von der Berechnungsgrundlage' (das wurde auch beschlossen) zu sehen sei, meint nicht, dass wir damit den Anforderungen, die bspw. Inklusion und Ganztag mit sich bringen, nicht entsprechen können. Der Schulalltag hat sich in vielerlei Hinsicht verändert und neue Fragen nach der Arbeitsorganisation aufgeworfen, die nach Antworten verlangen. Dem haben wir uns nie in den Weg gestellt.

Entgegenstellen müssen wir uns allen von ihrem Charakter her neo-liberalen ‚Reformen'. Aber machen wir uns nichts vor: auch dies wird in der Summe nicht ausreichen, unsere Forderung nach 20 Stunden finanzierungsneutral realisieren zu können. Der Impuls, der von einer solchen ‚Prüfung' ausginge, würde aber neben einer finanziellen Entlastung den ganzen Baukasten neoliberaler Werkzeuge durcheinander bringen und hoffentlich dazu führen, sich seiner zu entledigen.

Es mag ja praktikabel sein, die Heraufsetzung der A-Zeiten zu fordern, solange wir uns mit dem Arbeitszeitmodell noch rumplagen müssen. Es ist richtig, dass damit die Variable ‚U-Zeiten' nach unten gedrückt würde. Statt propagandistisch diesen Weg zu verfolgen, wünsche ich mir allerdings, dass bald auf jeder Schultasche der Kolleg_innen eine 20 prangt. Wenn der Aufbruchsgeist, der auf dem Gewerkschaftstag bei den Delegierten zu erkennen war, alle Kolleg_innen erfasst, bin ich guter Hoffnung, dass es uns gelingt, den notwendigen Druck zu erzeugen, um unsere Forderung durchzusetzen. Der alte Streit – für mich ist er an dieser Stelle entschieden: Das Ziel ist alles, der Weg ist nichts.

JOACHIM GEFFERS

hlz

Inhaltsverzeichnis 2014

Verfasser

Abrams, Rudolf: Es begann mit einer Teilzeitklasse …12/30

AK Inklusion: Mehr Förderbedarf – der Senator sieht das anders 11/24

Arps-Aubert, Thomas von: „fiftyfifty“ vor dem Aus? 12/39

Artus, Isabel: Konflikte müssen politisch gelöst werden 5-6/12

Bensinger-Stolze, Anja: So nicht, GroKo! 1-2/11
- Angebot zum Ablehnen 3-4/36
- Griechische Kolleginnen und Kollegen in Hamburg 5-6/52
- /Dehnerdt, Fredrik/Tretow, Regina: Think big 3-4/3
- /Dehnerdt, Fredrik/Tretow, Regina: Bilanz – 1:0 für eine gute Interessenvertretung 7-8/3
- /Dehnerdt, Fredrik/Tretow, Regina: Alles schlecht ist nicht gerecht 9-10/3
- /Dehnerdt, Fredrik/Tretow, Regina: In den Wahlkampf eingreifen 11/3
- /Dehnerdt, Fredrik/Tretow, Regina: Was wir wollen 12/3

Berg, Stefanie von: Klingt vielversprechend 3-4/16

Berg, Susanne: Aus der Irritation … 5-6/63

Berlin, Jörg: Rollback 1-2/48
- Uns kann keiner 3-4/50
- Aus der Geschichte lernen 5-6/54
- Die Wahrheit ist das erste Opfer 7-8/58
- „Misstraut Euren Schulbüchern!“ 12/51

Bernhardt, F./Gospodarek, R.: Tödliche Grenzsicherung 5-6/28

Bersi, Eurydike: Kämpft weiter 5-6/14

Berufsoberschulklasse BOS 12/2: Geschwärzt 12/38

Bischoff, Joachim: Zeitbombe tickt 5-6/38

Blank, Britta/Meister, Ulrich/ Quiring, Sven/Romey, Stefan/ Stöcker, Stephan: Note Eins für Hamburg 7-8/18

Bleiberechtsausschuss der GEW: „… engagieren …“ 12/32

Boeddinghaus, Sabine: Weg mit dem „Maulkorb“ Schulfrieden 3-4/10
- /Priess, Roland: Ihr wollt unser Bestes? Ihr bekommt es nicht! 5-6/30

Brandt, Wolfgang: Moderne Zeiten 1-2/12
- Nur Inhalte führen zur Kompetenz 7-8/40

Brantenberg, Gerd: Die Töchter Egalias 7-8/47

Brauer, Gerhard: Gesund in den Ruhestand 1-2/21
- Gesund in den Ruhestand 5-6/59
- Gesund in den Ruhestand 9-10/62
- Gesund in den Ruhestand 11/56
- Gesund in den Ruhestand 12/59

Brix, Barbara: Seit 30 Jahren Partner 9-10/42

Bublitz, Matthias: Zerstörung des Allgemeinen? 5-6/48
- Banales nicht hochjazzen 9-10/23

Bullan, Klaus: Katerstimmung statt Rausch 1-2/38
- Der lange Weg zur Freiheit 1-2/46
- Wohnort entscheidend für Schulabschluss 12/14

Bultmann, Thorsten: „Was soll ich wollen?“ 12/44

Butt, Holger: s. Xylander, Birgit 12/27

Dehnerdt, Fredrik: Prekäre Beschäftigung eindämmen 1-2/20
- Rechentricks 5-6/26
- Nicht nachlassen, sondern nachlegen 7-8/14
- Keine Freizeit, Scheidung 7-8/26
- Erschöpft? Selber schuld! 7-8/29
- Ohne Strategien und Ressourcen 9-10/22
- Persönlichkeitsbildung oder Selbstkompetenz 11/17
- s. Bensinger-Stolze, Anja 3-4/3
- s. Bensinger-Stolze, Anja 7-8/3
- s. Bensinger-Stolze, Anja 9-10/3
- s. Bensinger-Stolze, Anja 11/3
- s. Bensinger-Stolze, Anja 12/3

De Lorent, Hans-Peter: „Ich konnte niemals eine politische Reife erreichen“ 1-2/55
- Hermann Sass – „vorne SA, hinten SS“ 9-10/46
- Hermann Sass – „vorne SA, hinten SS“ 11/46
- Denunzianten und ihre Machenschaften in Altona (Teil 1) 12/46

Euler, Erich: Passt nicht zur Realität 7-8/37

Fachgruppen Handel und Gewerbe: kaputtgespart 5-6/23

Geffers, Joachim: Alles rennet, rettet, flüchtet 1-2/3
- „Ich hätte es nicht veröffentlicht …“ 1-2/14
- Braucht Zeit bis es rund läuft 1-2/22

- … an dem man sich reiben kann 3-4/9
- G9 – kein Rollback 3-4/13
- Aus dem Ascheregen 3-4/63
- Den Turbo abschalten 5-6/3
-Störung bedeutet Gefahr 5-6/8
- Aus der Erinnerung 5-6/58
- Zwischen Skylla und Charybdis 7-8/8
- Eine klassische Win-win-Situation 7-8/16
- Kompetenz ist niemals wissensfrei 7-8/36
- Verschiedene Lesarten 9-10/8
- Es wächst zusammen, was zusammen gehört 9-10/9
- Wie das alles passieren konnte 9-10/51
- Lieber sterben als dauerhaft gedemütigt 9-10/54
- aus der Zensuranstalt 9-10/64
- Was nun? 11/12
- Fordern wir das Unmögliche? 12/10
- Machen wir es wie die Finnen 12/12
- Was sonst noch geschah 12/13
- Auf der Erfolgsspur 12/20
- Ein bisschen wie im Dschungelcamp 12/25

Gehlsen, Thorsten: Total überfrachtet 7-8/38

Geier, Barbara: Weltklasse 3-4/41
- Prüf das Etikett 7-8/54
- sister and brother 7-8/56

GEW, Presseerklärung: Wir haben einen Vorschlag gemacht, … 3-4/8
- Senatskonzept gescheitert 5-6/47
- PROTEST-RADTOUR 5-6/16

GEW Studis: Am 1. Mai gab es nur einen Störer – Olaf Scholz 7-8/42
- Was wir so machen … 7-8/42

Gierlich, Stefan: Aus der Austrittszone 1-2/63
- The clitoris is smart 3-4/46
- Unverhältnismäßig 7-8/44
- Aus der Reiseredaktion … 7-8/65
- Klasse 7 12/18
- Wunschname unerwünscht 12/38

Gospodarek, R.: s. Bernhardt, F. 5-6/28

Gützkow, Frauke: Fortschritt will erkämpft sein 3-4/25

Haas, Karin: Ein falsches Signal! 9-10/17

Hamm, Andreas: LEGO für Jugendmusikschule in Hamburg 5-6/18
- Leben im Konflikt 12/35

Harald: Könnte gefährlich werden 7-8/44

Heinelt, Ronja: Lampedusa in Hamburg 1-2/8
- s. Müller, Gesa 11/41

Holland-Letz, Matthias: Gefahr für die Bildung 9-10/28

Holster, Lars: Keine vorschnelle Entscheidung 3-4/1515

Iversen, Lorenz: Mehr geht nicht 1-2/18

Jaensch, Jutta: „Mann auf Giraffe“ 7-8/60

Jennar, Raoul Marc: Vorsicht, Tisa! 9-10/35

Junge GEW Hamburg: Auf zu neuen Ufern 1-2/44
- Wehrt euch! 3-4/34

Kaligeros, Nikos: Wie im Krieg 11/42

Kalwies, Hannelore: Improvisation ist gefragt 3-4/60

Kasprzak, Roland: Steuerungsgruppe – Kampfmittel der Schulleitungen 3-4/30
- Benchmarking unter den Stadtteilschulen? 5-6/23

Kastner, Jens: Warnstreik
- Da ist noch Druck im Kessel 3-4/22
- Tarifabschluss 3-4/23
- Das System knirscht 3-4/28
- Stinkt zum Himmel 5-6/20
- Spare in der Not … 9-10/14
- Mehr als satt und sauber 11/10
- Ist denn schon Weihnachten 12/8

Kirsch, Mareile: Gleiche Kritik – unterschiedliche Lösungen 3-4/18

Kirstein, Wolfgang: Wir sagen Nein zu Aufrüstung und Krieg! 3-4/59

Klamt, Bernward: Einspruch 7-8/11

Klarsicht, Klara: Ich sehe was, was du nicht siehst 3-4/32

Klemm, Peter: Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee 1-2/52

Körner, Theodor: Gebet während der Schlacht 9-10/53

Kolbow, Jan: s. Müller, Gesa 11/41

Kuegelgen, Rainer von: Vom Wiegen der Säue oder: KO für die Bildung 9-10/26

Kuhn, Manfred: Rezension „Die Reformbedürftigste von allen?“ 5-6/62

Kunert, Uwe: Abzocke 5-6/59

Lafrentz, Sabine: 25 % mehr Personal in HH Kitas! 11/11

Liening, Antje: Krieg und „Pädagogische Reform“ 1-2/49

Mannarini, Marina: Höchst undemokratisch 3-4/20

Meents, Annette: Preview 1-2/19

Meister, Ulrich: s. Blank, Britta 7-8/18
Mescher, Dirk: Nach wie vor

prekär 7-8/45

Mietz, Jürgen: Prüft das Beratungs„konzept“ … 12/28

ML: Aus dem Reisebus 11/57

Müller, Gesa/Heinelt, Ronja/ Wollborn, Tobias/Kolbow, Jan: Solidarität gegen Konkurrenzdenken 11/41

Peters, Volker: So werden Schwache stark 3-4/40
- Schule statt Steinbruch 9-10/40

Petersen, Jörg: Erinnerung, du Wächter des Gehirns 11/55

Prien, Karin: Nivellierung nach unten 3-4/14

Priess, Ronald: s. Boeddinghaus, Sabine 5-6/30

Quiring, Sven: s. Blank, Britta 7-8/18

Radtke, Holger: … und wir wachsen weiter 9-10/61

Rasch, Jochen: Für eine Wissenschaft und Kultur des Friedens 9-10/60

Ring, Hartmut: Die Bundeswehr hat an den Schulen nichts verloren 9-10/56
- Soldat am Lehrerpult? – Nein Danke! 9-10/58

Romey, Stefan: s. Blank, Britta 7-8/18

Rosa, Lisa: Der Weg ist das Ziel 1-2/28

Scheuerl, Walter: Untauglicher Versuch 3-4/12

Schmiedel, Steve Merial: Paradoxe Intervention 12/43

Scholand, Barbara: Lehrer_innen bleiben außen vor 3-4/43

Schubert, Florian: Verheizen lassen wir uns nicht 11/20

Schumann, Brigitte: Aufbruch in Salamanca 7-8/20
- Gespalten und ausgegrenzt 7-8/24
- Innerlich zerrissen 11/14

Staschen, Björn: Worum es eigentlich geht 5-6/22

Stöcker, Stephan: s. Blank, Britta 7-8/18

Strauss, Sigrid: Rosarot und himmelblau 1-2/41

Tepe, Marlis: Stoppt Freihandelsabkommen 9-10/32

Thonfeld, Jana: Dinge, die ich gelernt habe … 11/44

Tränkle, Peter: Und wie weiter? 11/34

Tretow, Regina: s. Bensinger-Stolze, Anja 3-4/3
- Hamburgs Tor zum Stress 7-8/32
- Hoffnungsvoll 9-10/13
- s. Bensinger-Stolze, Anja 7-8/3
- s. Bensinger-Stolze, Anja 9-10/3
- s. Bensinger-Stolze, Anja 11/3
- s. Bensinger-Stolze, Anja 12/3

Treuenfels, Anna von: Wir brauchen eine größere Durchlässigkeit 3-4/17

Vieluf, Ulf: Soziale Ungleichheit und Schulerfolg 5-6/32

Walkstein, Jürgen: Nachruf Hans-Rainer Tschirschnitz 5-6/58

Weber, Albert: Solidarität ist unsere Kraft 9-10/44

Wehner, Bettina: Kriegskinder – eine traumatisierte Generation 1-2/60
- Griff nach dem Richtigen 11/52

Welsch, Joachim: Völkermord oder Umsiedlung 11/50

Wollborn, Tobias: Vom Reisen zum Handeln 11/38
- Kein Raum für Fremdenangst 11/40
- s. Müller, Gesa 11/4**1**

Wystrach, Claudia: Licht- und Schattenspiel an der Côte d'Azur 12/40

Xylander, Birgit/Butt, Holger: Nachruf Martin Heusler 12/27

Zieske, Lothar: „Das humanistische Gymnasium“ und der Krieg 3-4/57

Sachverzeichnis 2014

1. Mai 5-6/8
1. Weltkrieg 3-4/50, 5-6/54, 7-8/58, 11/52, 12/51

Arbeitszeitmodell 5-6/16
Armenier_innen 11/50
Aus dem Ascheregen 3-4/63
Aus dem Reisebus 11/57
Aus der Austrittszone 1-2/63
Aus der Irritation 5-6/63
Aus der Preisverleihung 12/57
Aus der Reiseredaktion … 7-8/65
Aus der Zensuranstalt 9-10/64
AZM 9-10/13

Berufsorientierung 5-6/23
Bildungsbudget 5-6/26
Bildungsfinanzierung 1-2/11
Bildungsphilosophie 5-6/48
Bleiberecht 12/32

Debatte – Bundeswehr-2/52
DGB-Jugend Hamburg 5-6/12
Die Zukunft des Lernens 1-2/28

Fachkreis sexualisierte Gewalt 5-6/57
Fair Childhood 3-4/40
Frankreich 12/40
‚Frei'-Handelsabkommen

3-4/36
Friedenserziehung 9-10/56
Friedensforschung 9-10/60

G 8/9 9-10/8, 11/12
G 8-10 12/12
Ganztag 1-2/22, 5-6/20
Ganztagsschule 3-4/28
Gender 12/43
Genitalverstümmelung 3-4/46
Geschlechterkampf 1-2/41
Gewerkschaftstag 7-8/8, 12/10
GEW-Studis 11/38
Gleichstellung 3-4/43
Globale Bildungskampagne 3-4/41
Griechenland 5-6/14, 5-6/52, 11/42

hlz-online 7-8/57
HLZ-Rätsel 1-2/61, 3-4/61, 5-6/61, 7-8/63, 9-10/63, 11/54, 12/55
Hochschulen 1-2/20, 9-10/22, 11/17

Inklusion: 7-8/18, 11/24, 12/28
Internationaler Gewerkschaftsbund 7-8/56
Islamischer Staat 9-10/54
Israel/Palästina 12/35

Jugendmusikschule 5-6/18

Kinderarbeit 9-10/40
Kinderkonzert 3-4/60
Kita 9-10/14, 11/8, 12/8
Klimaschutz 12/39
Knoten zerschlagen 3-4/10, 9-10/8, 11/12
Kompetenz statt Trichter 9-10/26
Kriegsschulddebatte 1-2/48, 3-4/57

Lampedusa in Hamburg 1-2/8, 5-6/28, 7-8/44
Lehramt Türkisch 9-10/17
Lehrer_innenbildung 3-4/34
Lehrer_innengesundheit: Nicht zu schaffen? 7-8/26
Lehrerkammerwahl 1-2/18
Leitbild Erzieher_in 3-4/26
Lesespaß 7-8/47
Literaturempfehlung 5-6/60

Mitgliederentwicklung 7-8/14

Nachhall vom 1. Mai 7-8/42
Nachruf Hans-Rainer Tschirschnitz 5-6/58
Nicaragua 9-10/42, 11/44

Ostermarsch 3-4/59

Personalratswahlen 3-4/38
Pink Stinks 12/42
PISA 2013 1-2/38
Poetry-Slam 9-10/24
Politischer Streik 1-2/44

Ranking 1-2/12
Reformschule 12/20
Rezension 5-6/62, 7-8/24, 12/44
Ruheständler_innen 1-2/60, 5-6/59, 7-8/60, 9-10/61, 11/55

Satire 7-8/16
Schule unterm Hakenkreuz/ Nazibiographien 1-2/55, 9-10/46, 11/46, 12/46
Schulmuseum 9-10/51
Schulname 12/38
Schulranking und Abitur 1-2/1
Schulschwimmen 5-6/47
Schulstruktur 3-4/8
Selbstverwaltete Schule 3-4/30
Service 1-2/19
Soziale Spaltung 5-6/32, 12/14
Städtepartnerschaft 9-10/44
Südafrika 1-2/46

Tarifauseinandersetzung 3-4/21

Union Busting 9-10/38
Unterricht und 1. Weltkrieg 5-6/55

Vermögensverteilung 5-6/46
‚Volks'-Begehren 3-4/20
Vorbereitungsdienst 11/20

Welttag gegen Kinderarbeit 7-8/54
WM Expertenwissen 7-8/62

Schwerpunkte 2014
- Schulranking – Siegertreppchen oder Pranger 1-2/12
- 1. Weltkrieg 3-4/50
- Gespaltene Stadt 5-6/32
- Neues Lernen 7-8/36
- Widerstand gegen Freihandelsabkommen 9-10/28
- Inklusion 11/24
- Reformschule 12/20

Gespräch mit
- Karin Prien, Schulpolitische Sprecherin der CDU 1-2/14
- Waltraut Franck, Leiterin der Kita Horner Weg 1-2/22
- Alfred Lumpe, verantwortlich in der BSB für Bildungspläne 7-8/36
- Urte Hermann, Matthias Muth, Gerd Augustin – Lehrkräfte an der Heinrich-Hertz-Schule 9-10/9
- Ursula Neumann, Professorin für interkulturelle Bildung an der Universität Hamburg und Bilge Yörenç, stellvertretende Vorsitzende der Türkischen Gemeinde Deutschland und Lehrerin an der Stadtteilschule am Hafen 9-10/17
- einer Referendarin 11/20
- Birgit Xylander, Schulleiterin der Winterhuder Reformschule 12/20
- Hendrik Weber, Lehrer an der Reformschule Winterhude 12/24
- Tom Mennicke und Florian Rothmann, Schüler der Reformschule Winterhude 12/25

GEW initiiert Diskussion

Eckpfeiler für die Bewerbung Hamburgs aus gewerkschaftlicher Sicht

Es ist nicht mehr zu überhören und zu übersehen: Hamburg will sich um die Ausrichtung der Olympischen Spiele 2024 bewerben. Wesentlich im Dreiklang zwischen der Handelskammer, dem Hamburger Sportbund und dem Hamburger Senat erfolgten die bisherigen Planungen, die vor allem vom Hamburger Abendblatt begeistert begleitet und propagiert wurden.

Nun bieten sportliche Großveranstaltungen grundsätzlich durchaus Potenziale, um moralische und ethische Werte wie Fairness, Toleranz, Integration, Freundschaft und Völkerverständigung zu fördern. Historisch gesehen waren diese Werte grundlegend insbesondere für die Begründung der Olympischen Spiele der Neuzeit. Insoweit kann die Olympische Idee durchaus positiv gesehen werden.

Allerdings schaffte es das Internationale Olympische Komitee (IOC) durch eine hemmungslose Kommerzialisierung, durch Fälle von Korruption, völlige Intransparenz der Entscheidungen in der Vergabe- und Durchführungspraxis sowie soziale und ökologische Sündenfälle, die Idee gründlich zu desavouieren. Mit dem Ergebnis, dass Volksabstimmungen in Österreich, der Schweiz, Deutschland (München/Garmisch-Partenkirchen), Norwegen die Durchführung von Olympischen Spielen in den letzten Jahren abgelehnt haben. In dieser Situation will sich Hamburg um die Sommerspiele 2024 bewerben. Der bisherige Verlauf der Bewerbung lässt deswegen wenig Gutes erwarten, weil insbesondere die mediale Förderung eher auf Emotionen und abstrakte „Olympia-Begeisterung“ denn auf sachlich begründete Informationen als Grundlage für eine qualifizierte Entscheidung der Bevölkerung setzt.

Es fehlen bisher weitgehend eher hanseatisch nüchterne Stimmen, die die durchaus vorhandenen Chancen mit den ebenso zweifelsfrei gegebenen Problemlagen und Risiken abwägen und darüber eine breite öffentliche Debatte anstreben. Daran haben die genannten Akteure offenkundig kein Interesse. Daher soll hiermit der Versuch gemacht werden, einige Eckpfeiler für eine Diskussion aus gewerkschaftlicher Sicht zu benennen. Die GEW hat sich zu diesem für die Stadt und auch bildungspolitisch bedeutsamen Thema bislang nicht positioniert. Dies trifft außer einer Presseerklärung August 2014 auch für den DGB Hamburg zu. Eine solche Diskussion berührt u.a. so viele soziale, ökologische und ökonomische Fragen, die die Lebens- und Arbeitssituation der Einwohner und Einwohnerinnen von Hamburg betreffen, dass die Gewerkschaften den Prozess unbedingt - gefragt oder ungefragt - begleiten sollten.

Zu den Fakten:

Im Februar 2015 will der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) eine repräsentative Befragung in Hamburg darüber durchführen, in welchem Maße die Bevölkerung der Stadt eine mögliche Bewerbung Hamburgs um Olympische Sommerspiele unterstützt. Das Ergebnis soll eine Grundlage für die Entscheidung des DOSB am 21. März 2015 darüber sein, welche Stadt (Berlin oder Hamburg) als deutsche Bewerberstadt benannt werden soll. Sollte sich der DOSB für Hamburg entscheiden, soll voraussichtlich im September 2015 eine noch nicht näher definierte Volksbefragung in Hamburg über die endgültige Bewerbung durchgeführt werden.

Bei Beschlussfassung sollte eine Arbeitsgruppe auf GEW-/DGB-Ebene zum Thema gegründet werden.

Eckpunkte:

Im Folgenden werden als Fragen an den Senat formulierte Eckpunkte benannt, deren Beantwortung wesentlich für eine Entscheidung der Hamburger Einzelgewerkschaften und des DGB über eine Zustimmung zu oder Ablehnung von einer Hamburger Olympiabewerbung sein soll.

1. Bislang sind Wirtschafts- und Handelskammer im Verbund mit dem organisierten Sport und dem Hamburger Abendblatt als wesentliche und lautstarke Protagonisten einer Hamburger Olympiabewerbung hervorgetreten. Als konkrete Chancen einer Bewerbung werden dabei i. W. neben einer Steigerung des Bekanntheitsgrades der Stadt Verbesserungen der Infrastruktur und ein Schub für die Hamburger Wirtschaft und den Hamburger Leistungssport genannt. Hat der Senat eine eigene Chancen- /Risiken-Abwägung für die Stadt vorgenommen? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, warum ist diese

nicht öffentlich gemacht worden? Welche Risiken sieht der Senat in einer Bewerbung/ Realisierung Olympischer Sommerspiele in der Stadt? Welche konkreten positiven Folgen sieht der Senat für den Breiten- und den Schulsport entsprechend der Olympischen Charta (insbesondere den nicht in Vereinen organsierten)?

2. Das IOC hat auf öffentlichen Druck Ende 2014 eine Reformagenda beschlossen, die einige Kritikpunkte am bisherigen Bewerbungsverfahren und der Vergabe von Olympischen Spielen aufnehmen. Der Beschluss des IOC ist sehr allgemein gehalten und beinhaltet mehr Versprechungen denn konkrete Maßnahmen. Ist der Senat bereit, konkrete Eckpunkte für ein Vertragswerk zu formulieren, ohne deren Erfüllung durch das IOC es keine Olympischen Spiele in Hamburg geben wird (z.B. keine Steuerfreistellungen für das IOC und Partner; Einhaltung konkret formulierter sozialer, ökologischer, ethischer und demokratischer Standards; Transparenz)? Ist der Senat bereit, die Regel 33 der Olympischen Charta[1] in der aktuellen Fassung unverändert zu akzeptieren? Wenn nein, wo sieht er Handlungsbedarf?
3. Der DOSB hat in den vergangenen Monaten die potenziellen Bewerberstädte mit seiner Politik ständig vor vollendete Tatsachen gestellt (Termine, Kriterien und Verfahren über die Entscheidung, welche Stadt sich bewerben soll). Der DOSB hat sich dabei eine Rolle angemaßt, die ihm nicht einmal laut Charta des IOC zusteht. Wie will der Senat sicher stellen, dass zukünftig - wie in der Olympischen Charta vorgesehen - das Primat über die die Stadt betreffende Entscheidung beim Senat unter transparenter Einbeziehung der Bewohnerinnen und Bewohner und der Partner aus dem Sport liegt?
4. Die bisherigen Planungen des Senats basieren im Wesentlichen auf Arbeiten von Experten aus Sport und Wirtschaft. Diese gesellschaftlichen Kräfte haben auch am deutlichsten ihr Interesse an einer Hamburger Bewerbung formuliert und in den entsprechenden Medien propagiert. Die Gewerkschaften sind bislang nicht in diesen Prozess eingebunden worden. Welche Gründe gibt es dafür und welche Schritte unternimmt der Senat zukünftig, eine einseitig den wirtschaftlichen und sportlichen Interessen der Stadt verpflichtete Bewerbung zu vermeiden und auch die Arbeitnehmer einzubinden und ihre Interessen zu berücksichtigen?
5. Der DOSB will im Februar 2015 mittels einer Volksbefragung den Grad der Zustimmung in der Bevölkerung zu einer Bewerbung messen. Welchen Einfluss hat der Senat auf eine konkrete, transparente und eindeutige Fragestellung? Ist der Senat bereit, bei der geplanten Volksbefragung im September d.J. die

BILDNACHWEIS: UMWELTFAIRAENDERN.DE

[1] Die Regel 33 der Olympischen Charta beinhaltet die Regularien für die Wahl der Ausrichterstadt Olympischer Spiele und mit den dazu gehörigen Durchführungsbestimmungen quasi Knebelverträge für die Ausrichterstadt, die wesentlich zu den Ablehnungen bei den vergangenen Volksbefragungen geführt haben.

Wählerinnen und Wähler parallel mit konkreten und transparenten Informationen über die nach gegenwärtigen Planungen entstehenden Kosten sowie Chancen und Risiken einer solchen Bewerbung zu versorgen (z.B. Kosten u.a. der Flächenbereitstellung für den als sicher geltenden Fall, dass eine Bewerbung frühestens für die Jahre 2028 oder 2032 realistisch ist)? Ist der Senat bereit, eine völlige Transparenz realistischer eigener Kostenplanungen sowohl für die Bewerbungs- als auch insbesondere für die Realisierungskosten herzustellen? Wird der Senat in der geplanten Volksbefragung eine Obergrenze für die Kosten von Olympischen Sommerspielen in Hamburg benennen und diese gegenüber dem IOC als Sollbruchstelle einer Bewerbung vertreten?

6. Wie will der Senat sicherstellen, dass in allen Phasen der Bewerbung, der Installierung der erforderlichen Infrastruktur und Durchführung der Spiele die Arbeits- und Sozialstandards der Gewerkschaften und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) eingehalten werden? Welche konkreten Maßnahmen plant der Senat, um eine mit einer Bewerbung und ggf. Realisierung der Spiele einhergehenden erheblichen Steigerung von Immobilien- und Mietpreisen und eine damit verbundene nachhaltige Milieuveränderung städtischer Quartiere zu verhindern?
7. Das Senatskonzept für die Bewerbung sieht die Nutzung sämtlicher bestehenden Bezirks-Sporthallen als Trainingsstätten für die Zeit der Spiele vor. Welche Ausweichmöglichkeiten über den voraussichtlichen Zeitraum von mindestens drei Monaten (Herrichtung, Nutzung und Wiederherstellung) sieht der Senat für den Schul- und Breitensport in diesem Zeitraum vor?
8. Die jüngsten Enthüllungen über das international verflochtene Doping-Netzwerk gerade in Hinblick auf die letzten Olympischen Spiele in Sotchi zeigen, dass sowohl das IOC als auch die nationalen und internationalen Spitzenverbände nicht in der Lage sind, das Dopingproblem wirksam und nachhaltig zu bekämpfen. Welche Rolle und Aufgaben misst der Senat vor diesem Hintergrund staatlichen Stellen bei der Dopingbekämpfung bei? Durch welche Maßnahmen will der Senat erreichen, dass dieses Problem in Hinsicht auf mögliche Olympische Spiele in Hamburg umfassend und rechtlich notfalls auch gegenüber Sportorganisationen tatsächlich einer Lösung zugeführt wird? Wird er auch darauf hinwirken, dass die sog. Deutsche Olympische Akademie des DOSB nicht mehr seine völlig kritiklosen und rein affirmativen Unterrichtsmaterialien zu Olympischen Spielen an Schulen verteilen kann und sich für die Erstellung neutraler, möglichst auch kritische Positionen integrierender Materialien einsetzen, die u.a. das Thema Doping umfassend behandeln?

Diese Punkte bilden keine abschließende Liste, sie können z.B. um den Umgang mit dem Problem der öffentlichen Sicherheit und weitere Probleme ergänzt werden. Das vorliegende Konzept hat sich bemüht, den Anforderungen des IOC und des deutschen organisierten Sports zu genügen. Der Blick der Hamburger Bevölkerung darauf fehlt und muss dringend geschärft und formuliert werden.

IOC-Präsident Thomas Bach wird mit den Worten zitiert, Deutschland brauche Olympische Spiele. Dies ist eine Verkehrung der Verhältnisse. Die Olympische Bewegung braucht demokratische Länder wie Deutschland als Ausrichter. Deutschland braucht zwar keine Olympischen Spiele, könnte jedoch mit einer Bewerberstadt Hamburg ein sehr guter Ausrichter für Spiele im eigentlichen Sinne der Olympischen Idee sein. Dafür müssen allerdings bestimmte, z.B. hier formulierte Kriterien, Werte und Grundsätze erfüllt werden. In einem Bewerbungsprozess müssen die eigenen Interessen selbstbewusst eingebracht und realisiert werden. Ein solches transparent zu gestaltendes Verfahren wird die Reformbereitschaft des IOC auf eine Probe stellen. Der Senat muss der Bevölkerung der Stadt klar die Kriterien und Bedingungen benennen, zu denen eine Bewerbung abgegeben werden soll und welche Grenzüberschreitungen das Scheitern zur Folge haben würde.

Wie weiter:

Diese Ausführungen sollen einerseits Fragen und Anregungen liefern, das Thema Hamburger Olympiabewerbung jenseits der Glanzdruckargumente aus Sicht der Betroffenen im schulischen Kontext zu bearbeiten. Sie können sowohl in den Theorieanteilen des Sportunterrichts in der gymnasialen Oberstufe ebenso wie im sozial- und gesellschaftswissenschaftlichen Zusammenhang zum Tragen kommen.

Darüber hinaus wurde der Vorstand durch Beschluss der BG Ruheständler_innen gebeten, diese Inhalte zur Beschlussfassung in den DGB Hamburg einzubringen.

Zusätzlich soll eine Arbeitsgruppe gebildet werden, die den weiteren Prozess aus gewerkschaftlichem Blickwinkel begleitet.

NORBERT BAUMAN
unter Mitarbeit von A. STOLZE
und P. STIELERT
Verabschiedet vom Landesvorstand
am 20.1.15

Eine krasse Fehlentscheidung

Abschaffung des Türkischstudiums für das Lehramt ruft Widerstand hervor

Der GEW-Bleiberechtsausschuss hat sich zusammen mit dem türkischen Lehrerverein TöDer und Studierenden der Turkologie am Sternmarsch aller Hamburger Hochschulen am 9. Dezember beteiligt. Wir haben die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht, dass auch das Türkischstudium für das Lehramt dem Rotstift zum Opfer fallen soll. Angeblich wegen zu geringem Interesse wurden im Wintersemester keine neuen Studierende aufgenommen.

Im Folgenden Auszüge aus der Rede von Gülseren Doganer, Mitglied der GEW und des TöDer:

„Die türkische Sprache hat gerade in Hamburg einen hohen Stellenwert. Die Statistiken der Hamburger Schulbehörde untermauern dies, da rund 15.000 Schülerinnen und Schüler Türkisch als Herkunftssprache in ihren Familien nutzen. Statistisch gesehen bedeutet dies, dass fast 10% aller Hamburger Schülerinnen und Schüler die türkische Sprache verwenden. Türkisch stellt somit neben Deutsch die zweitmeist gesprochene Sprache in Hamburg dar. Die Universität Hamburg hat die türkische Sprache als eine wichtige Ressource erkannt. Das Studienfach Türkisch auf Lehramt war seit 20 Jahren ein fester Bestandteil. Die Möglichkeit, dieses Lehramtsstudium im norddeutschen Sprachenraum zu belegen, war einmalig. Diese lange Tradition wird durch die Sparpolitik des Hamburger Senats gebrochen.

Heute unterstützt der Türkische Lehrerverein den ASTA, um gegen die Ausfinanzierung der Hochschulen zu demonstrieren. Die Abschaffung des Studienfaches Türkisch auf Lehramt ist ein falsches Signal an die multikulturelle Gesellschaft Hamburgs.

Die Sparpolitik des Senats trifft in diesem Fall einen kleinen Fachbereich mit rund 128 Lehramtsstudierenden, doch er leistet einen enormen gesellschaftlichen Beitrag: Einerseits werden Lehrkräfte mit Migrationshintergrund ausgebildet, die gerade durch ihre Mehrsprachigkeit an den Schulen die Interkulturalität erleichtern und andererseits die zweisprachigen Schülerinnen und Schüler in ihrem Bildungsweg unterstützen können.

Die Schließung des Fachs Türkisch auf Lehramt steht in einem deutlichen Widerspruch zu den Zielen des Senats, wie sie im Integrationskonzept der Stadt niedergelegt sind.

Foto: K. H.

Kemal Yörenc, Karin Haas (Bleiberechtsausschuss), Nebahat Ercan (TöDer) zusammen mit Türkischlehrer_innen und Student_innen der Turkologie

Außerdem wird der Leitlinie der Behörde, die Herkunftssprachen an den Hamburger Schulen zu stärken und mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund für die Arbeit im Schuldienst zu gewinnen, entgegengewirkt. Die Hochschulpolitik des Senats ist kontraproduktiv, wertet eine bedeutende Bildungssprache ab und berücksichtigt nicht unsere gesellschaftliche Realität! Hamburg ist bunt und muss es auch bleiben, mit all seinen schönen Sprachen und Facetten!“

KARIN HAAS
Bleiberechtsausschuss

Nicht „die Mitte der Gesellschaft“

Während sich der Rechtspopulismus als gesellschaftliche Kraft formiert, vermelden aktuelle Untersuchungen einen Rückgang von Ressentiments und rechtsextremen Einstellungen in der deutschen Bevölkerung.
Max Lill fragt,wie das zusammenpasst.

Der Artikel basiert auf einer Studie zur Entwicklung von Ressentiments und rechtsextremen Stimmungslagen, die der Autor für die Rosa Luxemburg Stiftung erstellt hat. Sie kann unter dem Titel „Trügerische Ruhe im bedrohten Paradies?“ kostenlos im Internet heruntergeladen werden. Empfohlen sei auch die an selber Stelle zu findende Analyse zur AfD von Horst Kahrs.
http://www.rosalux.de/kapitalismusalternativen/specials/gespraechskreis-klassen-und-sozialstruktur.html

Der Schreck über die allwöchentlich anschwellenden Aufmärsche gegen eine vermeintliche „Islamisierung des Abendlandes“ in Dresden steckt vielen (gerade linken) Beobachter_innen tief in den Knochen. Nach den Wahlerfolgen der AfD bei der Europawahl (7,1%) und den anschließenden Landtagswahlen in Sachsen (9,7%), Thüringen (10,6%) und Brandenburg (12,2%), scheint Pegida nun ein weiteres Indiz dafür zu sein, dass wir in Deutschland, ähnlich wie in Europa insgesamt, mit einem politischen Rechtsruck konfrontiert sind.

Aber ist dieses düstere Szenario wirklich schon ausgemacht? Wer oder was steht eigentlich hinter Pegida und wie viel Resonanz hat die Bewegung in der Gesellschaft insgesamt? Wie könnten wirksame Gegenstrategien aussehen?

Anti-islamische Ressentiments und Deutschlandfahnen-Taumel, vor allem aber die Anklage einer vermeintlich einheitlichen Elitenkaste aus „Lügenpresse“ und Politik – dieser Giftcocktail entfaltet eine Mobilisierungskraft, die ohne Zweifel beunruhigend ist. Irritierend sind auch die irrwitzigen Verschwörungstheorien, die mitunter unfreiwillig komische O-Töne hervorbringen. Ein Pegida-Redner war in der Vorweihnachtszeit etwa überzeugt, den Christstollen verteidigen zu müssen – gegen Menschen muslimischen Glaubens, deren Anteil sich in Dresden im Promille-Bereich bewegt.

Zu beobachten ist oftmals eine im eigentlichen Sinn antipolitische, weil jede sachlich-argumentative Auseinandersetzung verweigernde, paranoide Geisteshaltung. Diese Haltung hat sich bisher vornehmlich in der Publizistik, an Stammtischen und in Internetforen oder lokalen Vereinsräumen, also überwiegend unterhalb des Radars der größeren (Medien-)Öffentlichkeit, aufgeschaukelt. Nun findet sie erstmals massenhaften Ausdruck auf der Straße, in den letzten Wochen sicherlich zusätzlich begünstigt durch die neuerliche Hysterie um den islamistischen Terrorismus. Nach dem von den Dresdner Sicherheitsbehörden aufgrund einer einzelnen Morddrohung erlassenen Pauschalverbots aller Versammlungen am 19.01. steht zu befürchten, dass diese Dynamik weiter anhalten wird.

Die Situation ist unübersichtlich und im Fluss. Vorschnelle Festlegungen, wer in Dresden warum demonstriert und wo der Prozess genau hinführt, sind mit Vorsicht zu genießen. Offensichtlich spielen spezifisch lokale Bedingungen eine wichtige Rolle. Ein Großteil der Demonstrant_innen kommt, ersten Erhebungen zufolge, aus der Region: Offenbar mischen sich Teile der, in Sachsen seit vielen Jahren besonders stark verankerten, rechten bis rechtsradikalen, aber auch evangelikal-fundamentalistischen Szene mit konservativen (klein-)bürgerlichen Milieus, die eine diffuse Stimmung der Angst und der Wut gegenüber der etablierten Politik verbindet. Teile dieser Milieus haben sich schon seit dem Abtreten von „König Kurt“, also dem Ministerpräsident Biedenkopf, Mitte der 2000er Jahre mehr und mehr von der seit der Wende herrschenden und in Sachsen traditionell relativ weit rechts stehenden CDU abgewandt: Dieser Aderlass der Union spielte zuletzt vor allem der NPD und nun der AfD in die Hände. Beide Parteien zu-

sammen erreichten in diesem, für ostdeutsche Verhältnisse vergleichsweise wohlhabenden, Bundesland bei der Landtagswahl 2014 zusammen fast 15%. Noch 2009 hatte zudem die FDP ein Rekordergebnis von 10% einfahren können. Sie lag damit fast gleichauf mit der SPD. Auch in staatlichen Stellen, etwa bei Justiz und Polizei, sind Vertreter_innen von Rechtsaußenpositionen keine Seltenheit (weshalb auch schon plausible Zweifel an den von der Dresdner Polizei veröffentlichten Teilnehmerzahlen geäußert wurden).

Erste Befragungen unter Pegida-Anhänger_innen durch ein Team um den Göttinger Parteien- und Bewegungsforscher Franz Walter zeigen, dass diese sich auch selbst politisch relativ klar rechts außen verorten, wobei sich die Enttäuschung insbesondere gegen die CDU richtet: 88% gaben an, sie würden der AfD ihre Stimme geben, wenn am kommenden Sonntag gewählt würde, 11,5% waren bereits Parteimitglieder. Gerade einmal 2,7% wollten für die Union stimmen. Das spricht eindeutig gegen die mitunter geäußerte Vorstellung, es handele sich einfach um „verunsicherte Bürger“ ohne verbindende politische Lagerorientierung.

Einen gefestigten rechtspopulistischen Block bilden AfD und Pegida gleichwohl nicht. Auch die AfD befindet sich erst in der Formierungsphase und kann, ähnlich wie etwa die „Piraten“, durchaus noch an inneren Konflikten scheitern. Nach ihrer Konzentration auf standortpopulistische Europakritik und eine vermeintliche Verteidigung von deutschen Mittelstands- und Sparerinteressen bei der Bundestagswahl 2013 öffnet sie sich unter Federführung etwa der sächsischen Fraktionsvorsitzenden Frauke Petry oder dem brandenburgischer CDU-Abtrünnigen Peter Gauland derzeit noch stärker gegenüber den nationalistischen und reaktionären Kulturkämpfer_innen, die sich im Umfeld von Pegida sammeln. Erste Kommentatoren sprechen schon von einer deutschen „Tea-Party“.

Diese Gemengelage ist sicherlich gefährlicher als die im Oktober in Köln randalierenden „Hooligans gegen Salafisten“, die eher das bekannte Bild rechter Schlägerbanden bedienen und damit kaum anschlussfähig sind gegenüber Stimmungslagen und enttäuschten Repräsentationsbedürfnissen in breiteren gesellschaftlichen Lagern. Aber auch Pegida ist bisher nur in Sachsen erfolgreich. Keiner der zahlreichen Ablegern konnte mehr als einige hundert Versprengte, oft unter starker Beteiligung organisierter Rechtsradikaler, auf die Straße bringen. Und diese wurden in vielen Städten übertönt von tausenden Gegendemonstrant_innen, besonders eindrucksvoll etwa im benachbarten Leipzig. Auch in Dresden könnte die heterogene Zusammensetzung der Demonstration noch für Spaltungsprozesse sorgen, etwa wenn sich der gewaltbereite Teil der Rechtsradikalen von der Antifa provozieren lässt oder der Maulkorb der Veranstalter („redet nicht mit der Lügenpresse“) nun allmählich aufgeweicht und damit noch deutlicher wird, wer hier alles so mitspaziert.

Wichtig ist zudem festzustellen, dass die Massenmedien einschließlich der BILD-Zeitung, die etablierten Parteien (mit Ausnahmen in der CSU) und weite Teile der Zivilgesellschaft bisher relativ entschieden gegenhalten – ganz anders als bei den ausländerfeindlichen Protesten und den Erfolgen der Republikaner Anfang der 1990er Jahre. Das zeigt offenbar Wirkung: Nachdem repräsentative Umfragen im Auftrag von ZEIT-Online Mitte Dezember noch ergeben hatten, dass rund die Hälfte der Bundesbürger_innen Verständnis für die Positionen von Pegida aufbringe (30% sogar „voll und ganz“), äußerten sich gegenüber dem ZDF-Politbarometer Mitte Januar 74% ablehnend und nur 17% zustimmend. Auch die Zustimmung zur Aussage, der Islam gehöre zu Deutschland, ist demnach gegenüber einer Allensbach-Befragung von 2012 deutlich gestiegen, von 22% auf aktuell 48%.

Es macht also wenig Sinn zu behaupten, Pegida repräsentiere per se Stimmungslagen „der“ verunsicherten oder abstiegsbedrohten Mitte der Gesellschaft und sei Ausdruck einer allgemeinen Zunahme von Ressentiments. Von materiellen Abstiegsängsten ist in Dresden ohnehin

wenig die Rede. Zutreffend ist dagegen sicherlich die Beobachtung, dass bei Pegida nicht in erster Linie die so genannten „Modernisierungsverlierer“, also Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte gering Qualifizierte, mitlaufen. Das ist jedenfalls das Ergebnis einer Befragung von rund 400 Demonstrant_innen durch Forscher der TU Dresden. Demnach ist der Anteil der Teilnehmenden mit mittleren oder höheren Einkommen und Bildungsabschlüssen beträchtlich. Nur sehr wenige geben an, arbeitslos zu sein. Und 41% der Befragten der Göttinger Studie, mehrheitlich voll im Berufsleben stehende Männer mittleren Alters, bezeichneten ihre eigene Lage sogar als „sehr gut“. Das viel beschworene „abgehängte Prekariat“ demonstriert hier jedenfalls nicht. Es ist schon eher jene „rohe Bürgerlichkeit“, die ihr Sprachrohr in Figuren wie Sarrazin findet und deren Zunahme im Kontext der gesellschaftlichen Krisenprozesse die Langzeituntersuchung „Deutsche Zustände“ bereits 2011 konstatierte. Auch Untersuchungen zur Wählerschaft der AfD bestätigen, dass Menschen (gerade mittleren Alters) mit überdurchschnittlichen Einkommen und Wohneigentum in diesem rechtspopulistischen Spektrum überrepräsentiert sind.

Also ist es doch „die“ Mittelschicht, die in Dresden marschiert, wie der SPIEGEL prompt titelte? Wohl kaum. Denn grundsätzlich ist aus der sozialen Milieuforschung bekannt, dass politisch-weltanschauliche wie auch lebensweltliche Abgrenzungen quer zur hierarchischen Schichtung verlaufen. Reaktionäre wie auch emanzipatorische Werthaltungen finden sich in allen Einkommens- und Bildungsklassen.

Fotos: creative commons

Starke Worte, aber...

Das bestätigen auch Untersuchungen zu Ressentiments und rechtsextremen Einstellungen. Deren Ergebnisse sind aktuell auch in anderer Hinsicht bemerkenswert: Liest man die jüngsten Berichte der einschlägigen repräsentativen Langzeitstudien zur „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ (Bielefeld), zum so genannten „Extremismus der Mitte“ (Leipzig) oder auch die Analysen des Instituts für Demoskopie Allensbach, so stellt man fest, dass sie übereinstimmend zu dem Ergebnis kommen: Ressentiments und rechtsextreme Einstellungen sind zwar nach wie vor weit verbreitet, die Zustimmungswerte zu abwertenden Aussagen gegen verletzliche Gruppen bewegen sich vielfach zwischen 20 und 30% (das gilt übrigens auch für Gewerkschaftsmitglieder). Aber in den letzten 2-3 Jahren, tendenziell sogar schon seit ca. 2005/2006, sind sie deutlich zurückgegangen. Lediglich auf dem Höhepunkt der Konjunktur- und Schuldenkrise zwischen 2009 und 2011 wurde dieser Trend zeitweise durchbrochen.

Insbesondere eine generelle Ablehnung von Einwanderung findet sich deutlich seltener (laut Allensbach ist der entsprechende Wert seit 2004 von 42% auf 18% zurückgegangen). Die seit ca. vier Jahren wieder deutlich wachsende Zuwanderung wird von einer Mehrheit der Deutschen nicht unbedingt freudig begrüßt, aber arbeitsmarktpolitisch und mit Blick auf politisch Verfolgte, auch aus humanitären Gründen für notwendig erachtet. Auch die Bielefelder und Leipziger Langzeitstudien, die sicherlich nicht im Verdacht stehen, rechte Gefahren zu verharmlosen, stellen fest, Ressentiments würden inzwischen seltener offen geäußert. Sie blieben allerdings indirekt präsent: Etwa in Form eines vehementen Beharrens auf der Notwendigkeit zur Integration in eine „deutsche Leitkultur“ oder Vorrechten für Etablierte und Alteingesessene. Nur vergleichsweise wenige sehen die Verantwortung für Integration und eine „Willkommenskultur“ auch auf Seiten der deutschen Politik und Gesellschaft – und das, obwohl etwa der Eindruck, Einwanderung produziere große Probleme an den Schulen, Allensbach zufolge deutlich zugenommen hat. Zudem gibt es bestimmte Gruppen, die besonders von Abwertungen betroffen sind. Neben Muslim_innen sind das vor allem Asylbewerber_innen sowie Sinti und Roma.

Grund zur Entwarnung gibt es sicherlich nicht – vor allem auch angesichts der Zugewinne

des Rechtspopulismus in vielen europäischen Nachbarländern, besonders dramatisch in einigen nicht unmittelbar krisenbetroffenen Staaten wie Frankreich und England. Dennoch führt es mit Blick auf die Bundesrepublik in die Irre, (schon) von einem generellen Dammbruch von Ressentiments im Alltagsbewusstsein zu sprechen. Es scheint eher so zu sein, dass sich die schon seit Jahren immer wieder konstatierte „rechtspopulistische Lücke“ im politischen Spektrum nun auch in Deutschland zu füllen beginnt. Aus schon lange vorhandenen latenten Einstellungen und einer wachsenden Entfremdung von den etablierten Parteien in Teilen des nationalkonservativen Milieus wird zunehmend offener Protest und eigenständige parteipolitische Organisierung.

Dahinter stehen vor allem Umbrüche im politischen System: Der Bankrott der FDP, die Modernisierung von Teilen der Unions-Programmatik, etwa in der Familien- und Gleichstellungspolitik, aber auch der rechte Protest gegen die europäische Krisenpolitik von Merkel und EZB v.a. aus dem unternehmerischen Mittelstand heraus. Das Beharren darauf, für „die Mitte der Gesellschaft“ zu sprechen, gleicht in gewissem Sinne einer Selbstbeschwörungs- und Wunschformel: Denn der selbstgerechte Furor von Pegida und dem AfD-Umfeld speist sich gerade aus dem Gefühl, zunehmend nicht mehr von den etablierten Eliten repräsentiert zu sein und auf diese Weise mit den eigenen wertkonservativen, nationalistischen oder marktorthodoxen Überzeugungen selbst zu einer „bedrohten Minderheit“ zu werden. Das führt, wie für im weiteren Sinn fundamentalistische Bewegungen typisch, zu einer Verhärtung und Polarisierung der Weltbilder. Das kann sie gefährlicher machen, sollte aber nicht umstandslos mit ihrer Ausbreitung verwechselt werden.

... es gibt Hoffnung

Dass das rechtspopulistische Potential nun offen sichtbar geworden ist, hat immerhin den Vorteil, dass die Auseinandersetzung entschiedener und breiter geführt wird. Deren Ausgang ist offen, denn auch die Gegenkräfte sind in breiten sozialen Milieus und keineswegs nur in der organisierten Linken verankert. Wir sollten daher den Anspruch von Pegida, die Mitte der Gesellschaft zu verkörpern, als ideologische Nebelkerze zurückweisen und den klar rechten bis rechtsextremen Charakter der Akteure benennen.

Es macht auch keinen Sinn, dem Agenda-Setting dieser Kreise hinterher zu laufen, weil hier angeblich reale Probleme benannt würden. „Islamisierung“ ist ganz sicher kein Problem in diesem Land, Islamismus dagegen – in kleinen Enklaven – schon. Rechtspopulistische Bewegungen verweisen wie auch die zahlreichen anderen Bürgerbewegungen der letzten Jahre zweifellos auf gesellschaftliche Krisenprozesse, auf die politische Antworten gefunden werden müssen. Das beginnt bei der menschenunwürdigen Flüchtlingspolitik und der fehlenden politischen Partizipation. Viele Untersuchungen zum Rechtspopulismus haben zudem überzeugend nachgewiesen, dass wachsende Verunsicherung infolge der Vermarktlichung weiter Lebensbereiche die Entstehung von Ressentiments begünstigt. Die Erosion alltäglicher Nahweltbeziehungen und die Ausdünnung öffentlicher Räume der milieuübergreifenden Begegnung führen demnach zu Anerkennungs- und Orientierungsverlusten sowie politischen Ohnmachtsgefühlen, die die Anfälligkeit für rechtspopulistische Ideologien signifikant erhöhen.

Aus der Perspektive einer gesellschaftlichen Linken gilt es, grundlegend andere Problembeschreibungen und Antworten auf diese Krisenphänomene stark zu machen. Dazu müssen in erster Linie wohl andere, weltoffenere und emanzipiertere soziale Milieus mobilisiert werden, als jene, die in Dresden behaupten, sie seien „das Volk“. Denen begegnet man besser mit Gegenaufklärung und breiten Bündnissen, auch mit Blockaden und klassischen Antifa-Strategien – und bitte auch weiterhin mit Parodien, denn dafür liefern die selbsternannten Patriot_innen allemal Steilpässe en masse.

MAX LILL
Redaktionsassistent der hlz

Recht auf Stadt - never mind the papers!

Aufruf des Bündnisses für eine andere Migrations- und Sozialpolitik

Die GEW Studis sind in dem von über 60 weiteren Initiativen und Organisationen unterstützten Bündnis „Recht auf Stadt - never mind the papers!“ vernetzt. Die von dem Bündnis ins Leben gerufene Kampagne hat das Ziel, in den Hamburger Wahlkampf zu intervenieren und will dem selbstzufriedenen Senat klar machen:

Wir sind alles andere als zufrieden. Wir wollen einen grundlegenden Wandel in der Migrationspolitik. Wir kämpfen für Bleiberecht, für Arbeitserlaubnis und menschenwürdiges Wohnen - für alle!

Mehr über das Bündnis und die Kampagne findet sich im Internet unter http://nevermindthepapers.noblogs.org

JAN ALBERTSEN, RONJA HEINELT, JAN KOLBOW, GESA MÜLLER und TOBIAS WOLLBORN
GEW Studis

Folgend dokumentieren wir den Aufruf des Bündnisses.

Recht auf Stadt – never mind the papers!

Wir sind Refugees im alltäglichen Kampf gegen das schlechte Leben in überfüllten und isolierten Lagern, wir sind Nachbar*innen, die sich gegen die Verdrängung aus überteuerten Vierteln wehren, Aktivist*innen, die sich ihr Recht auf Stadt zurückerobern. Wir sind organisierte Geflüchtete von „Lampedusa in Hamburg“. Wir sind Gewerkschafter*innen, die wissen, dass wir als Lohnabhängige nur stark sind, wenn wir gemeinsam mit den Beschäftigten mit den schlechtesten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt füreinander einstehen. Wir sind Studierende, die nicht akzeptieren wollen, dass gute Bildung nur etwas für Reiche ist. Wir sind Menschen, die es nicht hinnehmen wollen, dass die unveräußerlichen Menschenrechte für unsere Nachbarin nicht gelten sollen. In unseren Kämpfen schaffen wir das solidarische Hamburg. Wir achten aufeinander, wir werden stärker dadurch, dass wir uns zusammenschließen. Wir wissen: in dieser Stadt ist Platz für Alle – außer für diejenigen, die uns unsere Rechte nehmen wollen, außer für diejenigen, die sich an uns immer nur bereichern wollen.

“Seit eineinhalb Jahren sind wir, die Geflüchteten der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ Teil dieser Stadt. Wir arbeiten hier, wir wohnen hier, wir organisieren uns hier. Unser Kampf um ein Bleiberecht wird von Tausenden unterstützt. Der Senat ignoriert uns.”

“Wir sind Geflüchtete aus vielen Ländern. Geflüchtet vor Kriegen, geführt auch mit deutschen Waffen, geflüchtet vor vermeidbarem Hunger und Elend. Wir wohnen in Containern und Zelten. Traumatisiert von unseren Erlebnissen sind wir auf engstem Raum untergebracht, ohne Möglichkeit uns zurückzuziehen, angemessener medizinischer Versorgung oder auch nur der Möglichkeit selbst zu kochen. Viele Menschen dieser Stadt helfen uns aus privater Initiative. Der Senat tut so, als wäre er überrascht über unser Kommen und behauptet, alle Möglichkeiten für eine Verbesserung dieser Situation auszuschöpfen. Dabei schafft er nicht mal Mindeststandards. Dabei hat er ganz andere Lösungsinstrumente in der Hand. Wir sind wütend, und wir werden immer mehr, die dagegen protestieren.”

Wir arbeiten zusammen – wir kämpfen zusammen

In dieser Stadt arbeiten wir, die wir deutsche Pässe haben, gemeinsam Seite an Seite mit Menschen für die es schwierig bis unmöglich ist, eine legale Arbeitserlaubnis zu bekommen. Manche haben ein Arbeitsverbot, als Strafe, weil sie nicht an ihrer eigenen Abschiebung mitwirken. Manche haben ein generelles Beschäftigungsverbot oder dürfen nur arbeiten, wenn keiner mit deutschem Pass die Arbeit will. Manche werden aber auch gezwungen zu jeder Bedingung zu arbeiten, weil sonst ihre Aufenthaltserlaubnis nicht verlängert wird. Und dann gibt es noch diejenigen, die überhaupt nicht legal arbeiten dürfen, weil sie offiziell gar nicht existieren. So wie diejenigen von uns, die Bleiberecht in einem anderen EU-Staat haben, wo sie nicht leben können, weil es dort keine Arbeit gibt. So wie wir von der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“. Wir wissen, unter diesen Bedingungen werden wir in die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen gezwungen. Oder in illegalisierte Arbeitsverhältnisse, zu Niedriglöhnen, in Rechtlosigkeit. Wir wollen das nicht. Wir wollen auch nicht die Löhne und Arbeitsbedingungen aller Lohnabhängigen herunterziehen, wir wollen nicht den Mindestlohn untergraben. Wir werden dazu gezwungen. Tatsächlich

besteht in Hamburg ein Bedarf an zugewanderten Arbeitskräften sowohl für qualifizierte als auch für ungelernte Beschäftigung. Ganze Branchen kalkulieren mit- und profitieren von der Ausbeutung schutzloser, illegalisierter Arbeitskräfte. Wessen Interessen vertritt der Senat, wenn er diese Zustände sehenden Auges hinnimmt?

Wir fordern Selbstverständliches, wir fordern Menschenrechte ein:
– Recht auf Arbeit und berufliche Ausbildung, unabhängig vom Aufenthaltsstatus
– Arbeitserlaubnis für alle hier lebenden Menschen

Recht auf menschenwürdiges Wohnen!

Wir, die wir keine oder schlechte Papiere haben, wegen unserer Hautfarbe oder unserem Namen in kaputten Wohnungen zu überteuerten Mieten wohnen, wenn wir überhaupt eine Wohnung anmieten dürfen. Wir, denen ganz offen ins Gesicht gesagt wird: „An Ausländer vermieten wir nicht“. Wir finden uns zusammen mit denen, die seit Jahren dagegen kämpfen, durch überteuerte Mieten an den Rand der Stadt gedrängt zu werden. Wir stehen auf einer Seite mit den Wohnungslosen, nicht gegeneinander. Wir alle, die wir gemeinsam unser Recht auf Stadt erkämpfen, wir wissen, dass in dieser Stadt die fetten Profite der Immobilienbesitzer immer vor den Bedürfnissen der Allgemeinheit kommen. Aber Wohnraum ist ein existenzielles Bedürfnis, keine Ware! Ihr, vom Senat, sagt nicht, ihr könntet nichts tun. Ihr habt die Möglichkeit, leer stehenden Büroraum in Wohnungen umzuwandeln.

Wir fordern:
– Keine Unterbringung in Lagern
– Nicht in Containern, Zelten oder Wohnschiffen, sondern Wohnungen für Alle
– Leerstand zu Wohnraum
– Mehr bezahlbarer Wohnraum

Wir leben hier – wir bleiben hier

Viele von uns, die in dieser Stadt wohnen, arbeiten, leben, sind hier offiziell nur geduldet. Wir müssen von einer Duldungsverlängerung zur nächsten zittern. In Hamburg ein dauerhaftes Bleiberecht zu bekommen, ist fast unmöglich. Jetzt, nach den neuen Gesetzesverschärfungen, noch schwieriger. Wir werden in jahrelangen Verfahren „geprüft“, die kein Mensch durchschaut. Am Ende steht meist die Aufforderung zur Ausreise, obwohl Hamburg ganz andere rechtliche Möglichkeiten hätte, die aber aus Prinzip nicht ausgeschöpft werden. Das Ganze hat System und zur Folge, dass viele von uns illegal gemacht werden. Illegalisiert zu werden, heißt, ohne jeden Anspruch auf soziale Rechte in dieser Stadt leben zu müssen, ausgeschlossen von vielem, was für die meisten Menschen dieser Stadt selbstverständlich ist. Zum Beispiel dem Recht auf medizinische Behandlung, wenn wir krank werden.

Wir fordern:
– Freier Zugang zur Gesundheitsversorgung für alle
– Legalisierung des Aufenthalts aller Menschen, die hier leben – es ist möglich!
– Das Abschiebesystem abschaffen

Wir Alle, die wir in Hamburg leben, sind Teil dieser Stadt. Unsere Regierung verschließt die Augen vor dieser Realität und nimmt es hin, dass Menschen, illegalisiert werden. Menschen, die zu jeder Bedingung arbeiten müssen, ausgeschlossen von allen sozialen Rechten. Dieser Senat nimmt es hin, dass Geflüchtete in Zelten leben müssen, in einer reichen Stadt wie dieser. Wir wissen, ihre Ausflüchte, dass sie daran nichts ändern können, sind falsch. Manches Gesetz könnten sie auf höherer Ebene beeinflussen. Vieles liegt direkt in ihrer Hand. Eine gute Unterbringung für Geflüchtete ebenso wie eine Bleiberechtsregelung für Gruppen von Bürgerkriegsflüchtlingen. Lampedusa in Hamburg – they are here to stay! Wir wissen, auch die kommende Wahl wird an der bestehenden schlechten Situation nichts grundlegend ändern. Darum liegt es jetzt an uns. Der Kampf um Anerkennung der Lampedusa-Gruppe zeigt, wie viele Menschen in dieser Stadt mit der Politik des Senats unzufrieden sind und sich wirklich willkommen fühlen möchten. Mit unseren Stimmen machen wir deutlich: Die Kämpfe um Bleiberecht, für menschenwürdige Unterbringung, für politische und soziale Rechte werden weitergehen. Eine Politik gegen Migrant_innen wird in Hamburg mit massiven gesellschaftlichen Protesten zu rechnen haben! Wir kämpfen für eine Stadt, in der alle Menschen, die hier leben, die gleichen Rechte haben!

Von Gefahren & Gebieten

Eine Veranstaltungsreihe der GEW Studis zu Ordnung und Kriminalisierung von, im & durch Raum

Mit der Errichtung des bislang größten Gefahrengebiets versuchte die Hamburger Polizei im Januar 2014 mit Unterstützung des Senates, die politischen Kämpfe von Lampedusa in Hamburg, Rote Flora und Esso Häusern zu kriminalisieren. Darauf folgten wochenlang diverse Gegenproteste, die auch international für Aufsehen sorgten. Die Aufregung ist vorbei. Gefahrengebiete - wie die permanenten Gebiete in St. Georg und St. Pauli sowie die stetige Möglichkeit von Polizei und Senat, neue Gefahrengebiete einzurichten - gibt es aber immer noch und sie dienen weiterhin der Kontrolle, Kriminalisierung und Vertreibung.

Die Ausrufung von „gefährlichen Gebieten“ beinhaltet, dass Handlungen und Personen an diesen Orten für gefährlich, kriminell und illegal erklärt werden. Auf diese Weise wird Kriminalität durch Raum konstituiert. Die Praktiken der Kontrolle und Vertreibung sind anhand rassistischer, sexistischer und kapitalistischer Kriterien konzipiert und betreffen entsprechend nicht alle Menschen gleichermaßen. Mit der Veranstaltungsreihe wollen wir neben der allgemeinen Funktionsweise von Gefahrengebieten zur Verwaltung von Armut und zur Aufrechterhaltung der herrschenden Verhältnisse auch die Mechanismen der Ausgrenzung gegenüber Sexarbeiter_innen und rassistisch diskriminierten Menschen beleuchten.

JAN ALBERTSEN, RONJA HEINELT,
JAN KOLBOW, GESA MÜLLER
und TOBIAS WOLLBORN
GEW Studis

Veranstaltungen

Montag, 02.02., 19:00
Gefahrengebiete – wie Polizei Stadt/-bevölkerung ordnet.
Mit Bernd Belina (Universität Frankfurt)

Montag, 16.02., 19:00
Wer hat Angst vor‘m Banlieu? Wie städtische Unsicherheitszonen mit Migration in Zusammenhang gebracht werden.
Mit Lee Hielscher (kritnet)

Montag, 02.03., 19:00
Repression gegen Sexarbeiter_innen in St. Georg.
Mit Kathrin Schrader (Universität Frankfurt)

Alle Veranstaltungen finden im Kollektiven Zentrum (Norderstraße 65, Münzviertel) statt.

Aktuelle Infos: www.gewstudis.blogsport.de

Den Rassismus entlarven

Broschüre zur Kritik der „Alternative für Deutschland“ erschienen

Pünktlich zum Wahlkampfauftakt der Hamburger AfD veröffentlicht das Hamburger Bündnis gegen Rechts die Broschüre „Rechtspopulismus ist keine Alternative“. Nachdem bekannt wurde, dass die rechtspopulistische AfD ihren Wahlkampf zur Hamburger Bürgerschaftswahl am 10.1. im Keller des Emporio-Hotels starten will, wurde die Veröffentlichung der Broschüre kurzerhand um eine Woche nach vorne, auf den gleichen Tag – ins direkt gegenüberliegende Gängeviertel – verlegt.

Dort wurde den mehreren hundert Teilnehmenden ein erster Einblick in die Publikation geboten und die AfD in Hinblick auf ihre rassistische, antifeministische und marktradikale Ausrichtung kritisiert. Das Erstarken der AfD wurde im Kontext eines seit mehreren Jahren bestehenden Rechtsrucks in Europa analysiert, in dessen Zuge die AfD weit verbreitete Rassismen und rückwärtsgewandte Krisenerklärungen aufgreift und die parteienlandschaftliche Lücke rechts der Union zu füllen versucht. Weiteren Rückenwind erhofft sich die Partei von den rassistischen Mobilisierungen der Pegida-Demonstrationen, denen der Parteivorsitzende Bernd Lucke im Dezember 2014 seine Sympathie zusprach. Zudem versucht die AfD aus den islamistischen Morden in Paris politisches Kapital zu schlagen, indem sie auf die allgemeine Trauer aufspringt und diese mit antimuslimischen Ressentiments zu unterfüttern versucht.

Foto:

In einer gemeinsamen Pressekonferenz verkündeten das Hamburger Bündnis gegen Rechts, das Gängeviertel, ver.di, die GEW Studis und zwei Autor_innen, mit der Broschüre über die Funktionär_innen und die menschenverachtenden Positionen der AfD aufklären zu wollen, um somit deren Einzug in die Hamburger Bürgerschaft zu verhindern. Im Anschluss an die Vorstellung der Broschüre protestierten einige Veranstaltungsteilnehmer_innen auf der Wahlkampfveranstaltung der AfD und auf der Straße vor dem Hotel gegen die rechtspopulistische Partei. Um deren Einzug ins Parlament abzuwehren und Schlimmerem vorzubeugen, gilt es, der AfD und anderen rechten Positionen bei jeder Gelegenheit Paroli zu bieten – in der Schule, im Seminar, in der Kneipe und auf der Straße.

Die Broschüre ist 42 Seiten stark und enthält insgesamt 15 Artikel von 13 Autor_innen sowie weitere Literaturhinweise. Herausgeber_innen sind das Hamburger Bündnis gegen Rechts, die DGB Jugend Nord, die ver.di-Jugend Hamburg und die GEW Hamburg mit Unterstützung durch den AStA der Uni Hamburg. Sie erscheint in einer Auflage von 8000 Stück und kann kostenlos beispielsweise in der Geschäftsstelle der GEW abgeholt werden. (Demnächst) steht sie auf www.gewstudis.blogsport.de zum Download bereit.

JAN ALBERTSEN, RONJA HEINELT, JAN KOLBOW, GESA MÜLLER und TOBIAS WOLLBORN
GEW Studis

Überwältigende Mehrheit empört

Kolleg_innen der H3 wehren sich gegen den hlz-Bericht zu ihrer Entscheidung für einen wertneutralen Schulnamen

Der hlz-Artikel von Stefan Gierlich in der hlz 12/2014 hat unter den Kolleg_innen der Betriebsgruppe der H 3, aber auch darüber hinaus, Empörung ausgelöst!

Zunächst zu den Fakten: Auf einer gemeinsamen Lehrer-Vollkonferenz der beiden Fusionsschulen H 3 und H12 am 24.9.2014 wurden mehrere Vorschläge für den neuen Schulnamen, welcher nach der Fusion gelten soll, von diversen Initiator_innen vorgestellt und diskutiert. Dabei wurde u.a. auch der Name „Else-Rauch-Schule“ von einer engagierten Kollegin, die offensichtlich in dem hlz-Artikel nicht genannt werden will, in einem leidenschaftlichen und sehr ausführlichem Plädoyer vorgestellt. Das Kollegium entschied sich jedoch mit großer Mehrheit gegen einen Namensbezug im Schulnamen und votierte mit über 90% der Stimmen für den Namen „Berufliche Schule für Wirtschaft, Hamburg-Eimsbüttel“.

Soweit, so gut, könnte man meinen! Aber offensichtlich hat die o.g. Kollegin ein Problem, demokratische Mehrheiten zu akzeptieren, denn jetzt – siehe hlz-Artikel – beginnt das „Nachtreten“. Dabei wird nicht gescheut, mit Verdrehungen und Verleumdungen zu arbeiten:

1. Um sich selbst aus der „Schusslinie“ zu nehmen, wird der hlz-Kollege Stefan Gierlich „gebrieft“. Schade, dass Stefan hier nicht weiter recherchiert hat und uns, die BG der H3, selbst mal gebeten hat, dazu etwas zu äußern.
2. Wir empfinden die Projektarbeit der BOS 12/2, welche von der o.g. Kollegin betreut wurde, als gut und gelungen. Aber: hier sollte man auch die „Kirche im Dorf“ lassen: aus einer Klasse mit einem Votum von 70% abzuleiten, dass die „gesamte Schülerschaft“ hinter dem Namen stünde, ist schon etwas aberwitzig.
3. Und jetzt wird´s richtig schlimm: aus: „die betroffenen Lehrkräfte pflegen eher den Mut zur Identitätslücke“ und Schüler sind auf „Widerstand gegen die Erinnerung“ gestoßen, kann man nur lesen, dass „die betroffenen Lehrkräfte kein Geschichtsbewusstsein haben.“ Das wäre deutlicher. Gerade diesen Kontext weisen wir mit Empörung und aller Deutlichkeit zurück. Vor dem Hintergrund (welcher der Kollegin offenbar nicht bekannt ist ?), dass die Kolleg_innen der H3 in Projekten des Gemeinschaftskundeunterrichts vor bereits mehr als 10 Jahren dafür erfolgreich kämpften, dass der Platz vor der Schule in „Else-Rauch-Platz“ umbenannt wird, ist diese Begründung wie ein „Schlag ins Gesicht“ von engagierten und geschichtsbewussten Kolleg_innen der H 3. Hier erwarten wir auf jeden Fall auch eine Klarstellung der hlz!
4. Vergessen wurde auch zu erwähnen, dass die H3 zwei Standorte hat, nämlich den schon immer existierenden Standort Schlankreye und den später dazugekommenen Standort Lutterothstraße. Das war u.a. auch ein Argument für einen standortübergreifenden Namen. Diese beiden Standorte werden auch nach der Fusion bestehen bleiben. Die BOS-Schüler_innen werden die Lutterothstraße gar nicht kennenlernen, da die BOS nur in der Schlankreye beschult wird.
5. last but not least:
   Eher lapidar, aber wenn korrekter Artikel, dann doch bitte insgesamt: Keine neue Schulkonferenz wird sich damit beschäftigen, die gibt es nämlich nur im „allgemeinbildenden Schulbereich“, im Berufsschulbereich hingegen ist der „Schulvorstand“ das Gremium, welches sich damit beschäftigt.
6. Nachtrag: Inzwischen haben sich die Schulvorstände der H3 oder wie die H 12 einstimmig (auch mit dem Votum der Schüler_innen!) für den Namen „Berufliche Schule für Wirtschaft, Hamburg-Eimsbüttel“ ausgesprochen.

H. NIMZ
im Namen der Betriebsgruppe
der H 3

Einladung zur Diskussion

Angesichts von Schulfusionen, neuen Standorten und der Findungsprozesse in den neuen Stadtteilschulen würden wir uns freuen über Diskussionsbeiträge in der hlz, die die Namensgebung für eine Schule - gerne auch bereits vollzogene Namensgebungen und die alltäglichen Erfahrungen damit - reflektieren.

DIE REDAKTION

Wäre stolz

Ein hlz-Leser zeigt sich entsetzt über die Entscheidung der H3/H12-Kolleg_innen

Mich hatten in den Jahren 1963 und 1964 der Auschwitz-Prozess und die Radio-Berichterstattung an jedem Sonntagabend durch Axel Eggebrecht erstmals über die Art und die Ausmaße der Gräueltaten aufgeklärt, die von Deutschen an den jüdischen Mitmenschen begangen wurden.

Nun habe ich den Film über die Vorgeschichte des Auschwitz-Prozesses gesehen: "Im Labyrinth des Schweigens". Es hat mich beschämt zu sehen, wie heftig die Untersuchungen zur Aufklärung über die Verbrechen und zur Vorbereitung des Prozesses durch viele Behörden und Institutionen behindert wurden. Immerhin, es gab auch Menschen, die trotzdem weiter gearbeitet haben - und zwar nicht nur Fritz Bauer, aber auch er. Heute schlage ich die ‚hlz′ auf und fühle mich in die späten 50iger und frühen 60iger zurückversetzt. Wie kann es angehen, dass ein Lehrer_innen-Kollegium sich gegen die Benennung ihrer Schule als "Else-Rauch-Schule" ausspricht?!

Ich glaube, ich wäre stolz, an einer Schule mit einem solchen Namen und sich daraus ergebender Kultur arbeiten zu können.

Bei gebotener Vorsicht (ich kenne die Argumente des Kollegiums nicht) bin ich über die Abstimmung sehr entsetzt. Dass Menschen (und dazu Lehrkräfte) meiner Generation solchen "Mut zur Identitätslücke" haben, kann ich nur verschmerzen bei Gedanken an die aktiven BOS-Schüler_innen, denen ich meine Hochachtung aussprechen möchte.

RAINER ELLING
Jahrgang 1943

Foto: hlz

Die alte GS-Lutterothstraße – Arbeitsplatz von Else Rauch. Jetzt noch Nebenstelle der H3

Vom Abbruch zum Aufbruch?

Schulfusion und Namensfindung brauchen Zeit und Diskussion

Wie die hlz-Berichterstattung (12/2014 –S.38) und die hier abgedruckten heftigen Reaktionen zum Thema „Schulname“ für die fusionierende H3 und H12 zeigen, ist es nicht einfach und konfliktfrei, sich an der Schnittstelle zwischen Vergangenheit und Zukunft richtig zu entscheiden. Was soll so ein Name über die Schule ausdrücken?

Bisher reichten den Grund-, Haupt- und Realschulen meist die jeweiligen Straßennamen. Auch die Stadtteilbezeichnung war und ist beliebt. Die Gymnasien – vor allem die alteingesessenen – genießen oft eher mehr oder weniger würdige Namenspaten. Das reicht von Johannes Bugenhagen (Reformator und Begründer des „Johanneum“) über Dänenkönig Christian VI. (als Landesherr der Stadt Altona Namensgeber des „Christianeum“ in Othmarschen), den deutschen Kaiser Wilhelm I. (2 Jahre nach Schulgründung empfängt das „Wilhelm-Gymnasium“ die Ehre ihres Namens) bis zu Heinrich Heine und Carl von Ossietzky (Pazifist und NS-Verfolgter).

Auch ein Teil der Gesamtschulen identifiziert sich mit ihrer Gründungszeit entsprechenden demokratischen Vorbildern. Von Bruno Tesch (von den Nazis 1933 hingerichteter Kommunist), der Hamburger Schauspielerin Ida-Ehre bis zu Sophie Scholl reicht hier das Namensspektrum. Frauennamen stellen allerdings eine Minderheit dar. So hat jede Zeit sich auf ihre Weise mit der Möglichkeit auseinandergesetzt, schulische Bildung auch mit Werten zu verbinden.

So ein Schulname bietet die Möglichkeit, sich mit einer Person und ihren besonderen Leistungen, evt. auch Fehlleistungen , auseinander zu setzen. Eine beständige Herausforderung für Lehrer_innen und Schüler_innen zu überprüfen, wie man zur Lebensleistung eines solchen Namensvorbildes steht. Im Idealfall ist dies sicher eine Hilfe für den Heranwachsenden, seine eigene Einstellung zu sozialen und politischen Wertfragen zu finden.

Interessanterweise scherten die beruflichen Schulen hier bisher radikal aus. Ein Automechaniker braucht einen Schraubenschlüssel und keinen Heinrich Heine. Der kaufmännische Angestellte kämpft mit den Zahlen und Konten der Buchführung. Dazu braucht er kein Wissen über die Kämpfe von Pazifisten oder Antifaschisten. Folglich hatten alle beruflichen Schulen eine nüchterne Nummerierung von H1-H20 und G1-G20 oder W1-W8 sowie FSP1+2. Ganz so selbstverständlich ist dies Verständnis von beruflicher Bildung aber heutzutage doch nicht mehr.

Mit dem Hinweis, man habe ja mit Politik in seinem Beruf eigentlich nichts zu tun gehabt, versuchten viele, der Verantwortung für die Verbrechen der NS-Herrschaft zu entgehen. Daher soll ein mündiger Bürger in der Demokratie heute mehr als nur seine Pflicht als Polizist_in, Verwaltungsbeamter, Buchhalter_in oder Lokomotivführer tun.

Foto: Stefan Gierlich

Bereit für den Abbruch: Die alte H12 am Berliner Tor

Das hat motiviert, gerade auch in der beruflichen Ausbildung die Frage über die sozialen Auswirkungen und die Organisation von Arbeit zu reflektieren. Das ist nicht immer einfach angesichts des eingedampften Politik- und Deutschunterrichtes. Aber es kommt durchaus vor, dass auch eine Klasse einer beruflichen Schule einen Bertini-Preis (siehe aktuelle Preisträger_innen 2015) oder einen Umweltpreis gewinnt. So hat die W3 sich mit der Frage der Namensgebung beschäftigt und sich mit der jüdischen Vorkämpferin einer modernen Kindergartenerziehung auseinandergesetzt. Mit dem Namen

„Anna-Warburg-Schule“ ist die Nummernshow der beruflichen Schulen erstmals aufgebrochen.

Die sicherlich nicht nur Begeisterung auslösende Fusion von H3 und H12 (Abbruch am Berliner Tor und Einzug auf dem Stammgelände der H3) hat nun hier - offensichtlich ohne große Begeisterung - die Namensdebatte notwendig gemacht. Die Eile – ein Dreivierteljahr vor der eigentlichen Installation der neuen Schule – einen Namen zu finden, mag verständlich sein angesichts des (drohenden) Fusionstitels „H123“. Der Wunsch vorweg schon einmal wenigstens etwas Gemeinsames zu haben – bei so viel Trennendem zwischen zwei alteingefahrenen Schulkollegien –, was dann eine gemeinsame Schulidentität stiften könnte, ist verständlich. Immerhin hat sich der Wert der Corporate Identity herumgesprochen. Und eine stolz selbstverwaltete Schule braucht diese mehr denn je.

In der Eile ist so der Mut zu Neuem auf der Strecke geblieben und ganz in der Tradition der „wertneutralen“ Berufsschulnummerierung haben sich Schulleitungen und – wie die H3 Betriebsgruppe erklärt – über 90 Prozent des Kollegiums für den schönen Namen: „Berufliche Schule für Wirtschaft – Hamburg-Eimsbüttel“ entschieden. Was bei der Nummerierung noch einfach und logisch schien, die trennende Unterscheidung von Schulen, wird aber nun bei einer klingenden Namenssuche schwierig. Denn es gibt eine ganze Reihe von „beruflichen Schulen für Wirtschaft“ in Hamburg. Die Rettung: der Hinweis auf den Stadtteil! Da freuen sich die Eimsbütteler_innen.

Aber eine Schule für Schüler_innen aus dem gesamten Stadtgebiet und Umland, die eben gerade keinen pädagogischen Stadtteilbezug hat, so zu nennen, überzeugt nicht wirklich. Das heißt, dieser Name mag als Arbeitstitel in der Fusionsphase dienen, aber er hat für die an der Schule Arbeitenden keine identitätsstiftende Bedeutung. Da waren die Nummern eigentlich ehrlicher.

Die Schüler_innen haben mit ihrer Spurensuche und dem Namensvorschlag „Else-Rauch-Schule“ gezeigt, dass sie sich mehr an inhaltlicher Füllung wünschen. Die Anerkennung durch die Verleihung des BERTINI-Preises 2015 für dieses Engagement würdigt dies. Die Kolleg_innen an der Schule könnten dies auch, in dem sie das Anliegen – unabhängig davon, wie man zum Namensvorschlag Else-Rauch steht – ernstnehmen und sich Zeit nehmen. Auch die W3 „Anna-Warburg-Schule“ ist das Ergebnis einer Standort-Fusion und hatte ihren Findungsprozess für die Namensgebung.

Verleumdungen: Nein! Kritik: Ja!

Wenn so ein Prozess des Zusammenwachsens zum Erfolg führen kann, dann sicherlich am besten ohne persönliche Verleumdungen. Da ist der H3-Betriebsgruppe zuzustimmen. Allerdings hält sie sich in der Hinsicht nicht zurück, indem sie einer aktiven GEW-Kollegin unterstellt, sie würde demokratische Entscheidungen nicht akzeptieren und die hlz „briefen“. Ich fühle mich als Pensionär der H12 persönlich vom Schicksal der Schule mitbetroffen und habe meine Infos für die Berichterstattung aus verschiedenen Quellen (Gespräche mit Kolleg_innen, Teilen der Schulleitung der H12 und Veröffentlichungen in der Lokalpresse). Die H3-Betriebsgruppe war im bisherigen Diskussionprozess nicht sichtbar und wurde deshalb auch nicht gesondert befragt. Da ist sicherlich noch Luft nach oben für das Gespräch zwischen und mit den GEW-Kolleg_innen im neu sich zusammenfindenden Kollegium.

Auch der Vorwurf, fälschlichen Umgangs mit Zahlen fällt auf die empörten Kolleg_innen der H3 zurück. Es wird behauptet, das 70prozentige JA der Schüler_innen stamme nur aus einer Klasse. Es ist aber tatsächlich so, wie in der hlz berichtet, dass die aktive Klasse eine schriftliche Befragung in den Klassen der FOS und BOS ihrer Schule ausgewertet hat.

Schön ist, dass sich die Kolleg_innen an ihr Geschichtsbewusstsein und ihren „mehr als 10 Jahre“ zurückliegenden Einsatz für die Umbenennung des Platzes vor der Schuldependance erinnern. Aber, was ist davon geblieben bzw. wo zeigt sich dieses kämpferische Bewusstsein jetzt, wo es um den eigenen Hoheitsbereich, die Findung eines – wie sie richtig bemerken – standortübergreifenden Namens geht? Ist die Erinnerung an eine ermordete jüdische Kollegin auf einen schulabseitigen Standort begrenzt? Die forschenden Schüler_innen stießen auf verstaubte Bilder, beschädigte Gedächtnistafeln, aber keineswegs eine gepflegte Kultur der Erinnerung. Es kostete sie einige Mühe – die sie dankenswerterweise gerne aufbrachten –, Leben, Arbeit und Ermordung der jüdischen Kollegin zu rekonstruieren.

Danke für den Hinweis, dass das, was früher Schulkonferenz hieß, jetzt „Schulvorstand“ heißt. Allerdings besitzt die ab Sommer 2015 neuentstehende Schule noch gar keinen Schulvorstand. Insofern spiegeln die genannten „einstimmigen“ Entscheidungen sicherlich ein aktuelles, aber eben vorläufiges Stimmungsbild. Die eigentliche Entscheidung steht offensichtlich noch aus.

Das ist doch eine gute Möglichkeit noch einmal ins Gespräch zu kommen über die Frage, ob die Schule nicht mehr verdient hat als einen so neutralen Namen.

STEFAN GIERLICH

Bis in die dritte und vierte Generation

Eine von der BG-Ruheständler_innen organisierte Veranstaltung zu Traumata fand regen Zulauf und zog die Zuhörenden in Bann

Traumata durch Krieg, Folter, Flucht und Vertreibung und ihre transgenerationale Weitergabe

Zu diesem Thema hat am 4. Dezember des zurückliegenden Jahres eine Podiumsdiskussion stattgefunden. In der gut besuchten Veranstaltung fehlten bis auf wenige Ausnahmen leider die jüngeren aktiven Kolleg_innen.

Die Podiumsgäste waren Dr. Michael Brune, Hamburg (Psychiater, Mitarbeit bei ‚haveno', einer Hamburger Einrichtung für traumatisierte Migrant_innen), Mercedes Dohrn-van Rossum, Hamburg (Psychoanalytikerin und Leiterin der Forschungsgruppe ‚Transgenerationale Weitergabe von Krieg und Holocaust') und Esther Mujawayo, Düsseldorf (Autorin, Soziologin und Traumatherapeutin im Behandlungszentrum für Folteropfer, vor allem für Überlebende des Völkermords in Ruanda). Elisabeth Burchhardt, (Journalistin, u.a. tätig beim NDR) hat die Diskussion moderiert.

Die Veranstaltung hat dem Publikum das ernste Thema eindringlich nahe gebracht, nicht nur von der sachlich-informativen Seite her, sondern auch von der emotionalen. Dazu hat Frau Mujawayo in ihrer Doppelfunktion sehr beigetragen, einerseits sachkundig als Psychotherapeutin und andererseits selbst betroffen vom Genozid, als Überlebende und Zeitzeugin. Von ihren Schilderungen erfasst zu werden, blieb dem anwesenden Publikum vorbehalten, dies lässt sich in einem referierenden Rückblick nicht vermitteln.

Fotos: Stefan Gierlich

Esther Mujawayo (Mitte) schildert ganz persönlich die Auflösung aller Sicherheiten im Genozid in Ruanda

Ein Trauma ist – den Ausführungen von Frau Dohrn-van Rossum und Dr. Brune zufolge – eine die Seele in ihrer Tiefe verletzende Wunde. Die Psyche wird von einem lebensbedrohlichen Ereignis mit einer Wucht getroffen, vor der die ihr eigenen Abwehrmöglichkeiten versagen. Der natürliche Schutz gegen Reizüberflutung, die individuell und kulturell erworbenen Abwehrstrategien werden zerschlagen. Der betroffene Mensch erlebt sich in einem Zustand äußerster Angst und Hilflosigkeit. Er überlebt physisch, ist aber psychisch schwer geschädigt. Sein Identitätsgefühl ist erschüttert. Indem die Psyche das Erlittene abspaltet, ist Weiterleben erst einmal möglich. Das traumatisierende Ereignis kann zwar faktisch erinnert werden, mitunter sogar sehr detailliert, aber ohne die durch das Trauma hervorgerufenen und jetzt abgespaltenen Gefühle der Ohnmacht und der Todesangst. Das Erinnern dieser Gefühle wäre aber die Voraussetzung, um die traumatische Erfahrung innerseelisch zu repräsentieren, zu verarbeiten und in eine Erfahrung zu transformieren, welche die Mitwelt, in der der/die Traumatisierte überlebt, nachvollziehen und verstehen kann. Stattdessen lebt er/sie zwar weiter, jedoch mit dem Gefühl von Leere, Verlassenheit und dem Verlust jeglichen Vertrauens, auch in sich selbst. Nichts ist mehr, wie es war. Statt die Täter und ihre Taten halten die Opfer sich selbst für verrückt. In der ruandischen Gesellschaft spielt die Verbundenheit durch Blutsbande in weit verzweigter Verwandtschaft eine viel größere Rolle als in westlichen Gesellschaften. Umso verstörender das Verlassenheitsgefühl allein Überlebender, deren ganze Verwandtschaft ermordet wurde - überwiegend Frauen - und der katastrophale Vertrauensverlust,

denn die zur Ethnie der Hutu gehörigen Schlächter waren oftmals Nachbarn der ermordeten Tutsi gewesen, wenn nicht sogar ihre engen Freunde, und nicht nur die Männer, auch die Frauen und sogar die Kinder haben zur Machete gegriffen.

Dr. Brune demonstrierte die Zerstörung der Psyche am Beispiel der Folter. Zu seinen Patient_innen gehören aus lateinamerikanischen Diktaturen geflohene Opfer. Ziel von Folter ist nicht vorrangig, wie gemeinhin angenommen, das Erpressen von Informationen, sondern Repression, das Brechen der Psyche politisch anders Denkender. Das bevorzugte Mittel dazu ist weniger die Hinzufügung von physischem Schmerz als das unmenschliche Spiel mit der Angst. Die Angst überbot in einem von Dr. Brune geschilderten Fall nach den Worten des Opfers alle bestialischen körperlichen Torturen, die es zuvor hatte über sich ergehen lassen müssen.

Die therapeutische Arbeit setzt sich zum Ziel, das Gefühl des Verrücktseins rückgängig zu machen, die Perspektive wieder zurechtzurücken. Voraussetzung dafür ist die Bereitstellung der für das physische Weiterleben erforderlichen Mittel, einschließlich der Klärung rechtlicher Fragen. Frau Mujawayo erklärte das am Beispiel der Witwenorganisation in Ruanda, Dr. Brune an der Arbeit bei von ‚Haveno'. Therapie und Sozialarbeit gehen Hand in Hand. Leider wird dieser Zusammenhang von der Politik zu wenig gesehen, wie das Beispiel der Länder zeigt, in denen Flüchtlinge Asyl suchen.

Lähmend wirkt das Verlassenheitsgefühl und der Vertrauensverlust (Esther Mujawayo)

Eine unabdingbare gesellschaftliche Voraussetzung für das Gelingen der Aufarbeitung sowohl individueller als auch kollektiver traumatischer Erfahrung ist deren Anerkennung als historische Wahrheit bzw. die Bestätigung des geschehenen Leids durch ein im Kollektiv, in der Gesellschaft sich bildendes Narrativ. Nur dadurch erhalten die Opfer letztlich die Sicherheit, dass nicht sie es sind, die verrückt sind, sondern die Täter und die Ereignisse, die sie traumatisiert haben. Wahrheitskommissionen und vor allem Gerichte sind wesentliche Institutionen dieser

Fachgruppe Ruheständler_innen

Dr. Meyberg von der DGHS (deutsche Gesellschaft für humanes Sterben) hält im Rahmen unserer Februar - Sitzung ein Referat mit anschließender Diskussion zum Thema **"In Würde sterben".**

Die Veranstaltung findet statt am Mittwoch, **4. Februar 2015** im Curio-Haus, Raum ABC.
Zeit: 11.00 bis 12.30 Uhr

gesellschaftlichen Aufarbeitung. Für die Opfer ist dabei weniger die Bestrafung der Täter das Entscheidende als deren Identifizierung. Denn das verschafft den Opfern wieder innere Sicherheit. In ihrem ´Verrücktsein´haben sie nicht mehr zwischen sich als Opfer und den Tätern unterscheiden können. Mit der öffentlich-sozialen Anerkennung ihres Leidens sind sie von dieser Ungewissheit befreit. In Ruanda ist nach dem Genozid ein Anerkennungsprozess allmählich in Gang gekommen, wiewohl unter großen Schwierigkeiten.

Das Spiel mit der Angst ist das wirksamste Folterinstrument (Michael Brune)

Transgenerationale Weitergabe, der zweite Themenbereich, bedeutet, dass unbearbeitete Traumata bis in die dritte und auch vierte Generation weitergereicht werden. Dieser Prozess selbst gilt in der Psychoanalyse als gesichert, ist aber in seiner Tiefe psychoanalytisch noch nicht ganz erforscht. Frau Dohrn-van Rossum führte am Beispiel einer Patientin aus ihrer Forschungsgruppe an die Konzeptualisierung des Phänomens der transgenerationalen Weitergabe heran. Das Symptom, dessentwegen sich die Patientin in Behandlung begibt, ist ein ihr unerklärlicher unerträglicher Druck im Kopf. Es zeigt sich: Die Mutter der Patientin ist durch Flucht und Vertreibung aus Ostpreußen und durch den Verlust der Heimat traumatisiert. Die Tochter fühlt sich für Glück und Unglück ihrer Mutter zuständig und lebt deren Leben mehr als ihr eigenes. So kennt sie die ostpreußische Heimat aus den vielen und sich wiederholenden Erzählungen bis in die entlegensten Winkel, ohne doch jemals dort gewesen zu sein. Sie bekommt diese Parallelwelt nicht aus ihrem Kopf. Sie hat das Leben der Mutter und deren Trauma übernommen und über die Symptombildung (Druck im Kopf) das Thema der Mutter zu bearbeiten begonnen. Die Mutter hat an ihre Tochter weitergegeben, was sie selbst nicht hat bewältigen können.

Kinder sind wegen der Abhängigkeit von ihren Eltern für alles, was diese bewegt, sehr empfänglich. Aus ihrer Hilflosigkeit heraus identifizieren sie sich mit den Eltern und empfinden das von den Eltern Erlebte als ihr eigenes, einschließlich des Unbewussten. Der Begriff der ‚transgenerationalen Weitergabe‘ konzeptualisiert diese Kommunikation vom Unbewussten der Mutter zum Unbewussten der Tochter. Das von den traumatisierten Eltern Abgespaltene, Dissoziierte und noch nicht Symbolisierte nimmt als Introjekt in den Kindern eine Gestalt an. Sie nehmen den Eltern die Aufgabe der allmählichen Symbolisierung und Integration in die Psyche ab. Unter dem Druck psychischen Leidens findet in den Kindern auf diese Weise gewissermaßen eine erste Verarbeitung des Traumas statt. Auch in Ruanda erlangen diese Prozesse, wie Frau Mujawayo bestätigte, zunehmend Aufmerksamkeit. In Argentinien, ergänzte Dr. Brune, macht die Organisation ´Hijos´ (Söhne, Töchter) dies ebenfalls zum Thema

Transgenerationale Weitergabe bedeutet, dass unbearbeitete Traumata bis in die dritte und auch vierte Generation weitergereicht werden

Eine unabdingbare gesellschaftliche Voraussetzung für das Gelingen der Aufarbeitung traumatischer Erfahrung ist deren Anerkennung als historische Wahrheit.

Mit der Erörterung der beiden Themenaspekte Trauma und transgenerationale Weitergabe und durch ihre Veranschaulichung anhand von Beispielen hat die Diskussion zeigen können, wie gravierend die Folgen von Krieg, Folter, Flucht und Vertreibung in den Kollektiven und in den dort lebenden Individuen sich auswirken und wie langandauernd sie weiterwirken. Die solche Folgen auslösenden Katastrophen sind, wie die zahllosen, meist mehrfach traumatisierten Flüchtlinge uns täglich vor Augen führen, keineswegs Vergangenheit. Es stellt sich die Frage, wie wir mit ihnen umgehen. Zum Beispiel in Hamburg. Zwar gibt es viel Bereitschaft in der Stadt, ihnen zu helfen. Dr. Brune sieht aber die Gefahr, dass diese Motivation nur kurz anhält und nachlässt, sobald andere brisante politische Themen

in den Vordergrund drängen. Frau Dohrn-van Rossum weist auf die Tendenz der Psyche hin, Schreckliches durch Ausblendung und Rückzug davon abzuwehren. Frau Mujawayo hat im Rahmen ihrer Arbeit im psychosozialen Zentrum Düsseldorf den Eindruck gewonnen, dass tieferes Verständnis für die Flüchtlinge fehlt. Die zu uns Geflohenen wollen nicht nur als Flüchtlinge gesehen werden, sondern als Menschen, die mehr mitbringen als ihr kleines ‚package' auf dem Rücken. Sie wollen nicht nur ´charité´, sondern auch arbeiten. Sie wollen unter einander Kontakt haben können, auch über größere Entfernungen hinweg. Die asylpolitischen Rahmenbedingungen müssen dringend geändert werden.

Abschließend einige der Fragen des Publikums im Anschluss an die Diskussion auf dem Podium und die Antworten von dort:

Laufen die Genozid-Prozesse, die sogenannten Arusha-Prozesse, in Ruanda gegenwärtig weiter? Sie sind beendet worden, weil man, würden alle geführt, auch in hundert Jahren nicht damit fertig wäre. Sie sind ersetzt worden durch die Gacaca, das ist eine traditionelle Form der Gerichtsbarkeit in Ruanda, eine Art Gemeindeversammlung auf einer Wiese (Gacaca). Ein Ältestenrat entscheidet über die dort vorgetragenen Klagen. Gacacas, die mit Strafbefugnis versehen sind, arbeiten zwar nicht perfekt. Sie haben jedoch bei der Bewältigung der Folgen des Genozids geholfen.

Der Mensch erlebt sich in äußerster Angst und Hilflosigkeit. Sein Identitätsgefühl ist erschüttert. (Mercedes Dohrn-von Rossum)

Wie die Flüchtlinge vor Diskriminierung schützen und mit den Traumatisierten unter ihnen umgehen? Nicht der offene Rassismus ist so sehr das Problem, sondern das subtile xenophobische Misstrauen. Dagegen hilft vor allem Förderung des Zusammenlebens und Zusammenseins in Vereinen, z.B., ganz einfach im Fußballverein.

Lassen sich aus den Forschungserkenntnissen zur transgenerationalen Weitergabe Maßnahmen herleiten, um die nachwachsende Generation vor der Übernahme von Traumata zu schützen? Allein das Erkennen, dass es diese Weitergabeprozesse gibt, hilft schon sehr. Es führt zu besserem Verstehen von andernfalls unverständlichen Verhaltensweisen, wenn um diese Zusammenhänge gewusst wird.

Diese Fragen mögen exemplarisch zeigen, dass die Diskussion auf dem Podium das Publikum erreicht hat. Der anhaltende Beifall zum Schluss der Veranstaltung war dafür ein deutliches äußeres Zeichen.

JÖRG PETERSEN

ANKÜNDIGUNG

In der nächsten Ausgabe veröffentlichen wir ein Interview mit Dr. Michael Brune.

Bundestreffen lesbischer Lehrerinnen

Vom 14.05. – 17.05.2015 findet das 22. Bundestreffen lesbischer Lehrerinnen in der Akademie Waldschlösschen in Reinhausen bei Göttingen statt. Im Mittelpunkt werden wieder schulpolitische und für lesbische Lehrerinnen relevante Themen wie z. B. Coming Out, Umgang mit Homophobie und rechtliche Aspekte stehen. Daneben werden kreative, literarische und sportliche Programmpunkte stehen. Zudem wollen wir uns bei einem Waldspaziergang dem persönlichen Austausch widmen. Das Treffen bietet den Rahmen neue Kontakte zu knüpfen und bestehende Netzwerke zu intensivieren.
Alle interessierten Anwärterinnen, Lehrerinnen aller Schulformen, in Schulleitung Tätige und auch nicht mehr aktive Kolleginnen sind herzlich eingeladen.
Nähere Informationen und Anmeldung unter:

www.waldschoesschen.org

Gefördert von GEW Schleswig Holstein
und dem Bildungs- und Förderungswerk der GEW im DGB

gb@-SEMINARE
MÄRZ BIS APRIL 2015

Es gibt nichts Gutes...

Weitere Infos und Seminarangebote unter
www.gew-hamburg.de/seminarprogramm.html

Join the GEWolution! Planungswochenende zur nächsten

Im April 2014 fand die GEWolution statt, die erste gemeinsame Konferenz von junger GEW und GEW-Studis im Nordverbund. Der Spaß ist nicht vorbei, die GEWolution geht weiter: Im Herbst 2016 soll es wieder eine gemeinsame Konferenz der GEW-Landesverbände Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein geben. Nun seid Ihr gefragt: welche Themen sollen auf der Konferenz behandelt werden, welche Workshops sollen stattfinden, wie wollen wir miteinander arbeiten? Darüber möchten wir uns beim GEWolution-Planungswochenende mit euch unterhalten.

Fr. 20.02.2015, 18 Uhr – So. 22.02.2015, 15 Uhr
Sunderhof, Seevetal www.sunderhof.de
kostenlos für GEW-Mitglieder incl. Unterkunft /Verpflegung

Anmeldung
bei Annette Meents (unter Angabe von Name, Adresse, Email) per Mail (meents@gew-hamburg.de), telef. (040-41 46 33 22), online (gew-hamburg.de/seminare), per Post (GEW Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg) oder Fax (040 – 44 08 77). Ermäßigung gibt es für Erzieher_innen, Referendar_innen, Studis, Erwerbslose,... Nichtmitglieder zahlen mehr (auf Anfrage). Seminare mit Übernachtung beinhalten Vollverpflegung und Unterbringung im Einzelzimmer.

Qigong

Langsame Bewegungen, die weder die Gelenke belasten,noch eine große körperliche Fitness voraussetzen, führen zustabiler Gesundheit, psychischem Gleichgewicht und einerbewussten Lebensweise – das ist die chinesische Kunst des Qigong, die sich zu Recht bei uns steigender Beliebtheit erfreut. Das Seminar ist auch für Fortgeschrittene geeignet. Stimmtraining für Referendar_innen Tipps, Theorie und Übungen zum schonenden und effektiven Einsatz der Stimme. Wir arbeiten an grundlegenden Zusammenhängen zwischen Körperhaltung, Atmung, Resonanz und Artikulation. So werden das Fundament der Stimme gestärkt, die Stimmpotenziale entwickelt und die Ausdrucksmöglichkeiten erweitert

SEMINARE IN HAMBURG
Samstag 28.03.2015, 11 – 15 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Kai Schlupkothen
Kostenanteil: 10 € incl. Verpflegung (Nicht-Mitglieder 40 €)

Stimmtraining für Referendar_innen

Tipps, Theorie und Übungen zum schonenden und effektiven Einsatz der Stimme. Wir arbeiten an grundlegenden Zusammenhängen zwischen Körperhaltung, Atmung, Resonanz und Artikulation. So wird das Fundament der Stimme gestärkt, die Stimmpotenziale entwickelt und die Ausdrucksmöglichkeiten erweitert.

Samstag 11.04.2015, 10 – 17 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Petra Bogdahn
Kostenlos f. GEW-Mitglieder incl. Verpfl. (Nicht-Mitglieder 40 €)

Gewerkschaftsarbeit in der Schule – Seminar für Vertrauensleute

In diesem Seminar beschäftigen wir uns mit Aufgaben und Handlungsfeldern, aber auch aktuellen Problemen der Ver¬trauensleutearbeit. Dazu erörtern wir in entspannter Atmosphäre folgende Fragen: Welche Handlungs- und Aktionsmöglichkeiten gibt es für die Arbeit an meiner Schule? Wie kann mich die GEW besser unterstützen? Wie können wir uns besser vernetzen? Wie können wir eigene Interessen auf Konferenzen in der Schule besser vertreten, auch wenn wir sie nicht leiten? Welche Tipps und Tricks zur Durchsetzung

eigener Interessen gibt es? Dazu gibt es einen Input vom Gesamtpersonalrat. Wir starten mit einem Einstieg in der GEW-Geschäftsstelle, anschließend gehen wir gemeinsam lecker essen.

Freitag 17.04.2015, 16 – 19 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Frank Hasenbein
Kostenanteil: 10 € incl. Verpflegung (Nicht-Mitglieder 80 €)

Studieren und dann promovieren?!

Das Seminar „Studieren und dann Promovieren?“ bietet die Möglichkeit, sich mit den Entscheidungs- und Arbeitsprozessen der Promotionsphase zu beschäftigen.

Sa. 18.04.15, 11 Uhr bis So. 19.04.15, 15 Uhr
Hamburg, GEW-Geschäftsstelle, Rothenbaumchaussee 15
Leitung: Anke Prochnau
Kostenlos für GEW-Mitglieder incl. Verpflegung

Wann kommt die zusätzliche Mütterpension?

Derzeitige Rechtslage erfordert Antrag auf Anerkennung

In der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) ist ab 01.07.2014 die Mütterrente für Kinder, die vor 1992 geboren worden sind, verdoppelt worden. Wurden bisher 12 Monate je Kind als Kindererziehungszeit (KEZ)* bei der Berechnung der Rente berücksichtigt, sind es jetzt 24 Monate. Dadurch steigt der Rentenanspruch je Kind von zurzeit monatlich 28,61 € auf 57,22 €, jährlich steigend.

Für Beamtinnen werden bei der Berechnung der Versorgung nach wie vor lediglich die ersten 6 Monate nach der Geburt eines vor 1992 geborenen Kindes als KEZ anerkannt und das auch nur, wenn die Kollegin in dieser Zeit nicht voll beschäftigt war. Da in den ersten zwei Monaten nach der Geburt das Gehalt auf der Basis des bisherigen Beschäftigungsumfanges wegen der Mutterschaftsfrist ohnehin weitergezahlt wird, kommt es für diese Zeit nicht oder nur bedingt zur Anrechnung von KEZ. Und sollte die Kollegin nach der Mutterschaftszeit wieder voll arbeiten, kommt – anders als im Rentenrecht – eine KEZ überhaupt nicht zur Geltung.

Aus diesem Grund sah das Recht der GRV vor, dass sich auch Beamtinnen die KEZ im Rentenrecht anerkennen lassen konnten, weil die KEZ im Beamtenversorgungsrecht nicht „gleichwertig“ berücksichtigt wird. Dadurch konnten Kolleginnen mit oder ohne zusätzliche freiwillige Beiträge zur GRV ihre Pension mit einer zusätzlichen Rente aufstocken, sofern sie insgesamt einschließlich der KEZ 60 Beitragsmonate in der GRV nachweisen konnten.

Mit dem „Leistungsverbesserungsgesetz“ in der GRV, das zum 01.07.2014 in Kraft getreten ist, soll jetzt die Anrechnung von KEZ im Rentenrecht für Beamtinnen ausgeschlossen werden, weil der Gesetzgeber (Bundestag) davon ausgeht, dass im Versorgungsrecht die KEZ „systembezogen annähernd gleichwertig“ berücksichtigt wird. Das ist aber überhaupt nicht der Fall: Denn während in der GRV jetzt sogar 24 Monate berücksichtig werden, hat sich im Hamburgischen Versorgungsrecht bisher überhaupt nichts geändert.

Antrag nicht vergessen

Deshalb ist es dringend erforderlich, dass im Versorgungsrecht die KEZ auf das Niveau der GRV angehoben wird. Solange das nicht der Fall ist, müssen Kolleginnen weiterhin die Möglichkeit haben, sich die KEZ auch im Rentenrecht anerkennen zu lassen, um auf diesem Weg eine Aufstockung ihrer Pension zu erreichen. Dies ist auch deshalb von Bedeutung, da sich für die meisten Mütter, ob alleinerziehend oder nicht, ihre Pension infolge von Beurlaubung und/oder Teilzeitarbeit ohnehin reduziert.

Gegenwärtig kann den Kolleginnen, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, nur empfohlen werden, einen Antrag bei der GRV auf Anerkennung von KEZ zu stellen. Der DGB geht davon aus, dass den Kolleginnen Rechtsschutz zu gewähren ist. Der Sachverhalt wird wahrscheinlich erst durch ein Musterverfahren vor den Sozialgerichten geklärt werden können.

*) Die KEZ wird dem Elternteil zugeordnet, der das Kind überwiegend erzogen hat. Lassen sich die überwiegenden Erziehungsanteile nicht feststellen oder ist das Kind von beiden Elternteilen gemeinsam erzogen worden, wird die KEZ der Mutter zugeordnet.

GERHARD BRAUER

Manfred Auerswald

Langjähriger Mitkämpfer gestorben

Ein Nachruf ist doch schwer zu schreiben für einen so guten Freund und Kollegen, gibt er doch nur sehr wenig preis von dem, was Manfred (Manne) Auerswald für uns bedeutete und immer noch bedeutet.

Aus einem Nachruf könnte auch ein Aufruf werden, ein Aufruf zu Aktivitäten, Themen, Diskussionen und Haltungen, die Manfred wichtig waren:

Manfred hatte ein bewegtes Leben. In seiner Schulzeit hatte er so manchen Fünfer gehabt. Besonders in den Sprachen. Doch er biss sich durch und machte an einem Abendgymnasium schließlich sein Abitur. Zwischendurch hatte er noch eine Lehre als Groß- und Außenhandelskaufmann abgeschlossen. Danach arbeitete er in der Stiftung Alsterdorf und - neben dem Abendgymnasium und dem Studium - als Packer bei Axel Springer in Tag- und Nachtschicht. Er begann zu studieren und hatte kaum zur Pädagogik gewechselt, da sahen seine Examensleistungen ganz anders aus. Typisch für Manfred – er sagte darüber: „Kann man daraus auch auf die Prognosefähigkeit von Zeugnissen rückschließen?“

Manfred, der 1972 als vierter Lehrer in Deutschland von einem Berufsverbot betroffen war, ließ sich schon als Studienseminarsprecher und danach als Junglehrer seine Haltung und Überzeugung für eine konsequente antimilitaristische Friedenspolitik auch als Mitglied in der Deutschen Friedensunion (DFU) nicht verbieten. Manfred ließ sich nicht verbiegen und baute zusammen mit einem Trägerverein eine private schulische Einrichtung für drogenabhängige Jugendliche und Erwachsene, die sich in Therapie befanden, auf. Das Ziel war eine Übernahme in eine staatliche Schulgliederung. Nach der Aufhebung des Berufsverbotes – typisch für ihn: erfahren hat er dies über ein Spiegelinterview mit dem damaligen Bürgermeister Schulz - entstand die staatliche „Schulstelle für Drogengefährdete“, in die Manfred versetzt wurde. Hier entwickelte er in einem kollektiven Austauschprozess zusammen mit Kolleg_innen und sozialtherapeutischen Einrichtungen eine „Hamburger Therapiekette“, die bundesweit Vorbild war und über viele Jahre sehr erfolgreich arbeitete.

1979 wechselte Manfred an die Förderschule Grabenstraße. Dort wurde ihm nach kurzer Zeit die Möglichkeit zu einem 4-semestrigen Aufbaustudium in Sonderpädagogik bei voller Freistellung und Lohnfortzahlung angeboten. Diese Möglichkeit hat er produktiv genutzt. Danach ging er zusammen mit einer Kollegin und einer siebten V-Klasse an die Ludwigstraße, eine normale Hauptschule im Schanzenviertel, um hier Schüler_innen zum Hauptschulabschluss zu bringen. Im gleichen Jahr (1983) begann er auch zusammen mit „seiner“ Gewerkschaft, der GEW, für eine integrative Beschulung zu kämpfen.

Foto: privat

Du wolltest nicht gefallen, aber überzeugen

Manfred setzte sich gerade für die benachteiligten und ausgegrenzten Schüler_innen ein. Im Gegensatz zur vorherrschenden Meinung ging er davon aus, dass eine gute Entwicklung für sie auch in Grund- und Hauptschulen möglich sei. So wechselte Manfred als einer der ersten Präventionslehrer an die Grundschule Pestalozzi (Kleine Freiheit).

Mit der Einführung der integrativen Regelklassen wechselte er an die Schule Chemnitzstraße, da die Grundschule Pestalozzi kein IR-Standort werden wollte. Er hatte in der Chemnitzstraße –

wieder typisch für ihn – bereits vorher auf Lehrerkonferenzen und Elternratssitzungen für IR geworben. An dieser Schule blieb er bis zu seiner Pensionierung im Sommer 2005.

Bei allen beruflichen Stationen war ihm der Bezug von pädagogischer Praxis, Bildungs- und Gewerkschaftspolitik wichtig. Manfred nahm auf diesem Weg aktiv, überzeugend und nicht abgehoben viele Kolleg_innen mit. Ideen und Überzeugungen wollte er weitergeben, dafür arbeitete er praktisch vor Ort und in der GEW, häufig ohne auf persönliche und gesundheitliche Ressourcen zu achten.

So ging Manfred auch gerne und regelmäßig in das Studienseminar an der Hohen Weide. In den Seminaren trat er sach- und fachkundig, ohne sich zu verbiegen für unterrichtsbegleitende, evaluative Prozessdiagnostik und Integration und gegen Statusdiagnostik und Ausgrenzung ein. Dies führte Anfang der 90-er Jahre zu einem kurzzeitig angedrohten Seminarverbot.

Neben der Arbeit in der Klasse und der Entwicklung integrativer Pädagogik steckte er sein Herzblut und seine geballte Kreativität in die Kooperation mit den Schlumpern und Kindern der Schule Chemnitzstraße.

Nach den Brandanschlägen von Hoyerswerda, Solingen und Mölln gründete sich 1991 die Initiative „Freundschaft macht Schule“, ein Bündnis Altonaer Schulen und weiterer Kultureinrichtungen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. In der GEW war Manfred in vielen Funktionen als Vertrauensmann, Delegierter, Mitglied im Landesvorstand, in der Fachgruppe Sonderpädagogik und im Arbeitskreis Integration/Inklusion und als Mitglied im Referat C aktiv. Auf Versammlungen gab es so häufig seinen engagierten und zielorientierten Redebeitrag und Antrag. Manfred wollte dabei nicht gefallen, er wollte überzeugen und Kolleg_innen mitnehmen. Dabei war es Manfred wichtig, Ideen und Vorhaben mit Fakten zu untermauern. Er konnte gut Zahlen und Daten aufbereiten und so zur herrschenden Bildungspolitik mit ihren Sparzwängen realistische Alternativen aufzeigen.

Trotz großer gesundheitlicher Einschränkungen arbeitete Manfred auch weit nach der Pensionierung sehr aktiv im Arbeitskreis Integration/Inklusion und in der Fachgruppe Sonderpädagogik mit. Als ein Beispiel sei die Broschüren „Alles inklusive“ genannt. Seit 1991 verband er seine gewerkschaftliche Arbeit mit seiner Aktivität im Arbeitskreis Bildung der Linken.

Noch im letzten Jahr konnten wir uns immer wieder von Manfreds Haltung überzeugen: Die Weiterentwicklung einer inklusiven Bildungspolitik, die keine Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen aufgrund von Beeinträchtigungen und Behinderungen ausgrenzt. Die Weiterentwicklung einer lebendigen Gewerkschaft, die alle Kolleg_innen aller Berufsgruppen und Altersgruppen mitnimmt und eine aktive und offene Diskussion ermöglicht.

Mit Manfred haben wir nicht nur einen stets aktiven Gewerkschafter verloren, sondern einen Freund und Begleiter über so viele Jahre, der uns auch immer wieder Mut und Kraft gegeben hat, auch in privaten und beruflich schwierigen Situationen. Manfred war immer da, wenn Hilfe benötigt wurde. Er hat so viel gegeben. Dafür sind wir sehr dankbar.

Wir vermissen dich, Manfred!

HELGA FASSHAUER (AK INKLUSION)
ULI HOCH
(FACHGRUPPE
SONDERPÄDAGOGIK/INKLUSION)

ANZEIGE

Wir nehmen Abschied von unserem Freund und Genossen

Manfred Auerswald

*14.März 1940 +3.Januar 2015

Mit Sachverstand und Herzblut hat Manne sein Leben lang für Inklusion gekämpft.

Nach seinem Pädagogikstudium über den zweiten Bildungsweg erhielt er – wie damals für Referendarssprecher üblich – Berufsverbot und arbeitete zunächst in der Schulstelle für Drogengefährdete. Nach seiner Einstellung als Lehrer setzte er sich an allen Schulen, an denen er tätig war, sowie in Gewerkschaft und Politik für ein Konzept inklusiver Bildung ein. Die Einrichtung von IR-Klassen in Hamburg bleibt mit seinem Namen verbunden. An der Schule Chemnitzstraße setzte er darüber hinaus die Zusammenarbeit mit den „Schlumpern“ durch.

Wir trauern um einen kompetenten Bildungsexperten und werden nicht nur seinen Sachverstand, sondern auch seinen fröhlichen, warmherzigen Humor vermissen.

Sein unermüdlicher Kampf um Bildungschancen für alle und soziale Gerechtigkeit bleibt uns Vorbild und Ansporn.

Landesarbeitsgemeinschaft Bildungspolitik der LINKEN in Hamburg

BG proudly presents...

GEW-HH, **BGR Vorstandswahl 12-2014**

Abgegebene Stimmzettel	478
Ungültig	1
Enthaltung	1

1	Walkstein, Jürgen	329
2	Radtke, Holger	319
3	Martens-Hinzelin, Jutta	290
4	Bethke, Heike	262
5	Stöterau, Horst	250
6	Puhle, Peter	218
7	Jaensch, Jutta	211
8	Staack, Jutta	195
9	Ahrens, Klaus	190
10	Baumann, Norbert	185
11	Klingele-Pape, Manfred	185
12	Dr. Wehner, Bettina	179
13	Petersen, Jörg	150 E
14	Neuber, Christa	142 E
15	Grünberg-Littwin, Heidrun	131 E
16	Thiele, Heidemarie	130 E
17	Hansen, Marianne	113 E
18	Sohns, Christel	112 E
19	Raum, Norbert	73

GEW-HH, **BGR Delegiertenwahl 12-2014** (für den Gewerkschaftstag)

Abgegebene Stimmzettel	481
Enthaltung	1

1	Walkstein, Jürgen	381
2	Radtke, Holger	332
3	Bethke, Heike	326
4	Martens-Hinzelin, Jutta	314
5	Stöterau, Horst	305
6	Eisele-Becker, Margarete	280
7	Hocker, Hein	277
8	Puhle, Peter	277
9	Baumann, Norbert	259
10	Ahrens, Klaus	256
11	Dr. Wehner, Bettina	249
12	Staack, Jutta	247
13	Jaensch, Jutta	246
14	Neuber, Christa	238
15	Klingele-Pape, Manfred	229
16	Dr. Großkopf, Sabine	226
17	Petersen, Jörg	217
18	Thiele, Heidemarie	211
19	Sohns, Christel	207
20	Hansen, Marianne	204
21	Kayser, Anneliese	203
22	Grünberg-Littwin, Heidrun	199
23	Raum, Norbert	185
24	Nawo, Michael	175
25	Bock-Vogt, Christian	174

Für die Richtigkeit, für den Wahlausschuss:
Hamburg, am 4.12.2014 Uwe Kunert

Das HLZ-Rätsel

Ab ins Parlament!

Hamburg weiter vorn – so werben die SPD und ihr kopfloser Kandidat um die Stimmen der Wähler _innen. Uns interessiert bei der Wahl: Was kommt hinten raus, wenn Hamburg vorn ist?
Für unser Wahlrätsel gilt: Wer gewinnt, kommt garantiert ins *Parlament!* Und zwar in den Keller, genauer: den Rathauskeller bei Speis‘ und Trank.

Fotos: hlz

Das Motto der Wahlmüden

Wie geht die Wahl aus?

Liste	Mein Tipp
1 SPD	
2 CDU	
3 Linke	
4 FDP	
5 Grüne	
6 AfD	
Sonstige	

Einsendungen bitte mit Postanschrift bis zum 14.2.2015 an die hlz, am besten an *hlz@gew-hamburg.de.* Einzureichen ist der Wahltipp in Prozent mit einer Nachkommastelle. Gibt es mehrere Einsendungen mit der richtigen Reihenfolge der Parteien, entscheidet der möglichst genaue Prozentwert. Als Gewinn winkt ein Gutschein für das Restaurant *Parlament.* Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

Des letzten Rätsels Lösung…

Foto: hlz

… muss *Glöggwin alkoholfri* von IKEA sein. Dieser Glühwein ist für unseren Gewinner Norbert Fortmann am verträglichsten. Er schreibt: *Der Zusatz 'alkoholfri' ist zwingend, weil es bei IKEA auch alkoholisierten gibt.* Der von uns als Antwort favorisierte 90°-Glühwein sei *eher ein loderndes Feuer* – Recht hat er! Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß mit dem hlz-Saunatuch!

MH/MK

Immer wieder gern gewonnen: das hlz-Saunatuch

GEW TERMINE – JANUAR 2015

Referat F	Gruppe Gewerkschaftliche Bildung Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv. Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten. Info: Roland Stolze, rolandstolze@gwhmail.de
Referat D	In der Geschäftsstelle nachfragen
GEW Studies	05.02.2015, 18.00-22.00 Uhr, GBW
Junge GEW	09.02.2015, 18.00-21.00 Uhr, Raum C 14.02.2015, 13.00-18.00 Uhr, GBW
FG Grundschule/Vorschule	09.02.2015, 17.00-19.00 Uhr, Raum A 12.02.2015, 17.00-20.00 Uhr, Raum A/C
FG Stadtteilschulen	16.02.2015, 19.00-21.00 Uhr, Raum A
FG Berufliche Schulen	11.02.2015, 16.30-21.00 Uhr, Raum A 18.03.2015, 16.30-19.00 Uhr, Raum A
FG Gymnasien	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Kinder- und Jugendhilfe	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Primarschulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
FG Sonderpädagogik	24.02.2015, 17.00-19.00 Uhr, Raum C
FG Hochschule u. Forschung	02.02.2015, 18.00-20.00 Uhr, Raum C 02.03.2015, 18.00-22.00 Uhr, Raum C
AfGG Gleichstellungs- u. Genderpol.	03.02.2015, 17.00-19.00 Uhr, GBW 24.02.2015, 17.00-19.00 Uhr, GBW
FG Bleiberecht	24.02.2015, 19.30-22.00 Uhr, Raum C
AK Inklusion	11.02.2015, 17.30-21.00 Uhr, Raum C
AG soziale Arbeit an Schulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
AK Friedenserziehung	In der Geschäftsstelle nachfragen
BG Ruheständler	04.02.2015, 10.15-13.00 Uhr, Raum A 18.03.2015, 10.15.-13.00 Uhr, Raum A
Mittelamerikagruppe	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG PTF soz.-päd. Personal an Schulen	In der Geschäftsstelle nachfragen
AG Fair Childhood	17.02.2015, 16.00-18.00 Uhr, GBW
AJuM – AG Jugendliteratur u. Medien	In der Geschäftsstelle nachfragen
Bildungsclub	16.03.2015, 19.00-22.00 Uhr, Raum A

Für aktuelle Termine bitte auch auf unsere website unter: https://www.gew-hamburg.de/mitmachen/termine gucken und evtl. die Kontaktpersonen ansprechen.

ANZEIGE

Wir trauern um

Manfred Auerswald †

„Freundschaft macht Schule“
wäre ohne dich nicht entstanden

Birgit, Christine, Eda, Elga, Kati, Peter
und alle anderen Aktiven der letzten 20 Jahre

ANZEIGE

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Soll-zins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 €, effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 €. Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
Kapitalvermittlung
E3 - Planken
65549 Limburg
Fax: (0621) 1781180-25
Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Deutschlands günstiger Autokredit
3,95% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 30.000 €, Lfz. 96 Monate, 3,95% eff. Jahreszins, fester Sollzins 3,88% p.a., Rate 365,- €, Gesamtkosten 34.928,25 €
www.Autokredit.center

Beamtendarlehen ab 10.000 € - 120.000 €
Extra günstig vom Spezialisten
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen günstig bis 120%
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns,
Seit über 35 Jahren.

Aus der Erlaubnisanstalt

Das Editorial für diese Ausgabe zu schreiben war schwierig. Währenddessen überschlugen sich die Horrormeldungen von den barbarischen Taten der Gotteskrieger in Nahost und Paris. Und ich wollte ja eigentlich etwas über unsere bildungspolitischen Forderungen vor dem Hintergrund der ins Haus stehenden Bürgerschaftswahlen schreiben. Aber es meldete sich eine innere Stimme, die fragte: „Darfst du das eigentlich angesichts dieser Schrecken?“

Zunächst hatte ich versucht einen Bogen zu spannen von den weltpolitischen Schreck-

nissen zur lokalen Politik, weil das, was ich strukturellen Rassismus nenne, sich auch auf die Hamburger Verhältnisse beziehen lässt und ich es von daher nicht nur für legitim, sondern auch für notwendig halte, Ursachen dieser weltpolitischen Konflikte mit unseren ganz konkreten politischen Entscheidungen, bis auf die lokale Ebene hinunter, in Verbindung zu bringen. Trotzdem blieb meine, sagen wir mal: Analyse eher kalt, weil sie in abstrakten politischen Kategorien verharrte.

Dann kam die neue Ausgabe von *Charlie Hebdo* und löste in mir etwas aus, das mich zu dem Entschluss brachte, den ersten Entwurf zu verwerfen. Den Impuls gab mir ja meine Stimmung auf dem Gerhard-Hauptmann-Platz anlässlich der Solidaritätsdemo mit dem französischen Satiremagazin (s.S.3). In dem Maße, wie es mir gelang, mich von der ursprünglichen Idee zu lösen, kam ich beim Schreiben in diesen ‚flow‘, der die Dinge manchmal ganz einfach werden lässt. Wenn ich trotz der Wut auf die Täter den Gedanken zulasse, dass deren Motive (hier Intoleranz) nicht selten die Teile sind, die ich an mir nicht mag und deshalb abspalte, indem ich sie auf andere projiziere, dann habe ich mich vielleicht ein wenig dem genähert, was Luz, der Karikaturist der Titelseite der aktuellen Ausgabe von Charlie Hebdo mit ‚alles verzeihen‘ meint.

Aber damit keine Missverständnisse aufkommen: Natürlich sind die sozialen Probleme, denen die Täter ausgesetzt sind und für die wir mitverantwortlich sind, nur *ein* Grund für die Erklärung ihrer Taten. Die individuelle Verantwortung bleibt natürlich immer bestehen. Aber bevor ich mich noch mehr von einem Rechtfertigungsdruck leiten lasse, höre ich an dieser Stelle mal auf - vielleicht kommen wir ja ins Gespräch darüber?!

JOACHIM GEFFERS

Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, Bei der Johanniskirche 10, 22767 Hamburg, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Stefan Gierlich, Manni Heede, Wolfgang Svensson

Endredaktion: Susanne Berg

Redaktionsassistent: Max Lill

Titel: hlz

Rückseite: hlz, Foto: Fredrik Dehnerdt

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -0, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Druck: Compact Media Agentur GmbH, 20354 Hamburg, Tel. 0 40-35 74 54-0, E-mail: info@compactmedia.de

Anzeigen: Max Lill
max.lill@web.de

Die hlz wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die hlz erscheint monatlich. Die in der hlz veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der AutorInnen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss hlz 3-4/2015: 18.3.2015

Gegründet 29. September 1902

Hamburger Beamten– Feuer– und Einbruchskasse

Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
Anerkannte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes

Ab 01.01.2014

Nach über 20 jähriger Beitragsstabilität jetzt sogar eine Beitragssenkung auf 1,00 € (inkl. Vers. Steuer) pro 1.000 € Versicherungssumme

Wenn nicht jetzt? Wann dann?

Nur 1,00 € pro 1.000 € Versicherungssumme inkl. Versicherungssteuer!

Highlights aus unserer Hausratversicherung bei unschlagbarem Beitragssatz!

- Verzicht auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bis zu 3.000 € Schadenhöhe
- Aufräumkosten bis 100 % der VS* nach einem Schadenfall
- Hotelkosten für bis zu 30 Tage nach einem Schadenfall
- Fahrraddiebstahl bis 1 % der VS* (max. 500 €)
- Überspannungsschäden bis 10 % der VS*
- Einbruchdiebstahl aus Kfz bis 2% der VS* (max. 500 €)
- Kein Abzug wegen Unterversicherung bei versicherten 700 € pro m² Wohnfläche
- Möglichkeit der Höherversicherung von Fahrrädern bis 3 % der VS* (max.1.500 €)

...und vieles, vieles mehr.

Einfach unverbindliches Angebot einholen.

*(Versicherungssumme)

Beispiel:
Bei einer Versicherungssumme von 60.000 € zahlen Sie ab 2014 bei uns nur noch 60.00 € (inkl. Vers. Steuer) !

Kann Ihre Versicherung das auch?

Hamburger Beamten– Feuer– und Einbruchskasse
Sascha Suppe
Hermannstrasse 46
20095 Hamburg

Telefon: 040-33 60 12
Fax: 040-28 05 96 06
E-Mail: info@hbfek.de
Web: www.hbfek.de

FGKAT 2012

Ja, ich unterstütze den Kampf gegen Kinderarbeit und spende

_____ Euro ☐ einmalig ☐ monatlich ☐ vierteljährlich ☐ jährlich

Zahlungsweise ☐ monatlich ☐ jährlich

Kontoinhaber Bank

BLZ Konto-Nr.

Name Vorname

PLZ, Ort Straße, Nr.

E-Mail

Ich ermächtige hiermit die GEW-Stiftung, den oben angegebenen Betrag zulasten meines Kontos einzuziehen.

Datum Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an folgende Adresse:

fair childhood

Fair Childhood
GEW-Stiftung · Bildung statt Kinderarbeit · Kontakt: Brittney Johnston
Reifenberger Straße 21 · 60489 Frankfurt am Main

Foto: dpa picture-alliance

ANZEIGEN 890 629 23 ANZEIGEN 890 629 23

Hamburger Lehrer-Feuerkasse

seit 1897

Die preisgünstige Hausratversicherung
im Großraum Hamburg und Lübeck

für Angehörige aller pädagogischen Berufe. Wir versichern Ihren Hausrat für 1,20 Promille der Versicherungssumme, inkl. Versicherungssteuer, und das unverändert seit 1996.
Beitragsfrei eingeschlossen sind u. a.:
Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen, Kfz.-Aufbruch, Überspannungsschäden, jeweils bis zu festgelegten Höchstgrenzen, Höherversicherung gegen Zuschlag möglich.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:
E-Mail: info@h-l-f.de
Tel.: 040 333 505 14 (Tobias Mittag)
Tel. : 040 796 128 25/ Fax : 040 796 128 26 (Georg Plicht)
Tel.: 040 679 571 93 / Fax: 040 679 571 94 (Sibylle Brockmann)
www.hamburger-lehrer-feuerkasse.de

Griechenland
individuell erleben!
Weit weg vom Massentourismus:
Schöne Apartments und Studios
in Privatpensionen u. kleinen Hotels
www.pureplaces.de
Individuelle und kompetente
Beratung zu Anreise, Transfers
und Aufenthalt

Preis: 28,- EUR (ca. 350 Seiten, 35 Bilder, Hardcover. Erschienen im November 2013 im Verlag des Archivs der Jugendkulturen, Berlin)

Erhältlich im Buchhandel oder im Online-Shop des Archivs der Jugendkulturen:
http://shop.jugendkulturen.de/

Leseprobe auf der Verlagsseite:
http://www.jugendkulturen-verlag.de

Kontakt zum Autor
(Redaktionsassistent der hlz):
max.lill@reflect-online.org

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt

Dienstag, 3.2.
GEW Diskussionsveranstaltung mit den schulpolitischen Sprecher_innen
18.00 Uhr, Curio-Haus